

# Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 4/20. Jg.

Mitteilungsblatt

Oktober 2014

---

Zu dieser Ausgabe:

In dieser Ausgabe dokumentieren wir Materialien unserer am 6. September d.J. stattgefundenen Konferenz „1939. Ursachen und Folgen“: die Vorträge von Hans-Werner Deim, Eckart Mehls und Werner Fischer sowie den Beitrag von Reiner Zilkenat.

Sie vermitteln eine eingehende und differenzierte Sicht auf die Entwicklungen, die in den Zweiten Weltkrieg mündeten, und deren Akteure. Deutlich werden die Interessen, Motive und Illusionen, die eine Zügelung des deutschen imperialistischen Aggressors verhinderten, wie auch die Zwänge und aus ihnen erwachsenden Einsichten, die letztlich die am Ende siegreiche Antihitlerkoalition – mit der Sowjetunion und ihrer Roten Armee als entscheidender Kraft – herbeiführten.

Des weiteren haben wir einen Redetext von Kurt Pätzold aufgenommen, der Teilen seines Vortrags auf der Konferenz zu Problemen des Ersten Weltkrieges am 10. Mai d.J. entspricht, die wir in der Geschichtskorrespondenz vom August 2014 (S. 3 – 8) noch nicht dokumentieren konnten.

Ferner verweisen wir auf unsere Veranstaltungen bis Ende 2014, insbesondere unsere Konferenz „Die I. und die II. Internationale. Erfahrungen und Lehren“ am 18. Oktober d.J. in Berlin, deren Materialien wir in der Januar-Nummer 2015 unterbreiten werden.

Heinz Karl

*Inhaltsverzeichnis*

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Heinz Karl Zur Eröffnung der Konferenz „1939. Ursachen und Folgen“	S. 3
In eigener Sache	S. 3
Generalmajor a.D. Hans-Werner Deim Die Sowjetunion als militärischer Faktor in den 30er und Anfang der 40er Jahre des 20. Jahrhunderts	S. 5
Prof. Dr. Eckart Mehls Polen zwischen Hitlerdeutschland und Sowjetunion 1933 – 1944	S. 14
Major a.D. Werner Fischer Das Ringen um die Eröffnung der Zweiten Front 1941 – 1944	S. 25
Dr. Reiner Zilkenat „... go very slowly with the conversations ... Bemerkungen zur britischen Außenpolitik im Kontext der Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939	S. 47
Prof. Dr. Kurt Pätzold Die Versager und andere Märchen vom Ersten Weltkrieg	S. 55
Donnerstag-Veranstaltungen Oktober – Dezember 2014	S. 64
Einladung zur Konferenz „Die I. und die II. Internationale – Erfahrungen und Lehren“ am 18. Oktober 2014 in Berlin	S. 64

---

Impressum: Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern/  
Interessenten des Arbeitskreises per E-Mail kostenlos zur Verfügung gestellt.

E-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) E-Mail-  
Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redak-  
tion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen  
mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der  
Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.  
Die nächste Ausgabe erscheint Januar 2015.

Prof. Dr. Heinz Karl

## Zur Eröffnung der Konferenz „1939. Ursachen und Folgen“

Unsere Konferenz steht gewissermaßen in einem Dreieck von Bedingungen bzw. Voraussetzungen:

den aktuellen Entwicklungen in der Welt, in denen sich die Probleme von Krieg und Frieden akut zuspitzen;

den Debatten im Zusammenhang mit dem 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges;

unserem Kolloquium „1939: War der Krieg unvermeidlich?“ vor fünf Jahren, am 12. September 2009, an das wir heute anknüpfen.

Wir erleben gegenwärtig eine gesteigerte Aggressivität des Imperialismus, verkörpert vor allem im USA-Imperialismus als Hegemonialmacht und dem von ihm dominierten imperialistischen Machtkartell in Gestalt der NATO und maßgeblicher EU-Strukturen. Diese Aggressivität äußert sich momentan besonders in den forcierten Bestrebungen zur NATO-Ausdehnung nach Osten, mit Maßnahmen, die ihren Charakter als *Militärblock* sichtlich verstärken und die ihrerseits unvermeidlich neue Blockbildungen zur Folge haben werden. Ein sich immer stärker ausprägendes Element dieser Entwicklung in den imperialistischen Staaten – und namentlich auch in der BRD – ist die ideologische Formierung, Gleichschaltung der Gesellschaft, wie sie sich z. B. in einer immer stärker angepeitschten Russlandfeindschaft/Russophobie äußert. Ronald Reagans „Reich des Bösen“ lässt grüßen – und ohne einen einzigen Sowjet, was den Charakter der imperialistischen Demagogie als *Waffe* – wie Panzer und Raketen – nur unterstreicht.

Die Reflexionen über den Ersten Weltkrieg beeinflussen natürlich den Blick auf den Zweiten. Von wissenschaftlichen, marxistischen Positionen aus können sie die Herausarbeitung der *realen* Interessen des Imperialismus (und des Militarismus) als ausschlaggebende Ursache des Krieges befördern. Auch was das Militärische im engeren Sinne angeht, ist der Vergleich beider Weltkriege produktiv; denn der Erste Weltkrieg erwies sich als eine Art Versuchsstadium oder „Generalprobe“ des Zweiten, dieser als *Potenzierung* des Ersten. Gleiches lässt sich für den Zusammenhang, die Wechselwirkung von Militär und Krieg mit der Wirtschaft beobachten: Was mit den Kriegsrohstoffgesellschaften und dem Kriegsamt begann, mündete in die Vierjahresplanbehörde und das Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion. Nicht anders verhält es sich mit der systematischen, organisierten ideologischen Formierung der Gesellschaft für den imperialistischen Krieg – von Ludendorffs Stummfilm-Propaganda zum „Reichsrundfunk“ und zur „Propagandakompanie“.

Unsere heutige Konferenz geht aus von den *Ergebnissen* unseres Kolloquiums vor fünf Jahren. Ich möchte drei hervorheben:

Deutlich wurden die imperialistischen Profit- und Machtinteressen als entscheidendes Motiv der Kriegsvorbereitung, Kriegführung und Kriegszielplanung herausgearbeitet – namentlich die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus und Militarismus und deren gesellschaftliche Wurzeln.

### In eigener Sache

Da die Kosten für Vervielfältigung und Postversand 2014 nicht mehr wie bisher vom Parteivorstand der Partei DIE LINKE übernommen werden, kann die *Geschichtskorrespondenz* ab dem laufenden Jahrgang 2014 nicht mehr auf dem Postwege, sondern nur noch per *E-Mail* versandt werden. Wir bitten alle bisherigen Bezieher der Printausgabe – soweit noch nicht erfolgt -, uns ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) *E-Mail-Adresse* mitzuteilen, damit wir ihnen auch weiterhin die *Geschichtskorrespondenz* übermitteln können.

Die reale Möglichkeit der *Verhinderung* des Krieges wurde ausgiebig erörtert und in diesem Kontext die Rolle des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages, sein Zustandekommen und seine Wirkungen. Wir setzten uns mit den Tendenzen einer ahistorischen, realitätsfernen, moralisierenden – und in der politischen Wirkung imperialismusapologetischen – Betrachtung auseinander. Ganz im Sinne des Realpolitikers Bismarck, der da meinte: „Wir müssen mit den Realitäten wirtschaften, und nicht mit Fiktionen.“

Schließlich wurde überzeugend die kriegsentscheidende Rolle der Sowjetunion herausgearbeitet, die auch zur Potsdamer Konferenz und ihren historischen Beschlüssen führte.

Mit unserer heutigen Konferenz wollen wir diese grundlegenden Erkenntnisse vertiefen – mit Blick auf die heutige Situation und ihre Perspektiven, wie ich sie eingangs schilderte.

Generalmajor a.D. Hans-Werner Deim

## **Die Sowjetunion als militärischer Faktor in den 30er und Anfang der 40er Jahre des 20. Jahrhunderts**

Meinen Vortrag bündele ich in folgende Gliederung:

1. Vorbemerkungen
2. Geniale Voraussagen erleichtern das Los
3. Schlüsselprobleme der Generalstabsarbeit
4. Militärische Eingriffe, partnerschaftliche Kontakte und Hilfeeweisungen
5. Laut gedachte militärstrategische Gesichtspunkte vertiefen das Geschichtsverständnis
6. Abschließende Bemerkungen

### **1. Vorbemerkungen**

Russland ist eine unikale Erscheinung. In der Weltgeschichte gibt es nichts Analoges. Zwei besondere Phänomene kennzeichnen dieses Land:

- seine Riesenhaftigkeit, aber
- besonders die Behauptungsfähigkeit seiner Staatlichkeit über einen einmalig langen historischen Zeitraum, bis auf den heutigen Tag.

Die UdSSR trug als einer der jüngsten Teile der über tausendjährigen Geschichte Russlands dessen Rätsel aufgebende Wesenszüge:

1. In welcher Gestalt auch immer ist Russland der einzige einheitliche transkontinentale Staat auf unserem Planeten.

2. Es nimmt das Zentrum der planetaren Erdmasse ein und ist in seinen historischen Grenzen mit den wichtigsten Weltzivilisationen verbunden, nimmt Teile von ihnen auf und wird sich aus keiner sicherheitspolitischen Lagezuspitzung raushalten können.

3. Es ist auf Grund seiner multinaturellen, multiethnischen und multireligiösen Vielgesichtigkeit Ausgangspunkt vieler Entwicklungen auf unserem Planeten.

4. Die Feindschaft des Westens hat es jahrhundertlang in ihren Bann gezogen. Nachdem die Begehrlichkeiten westlicher Staaten nach der räumlichen Position des Riesenreiches, seinen Rohstoffen und anderen Naturreichtümern zu Aggressionen und Interventionen führten, war Russland im Jahrhundertrhythmus damit befasst, die Eindringliche zu vertreiben:

- Im 17. Jahrhundert die Polen und Litauer,
- im 18. Jahrhundert die Schweden,
- im 19. Jahrhundert die Franzosen und
- im 20. Jahrhundert mehrmals die Deutschen.

Aber das 20. Jahrhundert brachte gleichzeitig die bittere Erfahrung mit der Kombination von ausländischer Intervention und Bürgerkrieg. Diese Kräfteaufstellung ist das Grundmodell der imperialistischen Gewaltanwendung gegen andere bis auf den heutigen Tag geblieben. Der Bürgerkrieg zeigte sich als schrecklichere Katastrophe als die Auseinandersetzung mit äußeren Aggressoren. Die erlittenen Gesamtschäden bewegten sich im Bereich von 50 Milliarden Goldrubeln. Die industrielle Produktion sank auf 4 – 20 % des Niveaus von 1913, die landwirtschaftliche auf ein Drittel ab. Etwa 13 Millionen Menschenleben waren zu beklagen, darunter eine Million Rotarmisten. Zur Unterstützung der Schadensbekämpfung wurden nach dem Bürgerkrieg aus allen Waffengattungen acht „Arbeitsarmeen“ aufgestellt. Das hatte den Übergang zu einem Gemischten Wehrsystem zur Folge. Die Zahl der Divisionen wurde von 174 auf 30 Divisionen in voller Stärke sowie den Kaderbestand von 42 Territorialdivisionen reduziert. Bedeutende Arbeit war zu leisten, um die geteilten russischen Streitkräfte wieder auf ein Vaterland einzuschwören. Es war Not an militärischen Spezialisten; daher gab man sich auch mit Formalitäten zufrieden. In der Roten Armee dienten 70 000 bis 75 000 zaristi-

sche Offiziere, das heißt 30 % ihres Gesamtbestandes; in der Weißen Armee etwa 40 %, das heißt etwa 100 000. In der Roten Armee gab es 639 Generale und Offiziere des Generalstabes, in der Weißen 750 von ihnen. Man brauchte diese Köpfe und deren Erfahrungen, um sie nützlich zu machen für den weiteren Schutz des Vaterlandes.

## 2. Geniale Voraussagen erleichtern das Los

Lenin hatte im Jahre 1916 im Angesicht des Ersten Weltkrieges eine Gegebenheit aus dem kapitalistischen Weltsystem auf den Punkt gebracht: Ohne Verständnis des ökonomischen Wesens des Imperialismus sei dieser moderne Krieg nicht zu verstehen. Das ökonomische Wesen des Imperialismus drückte Lenin mit einem Wort aus, dem Begriff „Monopol“. Lenin sah die Logik darin, dass es den Krieg als Weltkrieg gebiert und Weltkriege nur der Epoche des monopolistischen Kapitals eigen sind.

Den militärstrategischen Charakter solcher Kriege sahen Engels, der alte Moltke und Frunse voraus. Engels prophezeite 1887, 27 Jahre vor Kriegsausbruch, dass für Preußen-Deutschland kein anderer als der Weltkrieg möglich sei. Er werde sich auf drei bis vier Jahre ausdehnen und von Armeen von 10 Millionen Personalstärke zu führen sein. Es wurden vier Jahre und die Zahl der Soldaten traf etwa zu. Nur drei Jahre später pflichtete ihm Moltke bei. Die Zeit der Kabinettskriege sei vorbei. An ihre Stelle werden entfesselte Volkskriege treten. Sie werden fürchterliche Neuauflagen des Dreißigjährigen Krieges sein.

Frunse charakterisierte 14 Jahre vor seinem Beginn den zweiten Weltkrieg. Beim Zusammenprallen der Gegner werde es keine Lösung mit einem vernichtenden Schlag geben, wie es die kapitalistischen Hauptmächte vorhaben. Die Auseinandersetzung wird lange andauern. Moderne Armeen werden über eine bedeutende Überlebensfähigkeit verfügen. Geschlagene Verbände sind nicht gleichbedeutend mit der Kriegsniederlage, wenn die Rückwärtigen oder Logistischen Dienste und die Leistungsfähigkeit der Industrie stark und hoch sind. Der Große Vaterländische Krieg bestätigte diese Theorie beeindruckend. Die sowjetischen Streitkräfte vermochten nach großen Misserfolgen in der Anfangsperiode die Wehrmacht in drei Jahren vernichtend zu schlagen.

Aus diesen Prognosen ergaben sich zwei wichtige Schlussfolgerungen für die Rote Armee:

1. Ist sie zur Massenarmee zu gestalten.
2. Bestimmen ein hoher Grad der Motorisierung und Mechanisierung ihre Gefechtsfähigkeit und Effektivität.

Die Massenarmee musste über ausreichende taktische Verbände (Divisionen) als Bestandteile von operativen Vereinigungen (Armeen) verfügen, die zu operativ-strategischen Vereinigungen (Fronten) gehörten, die einzeln oder als Frontgruppen Platz in strategischen Streitkräftegruppierungen fanden. Schon im Bürgerkrieg und bei der Abwehr der ausländischen Intervention entfaltete die Rote Armee eine für jene Zeit ungewöhnlich große Anzahl von Verbänden und Vereinigungen: 6 Fronten, 22 Armeen und 174 Divisionen. Das ergab sich auch daraus, dass die USA 1917 über eine Million Soldaten mehr als für die Unterhaltung von 30 Divisionen in Westeuropa erforderlich waren, auf dem Seeweg heranführten. Ihr Vordringen nach Osteuropa war aus geopolitischen Erwägungen nicht auszuschließen.

Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges verfügte die UdSSR bereits über 303 Divisionen. In seinem Verlauf bis zur entscheidenden Kriegsphase im Jahre 1943 waren insgesamt aufgestellt worden:

- etwa 30 Frontfeldführungen,
- 106 Armeen, darunter 12 Panzerarmeen,
- mehr als 600 Mot.-Schützen-, Schützen-, Panzer- und Kavalleriedivisionen,
- 18 Luftarmeen mit 377 Luftwaffendivisionen,
- 20 Luftverteidigungsarmeen mit 104 Flak-Divisionen,
- 5 Flotten,
- 5 Flottillen auf Nebenmeeren,

- 10 Flussflottillen.

Mit diesen Truppen und Kräften war das für den Sieg erforderliche Kräfteverhältnis machbar. Dazu kam die Bereitstellung immer vollkommenerer Bewaffnung und Kampftechnik. Aufschlussreich war die Gesamtkriegsproduktion der Sowjetunion und der USA an schweren Waffen, besonders im Hinblick auf den späteren Kalten Krieg: Die UdSSR produzierte 104 000 Panzer, die USA 53 860; die UdSSR 480 000 Geschütze, die USA 170 000; die UdSSR 137 000 Kampfflugzeuge, die USA 78 900.

### 3. Schlüsselprobleme der Generalstabsarbeit

Seit der Weltwirtschaftskrise, dem wirtschaftlichen Kollaps von 1929, krachte es in der ganzen wirtschaftlichen Weltordnung. Ein neuer Weltkrieg schien bevorzustehen. Wo könnte er seinen Ausgang nehmen? Wie würde er sich ausbreiten? Wer wird gegen wen kämpfen? Der sowjetische Generalstab musste diese Fragen zutreffend beantworten, um Land und Streitkräfte auf die Abwehr des Aggressors richtig vorbereiten zu können. Er hatte den Charakter des bevorstehenden Krieges herauszuarbeiten sowie den Einsatz und die Führung der Truppen, Kräfte und Mittel zu planen.

In den 30er Jahren gingen die sowjetischen Strategen sowohl von der Möglichkeit des Krieges zwischen imperialistischen Mächten als auch von ihrer Koalition gegen die UdSSR aus. Stalin setzte besonders auf die erste Möglichkeit mit dem Hinweis darauf, dass die theoretischen Widersprüche zwischen Kapitalismus und Sozialismus zwar größer seien, aber real könnten sie zwischen den kapitalistischen Staaten dann und wann auch schärfer sein. Das war schon 1939/1940 der Fall!

Die Einschätzung der wahrscheinlichen Aufstellung der militär-politischen Kräfte im bevorstehenden Krieg wechselte häufig. Zu Beginn der 30er Jahre wurden drei Kriegsvarianten für möglich angesehen:

1. Der Überfall der Streitkräfte Polens, Rumäniens, Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens auf die Grenzen der UdSSR, bei materiell-technischer Unterstützung durch Frankreich und Großbritannien und bei Neutralität Deutschlands.

2. Der Überfall der angrenzenden Staaten auf die Westgrenze der UdSSR, teilweise unterstützt durch Streitkräfte Großbritanniens, Frankreichs und anderer starker imperialistischer Staaten.

3. Der gleichzeitige Überfall auf die West-, Süd- und Ostgrenzen der UdSSR der Streitkräfte Finnlands, Estlands, Lettlands, Litauens, Polens, Frankreichs, Großbritanniens (letztere über die Türkei, Persien und Afghanistan) sowie der mandschurischen Militaristen und Japans.

Der ersten Variante wurde der Vorrang eingeräumt. Bei ihr hätte die westliche Koalition gegen die UdSSR Streitkräfte in folgendem Kampfbestand aufbieten können: Divisionen – 123; Kampfflugzeuge – 1340; Panzer – 500. Die UdSSR wollte ihnen vorerst nur 112 Schützendivisionen entgegenstellen; denn gleichzeitig wuchs die Kriegsgefahr in neuen strategischen Richtungen, für die neben dem besonders gestalteten Westlichen folgende neuen Kriegsschauplätze erschlossen werden mussten: der Nahöstliche, der Mittelöstliche, der Fernöstliche und der Baltisch-Skandinavische. China, Japan, Iran und die Türkei konnten für Einfälle in sowjetisches Territorium gemeinsam entfalten: Divisionen – 63; Kampfflugzeuge – 875; Panzer – 160.

Als sich in der Mitte der 30er Jahre der militär-politische Block Deutschlands, Italiens und Japans bildete, veränderten sich die Einschätzungen grundlegend. Der Generalstab analysierte, dass nun die Bereitschaft zur gleichzeitigen Kriegsteilnahme an zwei Fronten geboten sei: Im Westen gegen das faschistische Deutschland und dessen Verbündete; im Osten gegen Japan.

Die Kriegshandlungen werden umfassend, langandauernd und scharf zugespitzt sein. Sie werden nicht nur von Streitkräften, sondern durch das ganze Land, von allen Produktivkräf-

ten geführt werden. Für die Rote Armee wird zur Zerschlagung des Aggressors ihre Angriffsausrichtung dominant sein. Es werden Manöverformen der Handlungen zur Anwendung kommen. Der hohe Motorisierungsgrad der Truppen wird den schnellen Übergang von Bewegungsformen zu Positionsformen der Gefechts-handlungen ermöglichen.

Der Hauptgegner war das bisher partnerschaftlich verbundene Deutschland, nun nicht mehr Republik, sondern nach den beiden Kaiserreichen Hitlers III. Reich als tödliche Gefahr für die UdSSR. Am Ende der 30er Jahre enthielt der Kriegsplan als zusätzlichen Hauptgegner Japan, also werde es zwei Hauptfronten geben. An beiden Fronten hätte der *Gegner* insgesamt zum Einsatz gebracht: Divisionen – 230 bis 240; Geschütze – 13 007; Panzer – 7980; Kampfflugzeuge . 5775.

Die eigenen Truppen sollten gegen 90 Wehrmachtsdivisionen in deren wahrscheinlicher Hauptschlagrichtung Riga, Kowno und Minsk ihre Hauptanstrengungen richten. Plötzlich bestand Stalin darauf, diese unterhalb der Pripjetsümpfe anzusetzen und ihre Anzahl um 25 zu erhöhen. Dieser strategische Fehler hatte die kurzzeitige Neuarbeitung und unzureichende Absicherung des Mobilmachungsplanes zur Folge.

Gegen die Abwehr der Aggression des III. Reiches wurden 237 Schützendivisionen herangezogen (80 %), 51 von 61 Panzerdivisionen und 25 von 31 Motorisierten Divisionen. Am 22. Juni 1941 hatten die fünf westlichen Militärbezirke, die zu Fronten umformiert worden waren, 171 Divisionen in ihrem Bestand. Sie sollten die Schläge von 191 Divisionen der Wehrmacht auffangen.

Das allgemeine Kräfteverhältnis (171:191) hätte nach allen Akademieregeln eine erfolgreiche Verteidigung garantieren müssen. Aber die operativ-strategische Aufstellung der fünf Abwehrfronten war im höchsten Maße misslungen. Die Gesamtzahl der Divisionen wurde gedrittelt: 57 in der 1. Staffel; 52 in der 2. Staffel der Armeen der 1. Staffel der Fronten; 62 Reserve der Fronten. Der Wehrmacht dagegen gelang eine tiefe Operationen ermöglichende Aufstellung: 149 in der 1. Staffel; 14 in der 2. Staffel; 28 in der Reserve.

Damit stand schon bei Beginn der Kriegshandlungen in der taktischen Zone, in der Grenzschlachten entschieden werden, nur ein Drittel des strategischen Potenzials des Feldheeres der Roten Armee zur Verfügung. Die Anfangsgruppierung auf ihrem Hauptkriegsschauplatz konnte sich daher weder verteidigen noch angreifen. Es kostete die Rote Armee in den folgenden Monaten viel Blut und nahezu unglaubliche Anstrengungen, um das Vorwärtsdrängen des Gegners zu beenden, ihm seine Angriffskraft zu nehmen, wichtige Abschnitte und Räume zu behaupten, die Gefechtsfähigkeit der 1. Strategischen Staffel, besonders in der Westrichtung, wiederherzustellen und endgültig die gesamte Front zu stabilisieren.

#### **4. Militärische Eingriffe, Kontakte und Hilferweisungen**

In der Zwischenkriegsperiode hatten militärische Führungsorgane und Truppen häufig verschiedenartigsten Provokationen und Aggressoren eine Abfuhr zu erteilen sowie mit Waffengewalt die Durchsetzung der Landesinteressen zu gewährleisten. Den Rückgriff auf die Streitkräfte zur Durchsetzung von Sicherheitsinteressen stelle ich an zehn markanten Beispielen dar:

*Erstens* wurden in den Jahren 1922 – 1931 Verbände und Truppenteile der Turkistanischen Front auf den Territorien Usbekistans und Tadschikistans zur Vernichtung konterrevolutionärer Banden der Basmatschen eingesetzt.

*Zweitens* regelte der Vertrag von Rapallo (16.04.1921) die bereits 1920 begonnene militärische Zusammenarbeit Sowjetrusslands mit Deutschland auf staatsrechtlichen Grundlagen. Es werden im Interesse der Geheimhaltung Privatfirmen einbezogen. Über sie wird die Ausbildung deutscher Offiziere an schweren Waffen und Kampfflugzeugen in Sowjetrussland abgewickelt. Der Reichswehr wird das Recht eingeräumt, hier auch schwere Waffen zu bauen und zu erproben. Dafür werden in Sowjetrussland folgende Spezialvorhaben und –objekte betrieben:



In Kasan eine geheime Panzerschule mit der Bezeichnung „Kama“; ihre Leitung wird dem deutschen General Lutz übertragen, der später mit Guderian als Stellvertreter die Hauptrolle bei der Entwicklung der Panzertruppen der Wehrmacht spielt.

In Lipezk eine geheime Fliegerschule; sie existierte zehn Jahre (1924 – 1934) und wurde als „4. Geschwader der Roten Luftflotte“ geführt.

Unweit von Wolsk an der Wolga das geheimste der Reichswehrobjecte in Sowjetrußland auf dem Truppenübungsplatz „Tomka“; hier wurden gemeinsam die Methoden und Verfahren des Einsatzes der chemischen Waffe aus den wichtigsten Waffensystemen erprobt. Dieses Objekt leitete der Deutsche Ludwig von Sicherer.

1925 begann die gegenseitige Gastteilnahme hoher Militärs an wichtigen Truppen- und Erprobungsübungen und wurde ab Beginn der 30er Jahre die Regel.

*Drittens* unterstützte die UdSSR 1923 – 1941 den Kampf Chinas um Freiheit und nationale Unabhängigkeit. 1923 begann die Arbeit namhafter sowjetischer Militärberater. Japan ergriff Besitz von nordöstlichen chinesischen Regionen als Brückenköpfe für späteres tieferes Eindringen in chinesisches Territorium und den Überfall auf die UdSSR. In der Mitte der 30er Jahre wurde schnelle Hilfe gegen die Japaner erforderlich. China erhielt aus der Sowjetunion: 1285 Kampfflugzeuge, 1600 Artilleriegeschütze, 82 Panzer; die Beratergruppe wird um 3665 Spezialisten erhöht. 1938 wird auf der Basis dieser Technik die in der Geschichte der chinesischen Armee erste Mechanisierte Division aufgestellt.

*Viertens* werden 1929 zur Beilegung des sowjetisch-chinesischen Konfliktes im Bereich der Ostchinesischen Eisenbahn fünf der fernöstlichen sowjetischen Schützendivisionen zum Einsatz gebracht. Rußland hatte in den Jahren 1897 – 1903 2668 km erschlossen für den Betrieb und die Nutzung durch beide Länder. Mit Exzessen gegen Bahnpersonal und -anlagen aus der Sowjetunion wollten die Chinesen das ändern.

*Fünftens* erwies die UdSSR 1936 – 1939 der Spanischen Republik internationale militärische Hilfe. Auf Bitte der spanischen Regierung wurden in Spanien bereitgestellt: 648 Kampfflugzeuge, 400 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, 1186 Artilleriegeschütze; 3000 Spezialisten als Berater, Flugzeugführer und Panzerfahrer (200 von ihnen verloren ihr Leben).

*Sechstens* wurde 1938 am See Chasan ein militärischer Aggressionsversuch der Japaner abgewehrt. Der Vorwand war die Behauptung der unberechtigten Eingliederung von zwei Höhen in sowjetisches Territorium. Die Berechtigung des Höhenbesitzes wurde nachgewiesen. Die Japaner brachten daraufhin drei Infanteriedivisionen, eine Mechanisierte Brigade und drei Maschinengewehr-Bataillone zum Einsatz. Am 29. Juli 1938 drangen erhebliche Teile von ihnen in sowjetisches Territorium ein. Sie wurden abgeschlagen und wiederholten den Überfall nach zwei Tagen. Das 29. Schützenkorps der Fernöstlichen Front stellte den Feind und zerschlug ihn. Auf diese Weise trieb die Japaner der Informationsbedarf über die Reaktionsfähigkeit der Roten Armee zu mittelmaßstäbigen Gefechtshandlungen. Daraus entwickelte sich in allen Armeen der Welt die als „Aufklärung durch das Gefecht“ gepflegte Aufklärungsmethode.

*Siebtens* waren die erhaltenen Angaben über die Rote Armee nicht ausreichend für die Antwort auf die Frage, hätte eine größer angelegte Aggression im Fernen Osten gegen die UdSSR Erfolgsaussichten? Die Antwort erhielten die Japaner von Korpskommandeur Georgij Schukow. Die Japaner hatten den Rahmen ihrer „Aufklärung durch das Gefecht“ erweitert. Ab Mai 1939 beunruhigten sie mit ihnen Rußland, die Mongolei und China am Grenzfluss Chalchin-Gol. Sie drangen mit Teilen einer Truppengruppierung in Divisionsstärke in mongolisches Territorium ein. Das 57. Besondere Korps unter dem Kommando von Schukow warf sie bei jeder Provokation über den Fluss zurück. Daraufhin entfalteten die Japaner ihre 6. Armee im Konfliktgebiet. Schukows gemischte Gruppierung bestand aus drei mongolischen Kavallerie-Divisionen sowie einer Mot.-Schützen-, zwei Schützendivisionen und zwei Panzerbrigaden der Roten Armee. Sie überraschte als „1. Armeegruppe“ den Gegner und ging am 24. August zum Angriff über, kreiste die 6. Armee (75 000 Personalbestand, 550 Geschütze, 182 Panzer) bis Ende August ein und zerschlug sie. Für die Erfüllung dieser Aufgaben

stützte sich die Armeegruppe auf 57 000 Soldaten, 540 Geschütze, 500 Panzer, 515 Kampfflugzeuge. Japan erbat am 16. September 1939 die Einstellung der Kampfhandlungen. Dieser Ablauf der Ereignisse hielt die Japaner bis August 1945 davon ab, in Kriegshandlungen mit der UdSSR einzutreten.

*Achtens* entschlossen sich die politische und militärische Führung der UdSSR, den vom III. Reich vorgeschlagenen Nichtangriffspakt zwischen beiden Staaten am 23. August 1939 zu unterzeichnen. Er bezog sich lediglich auf den 1926 vereinbarten Berliner Neutralitätsvertrag, der den Vertrag von Rapallo (1922) ergänzt hatte. Der neue Vertrag schrieb die Vereinbarung über den Gewaltverzicht erneut fort.

Das „Geheime Zusatzprotokoll“ war der brisanteste Teil des Vertrages. In ihm wurden die Interessensphären zwischen Deutschland und der UdSSR festgelegt. Die Gebiete westlich der Ströme Pissa, Narew, Weichsel und San wurden Deutschland zugesprochen, der UdSSR die Gebiete östlich von ihnen. Außerdem wurden Bessarabien, Finnland, Lettland und Estland der sowjetischen und Litauen der deutschen Einflusszone zugerechnet. In einem zweiten Vertragswerk mit der Bezeichnung „Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag“ vom 28.09.1939 wurde Litauen ebenfalls sowjetisches Interessengebiet.

*Neuntens* wies die sowjetische Führung am 17. September 1939 die Rote Armee an, die sowjetisch-polnische Grenze zu überschreiten sowie Leben und Gut der Bevölkerung der Westukraine und Westbelorusslands unter ihren Schutz zu stellen. Mit diesem Ziel führten die Truppen des Kiewer und des Belorussischen Militärbezirks den Befreiungsfeldzug nach Westen auf eine Tiefe von 250 – 300 km. Die Militärbezirke wurden in Ukrainische und Belorussische Front umbenannt. Der ehemalige Premierminister Großbritanniens Lloyd George teilte dem polnischen Botschafter in London im Herbst 1939 seine Meinung darüber mit, dass die UdSSR „Territorien, die keine polnischen sind und die von Polen nach dem Ersten Weltkrieg mit Gewalt annektiert wurden, eingenommen hat. ... Es wäre ein Akt frevelhaften Unverständnisses, das russische Vorrücken mit dem der Deutschen zu vergleichen.“

*Zehntens* wurde der sowjetisch-finnische Krieg (30.11.1939 – 12.03.1940) mit dem Ziel organisiert, die Sicherheit der UdSSR an ihrer Nordwestgrenze zu verstärken. Über sie hätte Hitler im Falle einer großangelegten Aggression einen Nebenschlag mit von Deutschland verstärkten finnischen Truppen führen können. Anfangs war es sowjetischerseits beabsichtigt, Regelungen ohne Waffengewalt zu treffen. Den Finnen wurde ein Vertrag über gegenseitige Hilfe und Zurücknahme der finnisch-sowjetischen Grenze, besonders im Bereich der Karelischen Landenge, vorgeschlagen. Als Ausgleich bot die Sowjetunion Gebietsansprüche im Norden Kareliens von zweifachen Ausmaßen an. Finnland setzte auf Hitler und die Westmächte. Es lehnte ab.

Die UdSSR war willens, um ihre Sicherheit auch zu kämpfen. Sie konzentrierte an der sowjetisch-finnischen Grenze eine Truppengruppierung, bestehend aus sechs Armeen, 425 000 Rotarmisten, 2700 Geschützen, 1500 Panzern, 2400 Kampfflugzeugen. Die finnische Gegenseite konnte ihnen nur 320 000 Soldaten, 500 Geschütze, 10 Panzer und 114 Kampfflugzeuge entgegenstellen. Den Krätemangel kompensierte sie durch meisterhafte pioniermäßige Verstärkung des Geländes.

Als Reaktion auf Feuerschläge der Finnen auf grenznahe Truppenteile überschritt die Rote Armee am 30.11.1939 die Staatsgrenze. In 10 bis 13 Tagen überwand sie nur in einzelnen Richtungen die Zone operativer Sperren der Finnen und stieß in ihnen auf den Hauptverteidigungsstreifen, die Mannerheim-Linie. Die Rote Armee hatte ihre Armeen in Linie entlang des Großteils der sowjetisch-finnischen Grenze aufgestellt. Vor der Mannerheim-Linie reichten daher die taktischen und operativen Dichten nicht; diese hatte eine Seitenausdehnung von 135 km und eine Tiefe von 90 km, die 32 km vor Leningrad begannen. Das Hauptquartier des Obersten Befehlshabers befahl, die Angriffsversuche einzustellen.

In der Hauptschlagrichtung über die Karelische Landenge wurden die Gefechts- und operativen Dichten verdoppelt und verdreifacht. Das hatte bereits der sowjetische Generalstabschef Schaposchnikow bei der Planung der Operation so vorgeschlagen. Stalin hielt es aber für übertrieben. Der zweite Sturm der Befestigungen auf der Mannerheim-Linie begann am

11.02.1940. Ende Februar waren zwei Verteidigungsstreifen durchbrochen und Wyborg fast eingenommen.

Am 12.03.1940 wurde der Friedensvertrag unterzeichnet. Die finnische Grenze wurde auf der Karelischen Landenge 120 – 130 km von bisher 32 zurückgenommen. So ist das bis auf den heutigen Tag geblieben.

Aber die internationale Lage und die Beziehungen der UdSSR zu vielen anderen Staaten verschlechterten sich bedeutend. Sie wurde aus dem Völkerbund ausgeschlossen. Der kurze Krieg deckte große Ungereimtheiten und Unzulänglichkeiten in der Organisation und Vorbereitung der Roten Armee auf.

In der Zeit der Eingriffe, Kontakte und Hilfeerweisungen erreichten die personellen Verluste der Roten Armee insgesamt 140 336 unwiederbringliche, das heißt fanden den Tod; 288 118 sanitäre, wurden mit zuweilen ernsthaften gesundheitlichen Problemen dienstunfähig und untauglich.

## **5. Laut gedachte militärstrategische Gesichtspunkte vertiefen das Geschichtsverständnis**

Unter den Sicherheitsschritten der UdSSR der 30er und 40er Jahre sind besonders frag- und kritikwürdig: die langjährige Zusammenarbeit der Roten Armee mit der Reichswehr, der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt und der sowjetisch-finnische Krieg. Erhebliche Kritik-minderung erfahren sie durch ihre Einbettung in den Großen West-Ost-Krieg (seit 1914) und den Kampf um das Überleben der russischen Staatlichkeit.

Die *Zusammenarbeit der Roten Armee mit der Reichswehr* stellt ein besonderes Paradoxon dar. Die Sowjetrussen ließen die Deutschen in ihr Land, damit diese ihre eigenen Waffen entwickelten und diese zu bedienen lernten und so die Voraussetzungen schufen, um die UdSSR besonders in den Jahren 1941 und 1942 in äußerste Lebensgefahr zu versetzen. Andererseits wurden die Deutschen selbst Ausbilder ihrer späteren Bezwingler.

Diese Paradoxa sind kaum erklärbar, wenn man die Drahtzieher des Großen West-Ost-Krieges unberücksichtigt läßt. Zu den vorrangigen Subjekten der Weltgestaltung gehörten schon im 20. Jahrhundert: die gesamte transnationale Finanzelite des Westens; markante Figuren der Regierungen der entwickelten westlichen Staaten; die supranationale Bürokratie des Völkerbundes, der hinter all diesen Kräften wirkende Klub der Aristokratie und der klerikalen Oberschicht, dessen Vertreter im Ergebnis gesellschaftlicher Umbrüche erhebliche Einbußen erlitten. Faschismus und Kommunismus sollten nach deren Ideen einen gemeinsamen Mechanismus zur Wirkung bringen: die geplanten und gnadenlos geführten Weltkriege als radikales und effektives Mittel der Durchführung der Weltrevolution für eine neue monopolkapitalistische Weltordnung. Die Aussage Trumans zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, man werde jeweils die hilfsbedürftige Seite unterstützen, legt ein bedeutendes geopolitisches Ziel offen: Beide Seiten müssen fertig gemacht werden!

Die Zusammenarbeit erlaubte es, bei geheimen gemeinsamen Projekten zu vielfältigen Informationen zu kommen, die Entwicklungs- und Innovationspläne vorteilhaft bewältigen ließen. Diese Arbeit wurde für mehr als ein Jahrzehnt Dreh- und Angelpunkt der sowjetischen strategischen Aufklärung.

Der *Nichtangriffspakt und der sowjetisch-finnische Krieg* stellen einen bedeutenden Eingriff in die Vorbereitung des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion dar. In welcher Lage befand sie sich? Zum Zeitpunkt der Unterbreitung des deutschen Vorschlages gibt es den Krieg gegen die UdSSR schon. Im Osten sind bereits die Schlachten am Chalchin-Gol entbrannt. Im August 1939 ist völlig unklar, wie das alles enden wird.

Großbritannien und Frankreich hatten mit Hitler schon 1938 die Münchener Verschwörung gegen die Slawen ausgeheckt; sie war nicht nur gegen die Tschechen und Slowaken, sondern vorrangig gegen die Sowjetrussen gerichtet. Die Briten und Franzosen betrieben ihr Kulissenspiel mit Hitler weiter fort. Nach Moskau schickten sie zu den von der UdSSR initiiert-

ten Beratungen über ein kollektives Sicherheitssystem gegen das III. Reich nicht bevollmächtigte Delegationen.

In einer solchen Situation konnte kein friedliebender Staat und erst recht die UdSSR nicht als Repräsentant der Schöpfer des Dekrets über den Frieden einen Nichtangriffspakt zwischen zwei militärpolitischen Großzentren ablehnen. Das hätte die UdSSR international völlig isoliert und der Gefahr ausgesetzt, in den Krieg im Westen und Osten einbezogen zu werden. Nur der Vertragsabschluss erlaubte es, die Freiheit des politischen Manövers zu bewahren und Zeit für die Vorbereitung der Abwehr der immer unvermeidbarer werdenden Aggression zu gewinnen. Der Vertragsabschluss diente daher auch der späteren Herausbildung der Antihitler-Koalition und der Verhinderung des gleichzeitigen Krieges im Osten und im Westen.

Bei der Gefahr des Unterganges der UdSSR waren die Angriffe und die Entfaltung der Roten Armee in den baltischen Staaten sehr berechtigt. Das anerkannte auch Churchill. Wenn diese Länder 1940 nicht unter dem Einfluss der UdSSR gestanden hätten, wären sie von Hitler gezwungen worden, am Krieg gegen die UdSSR teilzunehmen. Dann wären sie nach dem Krieg besiegte Länder mit allen territorialen und anderen internationalen Rechtsproblemen geworden. Die sogenannten frag-, kritik- und verurteilungswürdigen Sicherheitschritte der UdSSR schufen wesentliche militärstrategische Voraussetzungen für den späteren Sieg über die deutschen Aggressoren.

In den Vertragswerken mit Hitler spiegeln sie sich ab, als handele es sich um von Stalin erreichte Konzessionen. Es konnte nicht im Interesse Hitlers, sondern nur der Sowjetunion liegen, die operativ-taktischen Kampfwege der Heeresgruppen Mitte und Nord zu den Zentren Moskau und Leningrad nicht unerheblich zu verlängern.

*In der Moskauer Richtung:* von 700 km auf 1000 km; denn die Grenze der UdSSR war um 250 – 300 km nach Westen verschoben worden. Das hatte Folgen bei der Realisierung des Planes Barbarossa: Moskau konnte nicht gestürmt werden, sondern wurde erfolgreich verteidigt. In der Wehrmachtshauptschlagrichtung konnten keine Beiträge für das Erreichen der Linie Wolga-Archangelsk als räumliche Endaufgabe des Planes Barbarossa geleistet werden. Wenn das in die dem Zweiten Weltkrieg folgende Entwicklung strategischen Denkens und Wirkens eingeordnet werden soll, dann entsprechen die Ausmaße der Raumtiefe von 1000 km etwa der Tiefe der strategischen Angriffsoperation der NATO gegen die Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages.

*In der Leningrader Richtung* von 180 km auf 600 km. Die abgestimmte Zubilligung der Interessensphären veränderte noch grundlegender die operativen und strategischen Möglichkeiten der hier handelnden Heeresgruppe; sie musste sich aus einer Entfernung von 600 km an die Stadt herankämpfen. Das hatte Folgen: Die Wehrmachtsteile waren zu erschöpft für den Sturm der Stadt. An Endaufgaben konnte hier nicht gedacht werden, wenn schon ein Zwischenziel unerreicht blieb.

*In der Wyborger Richtung* geriet die Mannerheim-Linie in die Hand der Roten Armee; damit wurden die Sperranlagen zu Hindernissen für mögliche Nebenschläge finnisch-deutscher Kräftegruppierungen umgestaltet.

Diese militärstrategischen Gegebenheiten leisteten einen wesentlichen Beitrag für die spätere Vertreibung der Aggressoren. Der Nichtangriffspakt und die Niederlage Finnlands haben zur Lösung von drei Hauptproblemen maßgeblich beigetragen.

1. Zeitgewinn von zusätzlich 21 Monaten zur Verstärkung der Landesverteidigung.
2. Verhinderung einer Einheitsfront der imperialistischen Mächte gegen die UdSSR.
3. Erzwingung eines effektiven Militärbündnisses der westlichen Hauptmächte mit der UdSSR.

## **6. Abschließende Bemerkungen**

Der sowjetischen Militärstrategie gelang nicht alles. Ihr Weg und Wirken waren auch mit Fehlrechnungen und –deutungen sowie tragischen Fehlentscheidungen verbunden. Aber eines gelang ihr, worum sich „westliche Demokratien“, vor diese Aufgabe gestellt, vergeblich bemühten: der entwickeltsten und kriegserfahrensten Armee eine vernichtende Niederlage zuzufügen.

Das sollten sich alle westlichen Politiker und Militärs hinter die Ohren schreiben, die dabei sind, ihre Begehrlichkeiten gegenüber dem modernen Russland erneut in seit Jahrhunderten gescheiterte Projekte der Einschüchterung und militärischen Prüfung umzusetzen.

Das sowjetische Russland hat die NATO in ihrem Hauptkriegsraum, in Europa, auch mit Unterstützung der DDR und der NVA, wirksam gezügelt.

Das heutige Russland hat sich gegenüber dem Westen, seinen Führungsmächten behauptet. Nach dem Kalten Krieg hat der neu aus Russland und China formierte Osten die unipolare Weltordnung nicht zugelassen. Alle Achtung vor den russischen Bürgern und Soldaten!

Prof. Dr. Eckart Mehls

## Polen zwischen Hitlerdeutschland und Sowjetunion 1933 - 1939

Das angezeigte Thema ist, wie allseits bekannt, eines der sowohl strittigsten als auch besonders intensiv bearbeiteten. Historiker, am Geschehen Beteiligte, Politologen, Journalisten und leider auch Politiker verschiedenster Couleur haben sich umfänglich diesem Gegenstand zugewandt, um, je nach Profession, Standpunkt und unterschiedlichen Zielstellungen, ihren Beitrag zum Versuch sachlicher Klärung oder zielgerichteter Verwirrung zu leisten. Allein der polnische Autor Marek Kornat, ein profunder Kenner der Materie und Autor von mehreren Büchern zur Geschichte Polens in diesem Zeitraum<sup>1</sup>, listet in dem Literaturverzeichnis seines 2002 erschienenen Buches über Polen und den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von 1939 neben 178 Dokumentenpublikationen, 229 Tagebüchern und Memoiren 911 Titel von Darstellungen in Buchform oder wissenschaftlichen Zeitschriftenartikeln auf.

Um die nicht ganz unkomplizierte Entwicklung der Situation Polens in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts etwas verständlicher zu machen, seien zu dem ersten, einem wirklich turbulenten Jahrzehnt der Geschichte Polens nach dem Wiedergewinn der Unabhängigkeit im Ergebnis des ersten Weltkriegs einige wenige Bemerkungen gestattet.

Die Ausgangslage der jungen Republik war in der Tat sehr kompliziert. Die vorhergehenden Jahre der Teilung hatten sowohl unter ökonomisch-geografischen als auch unter politischen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkten für den jungen Staat relativ schwerwiegende Folgen. Eine gewisse Widerspiegelung fand dies z. B. darin, dass in wenigen Jahren ein Präsidentenmord, zwischen November 1918 und Mai 1926 15 Regierungswechsel, ein opferreicher und die Existenz der II. Republik ernsthaft bedrohender Krieg zwischen Polen und Sowjetrussland und schließlich 1926 ein blutiger Staatsstreich Jozef Piłsudskis, der die Ansätze einer demokratischen Entwicklung durch ein autokratisches Regime ersetzte<sup>2</sup>, die politische Szene weitgehend bestimmten.

Von besonderer Bedeutung unter den hier zu behandelnden Aspekten war zweifellos der polnisch-sowjetrussische Krieg, der im April 1921 mit dem keinen der Kriegsgegner zufrieden stellenden Rigaer Frieden zwischen Polen, Sowjetrussland, der Belorussischen Sowjetrepublik und der Ukrainischen Sowjetrepublik beendet wurde. Keines der Kriegsziele der beteiligten Kontrahenten wurde erreicht<sup>3</sup>. Die angestrebten, aber nicht erreichten Ziele erwiesen sich in der Folgezeit für jede der beteiligten Seiten als schwer auf dem Prozess der Normalisierung ihrer Beziehungen lastende Hypothesen.

Auf polnischer Seite hatte sich die im Wesentlichen von Piłsudski geprägte Sicht<sup>4</sup> durchgesetzt, dass die geopolitische Lage Polens als kleiner Staat zwischen den mächtigen Nachbarn Russland (egal in welcher politischen Verfassung auch immer) und Deutschland ein schwer auflösbares Dilemma sei. Polen sei daher wegen seiner nicht veränderbaren Lage gezwungen, einerseits entweder eine Föderation unabhängiger ostmitteleuropäischer Staaten unter polnischer Führung anzustreben, die ein gewisses Gegengewicht gegen die von den mächtigen Nachbarn ausgehenden potenziellen Gefahren darstellen könnte, oder

<sup>1</sup> Kornat, Marek: Polska 1939 wobec Paktu Ribbentrop-Mołotow. Warszawa 2002; ders.: Polityka równowagi 1934-1939. Polska Między Wschodem a Zachodem. Kraków 2007 (im Folgenden: Kornat: Polityka równowagi); ders. Polen zwischen Hitler und Stalin. Studien zur polnischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit. Berlin 2012 (im Folgenden Kornat: Polen zwischen Hitler und Stalin)

<sup>2</sup> Auf eine eingehendere Charakterisierung des Regimes Piłsudskis muss hier leider verzichtet werden. Es müsste ausführlicher darauf eingegangen werden, dass in neuerer Zeit in Polen außerordentlich nachsichtige und wohlgesonnene Bewertungen vorherrschen, während z. B. oppositionelle Kreise aus der Zeit selbst das Regime schlicht als "Diktatur Jozef Piłsudskis" werteten, die alle Schwierigkeiten des polnischen Lebens bis zur äußersten Grenze vertieft und verschärft habe.

<sup>3</sup> Dazu ausführlicher Mehls, Eckart: Der Rigaer Frieden und seine Verlierer: Piłsudski und Lenin. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Band 3 (2). Leipzig 2001. S. 79 - 103

<sup>4</sup> Eine sehr instruktive Zusammenfassung der die Außenpolitik Polens in der Zwischenkriegszeit maßgeblich bestimmenden Positionen Piłsudskis gibt M. Kornat im III. Kapitel seines Buches "Polityka równowagi 1934-1939" unter der Überschrift "Bolszewizm i sowiecka polityka zagraniczna w opinii Józefa Piłsudskiego" (S. 127-152)

aber eine Politik stabiler Bündnisse bei gleichzeitiger zielgerichteter Entwicklung der eigenen Fähigkeiten (militärisch, ökonomisch, politisch) zur Sicherung seiner Existenz zu betreiben. Es muss an dieser Stelle hinzugefügt werden, dass natürlich die langen Erfahrungen aus der Zeit der Teilungen sowie mit der Politik der Teilmächte (besonders Russland und Preußen/Deutschland) auf die Herausbildung der konzeptionellen und strategischen Grundlagen der Politik des polnischen Staates einen spürbaren Einfluss hatten. Zu nennen wären hier insbesondere die exponiert deutliche Zuweisung eines nicht zu hinterfragenden hohen Stellenwertes der Unabhängigkeit und Souveränität des Staates, ausgedrückt in der knappen, unverrückbaren Formel "*nic o nas bez nas*" (nichts über uns ohne uns), die peinlichste Beachtung der Gleichheit und Gleichwertigkeit des polnischen Staates in allen Verhandlungen, Abmachungen und Abkommen mit anderen Staaten sowie generell in allen internationalen Angelegenheiten. Kernbestandteil der außenpolitischen Konzeption Piłsudskis war das Bestreben, Russland in seine ethnischen Grenzen zurückzudrängen, d. h. hinter die Grenze des polnischen Staatswesens von 1772, und westlich davor Territorien des untergegangenen russischen Imperiums mit nichtrussischer Bevölkerung in engstens mit Polen verbündete Staaten (von Finnland bis Georgien) als wirksamen Puffer gegen erneute russische Expansionsgelüste (die als unabänderlich gegeben unterstellt wurden) zu schaffen. Vor diesem Hintergrund wurden auch die deutsch-sowjetischen Beziehungen (Rapallo-Vertrag 1922, Berliner Vertrag 1926) polnischerseits als eine akute Bedrohung Polens bewertet.

Insgesamt stellte sich die außenpolitische Lage Polens zum Beginn der 30er Jahre nicht sonderlich positiv dar. Insbesondere hatte die für längere Zeit in Polen als eine Garantie für Existenz und Sicherheit des Staates gegen Bedrohungen durch seine Nachbarn bewertete Allianz mit Frankreich<sup>5</sup> im Zusammenhang mit einer gewissen Annäherung Frankreichs und Deutschlands im Rahmen der Locarno-Politik ihren ursprünglichen Stellenwert verloren. Zugleich hatten sich die Spannungen zwischen Polen und Deutschland zum Ende der Weimarer Republik hin spürbar verschärft.

Vor diesem Hintergrund vollzog sich in der Gestaltung der polnischen Außenpolitik gegenüber der UdSSR ein sichtbarer Wandel. Nachdem sich Polen ganz im Sinne der grundsätzlich negativen Haltung Piłsudskis gegenüber dem sowjetischen Nachbarn allen Initiativen der Sowjetunion, eine gemeinsame Abwehr möglicher Bedrohungen aus dem Westen durch die mittelost- und osteuropäischen Länder zu organisieren, total abweisend verhalten hatte<sup>6</sup>, unterzeichneten angesichts der sich zunehmend prekärer gestaltenden außenpolitischen Lage Polens am 25. 7. 1932 Bevollmächtigte der Regierungen der UdSSR und Polens in Moskau einen Nichtangriffsvertrag. Dieser bekräftigte im Wesentlichen die Festlegungen des 11 Jahre zuvor abgeschlossenen Rigaer Friedensvertrages, ohne jedoch Grundlegendes in der Haltung Polens gegenüber der Sowjetunion zu ändern. Nach wie vor ging man unter dem direkten Einfluss Piłsudskis, der etwa zeitgleich den Obersten Beck, einen in unwandelbarer Treue und Ergebenheit ihm gegenüber stehenden Politiker, zum neuen Außenminister Polens ernannt hatte, davon aus, dass das bolschewistische Regime in Russland sich nicht dauerhaft halten werde.<sup>7</sup> Die Beziehungen verblieben in der Praxis nach wie vor unterkühlt sowie von Ablehnung und tiefem Misstrauen geprägt.

Mit der Übertragung der Regierungsgewalt in Deutschland an die von Hitler geführte faschistische Bewegung geriet Polen in eine völlig neue Situation. Insbesondere nach der Beendigung der Teilnahme Deutschlands an der bereits über längere Zeit tagenden Abrüstungskonferenz und dessen Austritt aus dem Völkerbund sah sich Polen mit einer rapiden Verschlechterung seiner sicherheitspolitischen Situation im Westen konfrontiert. Piłsudski und seine außenpolitischen Akteure bemühten sich seit Herbst 1933 intensiv um die Über-

<sup>5</sup> Im Februar 1921 schlossen Polen und Frankreich einen offiziellen Bündnisvertrag und ein Geheimabkommen über militärische Hilfe Frankreichs für Polen für den Fall eines deutschen oder auch sowjetischen Überfalls auf Polen. Kurz gefasste Informationen dazu bei Krasuski, Jerzy: *Tragiczna niepodległość. Polityka zagraniczna Polski w latach 1919-1939*. Poznań 2002. S. 83 f.

<sup>6</sup> Dazu im Einzelnen Cienciala, Anna. M.: *Poland and the Western Powers 1938-1939. A Study in the Interdependence of Eastern and Western Europe*. London/Toronto. 1968. S. 9 (im Folgenden Cienciala: *Polen and the western Powers*)

<sup>7</sup> Siehe dazu u.a. Garlicki, Andrzej: *Józef Piłsudski 1867 – 1935*. Kraków 2008. S. 966 ff.

windung zunächst sichtbaren Unwillens der deutschen Seite zu einer verbindlichen Vereinbarung über die Verbesserung der polnisch-deutschen Beziehungen. Nach mehrmonatigen Verhandlungen wurde schließlich am 26. 1. 1934 eine polnisch-deutsche Nichtangriffserklärung unterzeichnet. Die wichtigsten der von Piłsudski angestrebten Ziele, nämlich eine offizielle Anerkennung der bestehenden Westgrenze Polens durch Deutschland und des Status der Freien Stadt Danzig, konnten nicht erreicht werden. Als Erfolg wurde seitens der verantwortlichen Politiker Polens allerdings gewertet, dass die ehemals auch für Deutschland als Mitglied des Völkerbundes verbindlichen Regeln nun nach dessen Ausscheiden aus demselben durch eine bilaterale Vereinbarung über Gewaltverzicht ersetzt wurden, wodurch sich die Situation Polens erheblich verbessert habe.<sup>8</sup>

Die deutsch-polnische Gewaltverzichtserklärung markiert eine wichtige Zäsur in der Entwicklung der Außenpolitik Polens in der Zwischenkriegszeit, nämlich einen deutlichen Wandel der Haltung in der Frage Multilateralismus oder Bilateralismus als wesentliche Grundlage für die Sicherung der Existenz des polnischen Staates und seiner Unabhängigkeit. Die Entscheidung der die polnische Außenpolitik prägenden politischen Kräfte für die Priorität bilateraler sicherheitspolitischer Vereinbarungen war einer der Ausgangspunkte für die Gestaltung der polnischen Außenpolitik in einem ganz wesentlichen Zeitraum der 30er Jahre, nämlich der sog. Politik des Gleichgewichts (*polityka równowagi*) bzw. einer Politik des "gleichen Abstands" zu den unmittelbaren Nachbarn. Sie wurde im Wesentlichen als eine Politik strikter Neutralität und der Vermeidung von außenpolitischen Verpflichtungen, die sich in irgendeiner Weise gegen einen der beiden Partner richten könnten, interpretiert. Wie dies in der Praxis aussah, wird im Folgenden noch näher zu betrachten sein.

Zunächst jedoch noch einige wenige Bemerkungen zu unmittelbaren Folgen und Reaktionen auf diesen "Wendepunkt" in der polnischen Außenpolitik.<sup>9</sup> Die Unterzeichnung der Gewaltverzichtserklärung mit Nazi-Deutschland traf in Polen auf eine Welle scharfer Kritik der Opposition. Die Mehrheit der in Opposition zu Piłsudski stehenden bürgerlichen Parteien verwies auf die Fragwürdigkeit eines Abkommens mit einer Partei, deren Programm eindeutig in den vom "Führer" der Bewegung veröffentlichten Thesen in "Mein Kampf" erkennbar sei. Es ginge nicht an, diesem Nachbarland mit seiner erkennbar expansiv orientierten Politik in seinem Bemühen um Wiederbewaffnung und Überwindung internationaler Isolierung Unterstützung zu gewähren. Die Kommunistische Partei Polens schätzte ein, dass dieser "Pakt" ein erster Schritt hin zu einer gemeinsamen deutsch-polnischen Politik gegen die UdSSR sei.<sup>10</sup> Und auch im Ausland traf dies auf eine Welle von besorgten Fragen, u. a. danach, ob nicht doch entgegen allen Bekundungen polnischerseits die Gewaltverzichtserklärung mit einem geheimen Abkommen über weitergehendes Zusammenwirken der Partner verbunden sei.<sup>11</sup>

Zu verweisen ist schließlich auch auf die Haltung Piłsudskis selbst zu den erstrebten Zielen und Erfolgsaussichten dieser seiner für alternativlos gehaltenen Politik. Es scheint bei genauerem Hinsehen zumindest so zu sein, dass sich Piłsudski in seinen Einschätzungen im Vergleich zu seinem Außenminister Beck, der sich nach Piłsudskis Tod im Jahre 1935 strikt an die konzeptionellen Ideen und "Weisungen" seines großen Vorbildes halten zu müssen verpflichtet fühlte, als der realistischere Politiker zeigte. Piłsudski war sich offenbar dessen bewusst, dass sich die im Wesentlichen von ihm entwickelte Politik keineswegs als dauerhafter Garant für Sicherheit und Unabhängigkeit Polens erweisen werde. Er ging davon aus, dass diese Politik des Gleichgewichts und vertraglich geregelt friedlicher Beziehungen zu den als bedrohlich empfundenen Nachbarn eine absolute Notwendigkeit sei, solange Polen nicht über eigene Möglichkeiten verfüge, mit ausreichendem militärischen und wirtschaftlichen Potenzial dem unausweichlichen Expansionsstreben der beiden Nachbarn zu widerstehen. In verschiedenen Zusammenhängen wies er immer wieder darauf hin, dass es wohl möglich sei, für einen Zeitraum von 4 oder 5 Jahren auf den Erfolg dieser Politik zu bauen.

<sup>8</sup> Ausführlich dazu Kornat: Polen zwischen Hitler und Stalin, S. 67 ff.

<sup>9</sup> So Ciencala: Poland and the Western Powers, S. 16

<sup>10</sup> Ebenda

<sup>11</sup> Zu dieser Problematik und zur Entkräftung derartiger Vermutungen ausführlich Kornat: Polen zwischen Hitler und Stalin, S. 70 ff.



Bekannt ist das von ihm entwickelte Bild, dass es immer sehr unbequem sei, auf zwei Stühlen zu sitzen und dass es darauf ankomme, rechtzeitig zu bemerken, wann und von welchem der beiden Stühle man zuerst zu fallen drohe.<sup>12</sup> Und ganz in diesem Sinne wird die ihm zugeschriebene Anekdote kolportiert, dass es mit der polnisch-deutschen Gewaltverzichtserklärung wenigstens gelungen sei, Polen auf der deutschen Speisekarte von der Vorspeise auf das Dessert zu verschieben.<sup>13</sup>

Nach der Unterzeichnung der polnisch-deutschen Gewaltverzichtserklärung gab es alsbald Anzeichen, die für viele Beobachter den (in der Tat aber, wie man heute wohl mit Sicherheit sagen kann, unbegründeten) Verdacht bestärkten, dass am 26. 1.1934 zwischen beiden Partnern mehr als nur ein formeller Gewaltverzicht vereinbart worden sei. Während einerseits in den polnisch-sowjetischen Beziehungen eine sehr deutliche Abkühlung eintrat (Kornat überschreibt sogar einen ganzen Abschnitt seines 2012 in Berlin erschienenen Buches "Der »Kalte Krieg« zwischen Polen und der Sowjetunion" <sup>14</sup>) und in der polnischen Außenpolitik nach wie vor die geradezu axiomatische These von der ständig potenziell drohenden Aggression der SU eine beherrschende Rolle spielte, zeigte Polen eine sehr deutliche Bereitschaft, vielfältigen Avancen von deutscher Seite<sup>15</sup>, die auf eine Intensivierung der Beziehungen zielten, offen gegenüber zu stehen. Zwar wurde weiterhin die These von der Einhaltung "gleichen Abstands" kultiviert, in der Praxis jedoch, selbst ungeachtet der Verstimmung des Bündnispartners Frankreich, offen die Priorität der Beziehungen Polen-Deutschland zur Schau gestellt. Als eine der Begründungen dafür wurde mit der strategischen Überlegung argumentiert, dass gute Beziehungen zu Deutschland einen sicheren Schutzwall gegen ein als tödliche Gefahr betrachtetes deutsch-sowjetisches Zusammengehen gegen Polen bilden würden. Bestandteil dieser außenpolitischen Grundorientierung war folgerichtig ein konsequentes Eintreten der polnischen Politik gegen jeden Ansatz einer Politik kollektiven Zusammenwirkens potenziell von der deutschen Expansionspolitik bedrohter Staaten unter Einschluss der Sowjetunion. Das 1934 in der europäischen Politik eine nicht geringe Rolle spielende Projekt des sog. Ostpaktes<sup>16</sup> scheiterte direkt an der destruktiven Haltung Polens, deren beständiges Ziel es war, die UdSSR von der "Einmischung in europäische Angelegenheiten" fernzuhalten.<sup>17</sup>

Die Friedensbekundungen Adolf Hitlers wurden in Warschau wie bare Münze zur Kenntnis genommen, die real sichtbar werdenden Schritte deutscher Expansionspolitik und Kriegsvorbereitung geflissentlich übersehen. Spitzenpolitiker Nazideutschlands wie Göring, Goebbels, Himmler, Frank und andere, gaben sich in Warschau gewissermaßen die Klinke in die Hand. Der polnische Botschafter in Berlin, Józef Lipski, berichtete ausführlich über die Freundschaftsbekundungen Hitlers bei seinen öffentlichen Auftritten, so z.B. über eine Wahlkampfrede Hitlers vom 12. März 1936 in Karlsruhe, aus deren Abschnitt über die deutsch-polnischen Beziehungen er die aus seiner Sicht besonders bemerkenswerten Sätze im Original zitiert: " Vor drei Jahren, als Deutschland im tiefsten Gegensatz zu Polen stand, gelang es mir, diese Spannungen allmählich zu mildern und dank des tiefen Verständnisses eines anderen großen Führers und Staatsmannes ist es gelungen, langsam zwei Völker einander zu nähern...Weder wird Polen jemals Deutschland vernichten, noch wird Deutsch-

<sup>12</sup> So berichtet von Żerko, Stanisław: Polska, Niemcy i geneza II wojny światowej. In: Przegląd Zachodni . 2009/ 2. S. 13 (im Folgenden Żerko: Polska, Niemcy i geneza II wojny światowej)

<sup>13</sup> So wiedergegeben von Ciencala: Poland and the Western Powers. S. 16

<sup>14</sup> Kornat: Polen zwischen Hitler und Stalin. S. 81 ff.

<sup>15</sup> Ausführlich dazu Roos, Hans: Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939. (Im Folgenden : Roos, Polen und Europa).Tübingen 1965. S. 209 ff.

<sup>16</sup> Roos, Polen und Europa. S. 165 ff.

<sup>17</sup> So heißt es in der dem Botschafter in Berlin übermittelten Instruktion des polnischen Außenministers für ein bevorstehendes Gespräch mit Hitler , dass er sich an Richtlinien halten möge, in denen unter Punkt 2 wörtlich formuliert wird: "Polen erachtet die Einmischung der Sowjets in europäische Angelegenheiten für unzulässig." *Instrukcja ministra spraw zagranicznych dla ambasadora w Berlinie do rozmów z kanclerzem Hitlerem: stanowisko Polski w sprawie Czechosłowacji (19.8.1938).* In: Polskie Dokumenty Dyplomatyczne (im Folgenden: PDD) - 1938. Dok. 239. S. 510

land jemals Polen beseitigen. Zwei Völker sind als Realitäten gegeben, und sie tun gut daran, sich das Nebeneinanderleben erträglich einzurichten."<sup>18</sup>

Die sich hinter diesen auf den ersten Blick "beruhigend" erscheinenden Proklamationen verbergenden wirklichen Ziele Hitlerdeutschlands in dessen Polenpolitik dieser Zeit wurden, obwohl eigentlich durch gründliche Analyse der öffentlich zugänglichen programmatischen Bekundungen der Naziführung zu erschließen, von der polnischen Außenpolitik schlicht ignoriert. Es wäre durchaus erkennbar gewesen, dass es den den außenpolitischen Kurs Deutschlands bestimmenden Kräften darum ging, Polen als Verbündeten in den kommenden Auseinandersetzungen auf dem Wege der Realisierung des Expansionsprogramms für einen gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion oder zumindest als eine zuverlässige Rücken- deckung für den Fall einer militärischen Konfrontation im Westen zu gewinnen.<sup>19</sup>

Ein gewisser Kulminationspunkt der Politik vermeintlich herzlicher Freundschaft zwischen Polen und Nazideutschland wurde am Vorabend des Münchener Abkommens über das der Tschechoslowakei zgedachte Schicksal erreicht. Gestützt auf bereits von Piłsudski formulierte Urteile über die Tschechoslowakei bekundete Polen eine volle Übereinstimmung mit der Politik Hitlerdeutschlands gegenüber der Tschechoslowakei. In der Instruktion des polnischen Außenministers an den Botschafter in Berlin vom 19.8.1938 für das bevorstehende Gespräch mit Hitler heißt es dazu wörtlich: "Die tschechoslowakische Republik betrachten wir als ein künstliches Gebilde, gewissen Doktrinen und Kombinationen entsprechend, nicht aber den wirklichen Bedürfnissen und natürlichen Rechten der Völker Mitteleuropas"<sup>20</sup>. Dass es sich hier um die grundsätzliche Position Polens handelte, belegt u. a. ein als geheim eingestuftter Kurzbericht des polnischen Botschafters in London, Raczyński, an den polnischen Außenminister v. 14.9.1938 über ein Gespräch mit dem britischen Außenminister Halifax über die polnische Haltung in der "tschechoslowakischen Krise". Er, Raczyński, heißt es darin, habe den britischen Außenminister daran erinnert, dass die berechtigten Ansprüche Polens gegenüber der Tschechoslowakei (territoriale Ansprüche und Forderungen hinsichtlich der Behandlung der polnischen Minderheit) bekannt seien. Zusätzlich habe er darauf hingewiesen, dass "die Tschechoslowakei, die Polen im Süden flankiert, durch ein Bündnis mit unserem potenziellen Feind, der Sowjetunion, alliiert ist, deren Rolle in dem gegenwärtigen Konflikt unsere ernsthaften Bedenken wecken muss."<sup>21</sup>

Bemerkenswert aufschlussreich hinsichtlich der Übereinstimmung der Haltung Polens und Deutschlands gegenüber der Tschechoslowakei ist der Bericht des polnischen Botschafters in Berlin, Lipski, über das zweistündige Gespräch mit Hitler am 20.9.1938, in dem Hitler versicherte, "dass für den Fall, dass es zwischen Polen und den Tschechen vor dem Hintergrund unserer Interessen in Cieszyn zu einem Konflikt komme, das Reich auf unserer Seite steht...Der Kanzler rät, in diesem möglichen Fall unsererseits Aktionen erst nach der Übernahme des Sudetengebiets (Gór Sudeckich) durch Deutschland zu unternehmen, denn dann wäre die gesamte Aktion kürzer." Lipski fügte dem noch hinzu, der Kanzler habe im weiteren Verlauf des Gesprächs stark unterstrichen, "dass Polen ein erstrangiger Faktor der Absicherung Europas gegen Russland ist."<sup>22</sup>

Ohne hier weiter auf die Problematik des Münchener Abkommens und der Appeasementpolitik der Westmächte eingehen zu können, sei mit Blick auf die Rolle Polens in der sog. Sudetenkrise nur festgehalten, dass Polen ungeachtet der bekannten Position der UdSSR als Bündnispartner der ČSR und ausdrücklicher Warnungen Frankreichs und Großbritanniens in

<sup>18</sup> Raport ambasadora w Berlinie o przemówieniu kanclerza Niemiec w Karlsruhe [14.3.1936] do Ministerstwa Spraw Zagranicznych .Wydział P.II. In: PDD – 1936. Dok. 82 . S. 173 f.

<sup>19</sup> Ausführlich dazu Żerko: Polska, Niemcy i geneza II wojny światowej. S. 10 ff.; Kornat: Polen zwischen Hitler und Stalin. S. 71 ff.

<sup>20</sup> *Instrukcja ministra spraw zagranicznych dla ambasadora w Berlinie do rozmów z kanclerzem Hitlerem: stanowisko Polski w sprawie Czechosłowacji (19.8.1938)*. PDD - 1938, Dok. 239. S. 510

<sup>21</sup> *Telegram szyfrowy ambasadora w Londynie o rozmowie z ministrem spraw zagranicznych Wielkiej Brytanii na temat stanowiska Polski wobec kryzysu czechosłowackiego* [14.8.1938]. PDD – 1938. Dok. 203. S. 473 f.

<sup>22</sup> *List ambasadora w Berlinie na temat rozmowy z kanclerzem Niemiec* [20.9.1938]. PDD – 1938. Dok. 248. S. 518 ff.

ihrer Note v. 26.9.1938<sup>23</sup> auf der Grundlage eines Ultimatums (der polnische Botschafter in Prag übergab weisungsgemäß kurz vor 24 Uhr des 30. September 1938 die Note mit der ultimativ bis 12 Uhr des 1. Oktober 1938 befristeten Forderung der Übergabe des Territoriums) das von ihr als rechtmäßig beanspruchte Gebiet des Teschener Schlesiens (Śląsk Cieszyński) sich mit militärischer Gewalt einverleibte.

Die Folgen dieses Schrittes, dessen Begründungen sich in leicht abgewandelter Form knapp ein Jahr später in der sowjetischen Note v. 17.9.1939 mit der Ankündigung des Einmarsches der Roten Armee in polnisches Hoheitsgebiet wiederholten, erwiesen sich für Polen als katastrophal. Es befand sich in einer Situation fataler Isolierung. Seit 1934 in weiten Kreisen der europäischen Länder gehegte Verdachtsmomente über eine geheime Bündnisbeziehung Polen – Deutschland<sup>24</sup>, offiziell von Polen mit dem Hinweis auf die "Politik des Gleichgewichts", die allerdings so der Öffentlichkeit kaum zu vermitteln war, entschieden dementiert, schienen sich durch die als "gemeinsame Aktion" wahrgenommene Teilnahme Polens an der Zerstückelung der Tschechoslowakei zu bestätigen<sup>25</sup>. Mit der Münchener Konferenz 1938 entfiel endgültig, wie Marek Kornat ausführlich begründet, die Grundlage der polnischen "Gleichgewichtspolitik".<sup>26</sup> Als besonders gravierend erwies sich die deutliche Verärgerung Frankreichs über die polnische Politik gegenüber der ČSR, wie sie u.a. in der britisch-französischen Note v. 26.9.1938 mit der Warnung vor militärischen Schritten Polens gegen die ČSR zum Ausdruck kam.<sup>27</sup> Gleichmaßen deutlich machte die UdSSR ihre Position für den Fall militärischer Aktionen Polens gegen die ČSR klar. Am 23. 9. 1938 teilte der stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Potjomkin, dem polnischen Geschäftsträger in Moskau mit, dass im Falle des Überschreitens der tschechoslowakischen Grenze durch polnische Truppen die sowjetische Regierung ohne weitere Warnung entsprechend dem Punkt 2 des bestehenden polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakts diesen aufkündigen werde.<sup>28</sup> Allein der Ton der Antwort des polnischen Außenministers<sup>29</sup> sprach Bände über die polnische Sicht auf den Stand der Beziehungen zu dem Partner des Nichtangriffsvertrages zwischen den beiden Nachbarn. Er ließ den Vertragspartner wissen, dass Gesetzgebungsakte in Verteidigungsfragen in der ausschließlichen Kompetenz der polnischen Regierung lägen und diese nicht verpflichtet sei, sich diese betreffend gegenüber irgend jemandem zu erklären. Im Übrigen kenne die polnische Regierung die Texte der von ihr geschlossenen Verträge.<sup>30</sup>

In dieser für alle offensichtlich äußerst ungünstig gewordenen Situation Polens entschloss sich die deutsche Seite, nunmehr ihre Politik gegenüber Polen von dem bisher demonstrativen Umwerben, ohne dass es dabei zu von Polen seit Jahren erstrebten bestandsfesten Regelungen hinsichtlich der Grenze und des Status der Freien Stadt Danzig gekommen wäre, auf offenen Druck in Richtung Unterordnung umzustellen. Ein Routinegespräch Lipski-Ribbentrop am 24. 10.1938, das der Vorbereitung eines in Aussicht genommenen Besuchs des polnischen Außenministers dienen sollte, wurde von Ribbentrop umfunktioniert, um den dadurch überraschten polnischen Botschafter mit der Erklärung zu konfrontieren, dass es nun an der Zeit sei, in den Beziehungen des Reiches zu Polen zu einer "Globallösung" zu kommen.<sup>31</sup> In 8 Punkten legte Ribbentrop die deutschen Forderungen dar, deren drei wichtigste die Rückkehr Danzigs ins Reich, die Schaffung einer exterritorialen Straßen- und

<sup>23</sup> Ciencala: Poland and the Western Powers. S. 125,130

<sup>24</sup> Über das Echo in Frankreich ausführlich Roos, H.: Polen und Europa, S. 155 ff.

<sup>25</sup> Żerko, Stanisław: Polska polityka zagraniczna w styczniu – sierpniu 1939 r. In: Polski Przegląd Dyplomatyczny 5 27(2005)5. ( Im Folgenden Żerko: Polska polityka zagraniczna...) S. 22

<sup>26</sup> Kornat: Polen zwischen Hitler und Stalin. S. 95 ff.

<sup>27</sup> Ciencala: Poland and the Western Powers. S. 130

<sup>28</sup> Ausführlich dazu M. Wojciechowski: Stosunki polsko-niemieckie 1933-1938. Poznań 1980. Im Folgenden : Wojciechowski: Stosunki... ) . S. 453 f.

<sup>29</sup> Ciencala spricht von "sharply worded reply", Wojciechowski von "arrogant und herabsetzend"

<sup>30</sup> Im Punkt 2 des Vertrages, auf den sich die sowjetische Regierung bezog, heißt es : "Wenn einer der vertragschließenden Teile einen Angriff gegen einen dritten Staat unternimmt, so ist der andere Teil berechtigt, den gegenwärtigen Vertrag fristlos zu kündigen." Zit. nach Rönnefarth, H. (Hrsg.): Konferenzen und Verträge( Vertragsploetz). Teil II . Bielefeld 1953. S. 318

<sup>31</sup> Eine sehr detaillierte Schilderung der Begleitumstände und des Hergangs dieses Treffens in Berchtesgaden gibt Wojciechowski: Stosunki..., S. 507 ff.

Schiennenverbindung durch den polnischen Korridor und der Beitritt Polens zum Antikominternpakt waren. Letzteres schloss eine Konsultationspflicht Polens in allen außenpolitischen Angelegenheiten ein. Beck erkannte zwar, dass die Erfüllung der Forderungen der "Globallösung" faktisch eine Vasallisierung Polens bedeutete. Sie wurden unmittelbar danach (am 31.10.1938) abgelehnt, aber immer noch in der Illusion, dass diese Forderungen, möglicherweise nur Ideen von Ribbentrop, Gegenstand freundschaftlicher Verhandlungen sein könnten. Ein bezeichnendes Licht auf die Verkennung des Ernstes der Situation wirft die Tatsache, dass Beck in einer Beratung mit seinen Mitarbeitern am 4.11.1938 bei einer Gesamteinschätzung der Situation Polens erklärt, das "wir an einem guten politischen Punkte sind" und dass sich im Übrigen gezeigt habe, "dass Löwen bei näherem Leben mit ihnen gar nicht so schrecklich sind." Zugleich sei das kommunistische Russland "erfolgreich aus Europa herausgedrängt worden", und das für lange Zeit.<sup>32</sup>

In Gesprächen Józef Becks mit Hitler am 5.1.1939 sowie am folgenden Tag mit Ribbentrop musste nun Beck sich persönlich davon überzeugen, dass die von deutscher Seite angebotene "Globallösung" eine aus Sicht der deutschen Führung nicht verhandelbare Position war. Erst jetzt informierte er die führenden Politiker seines Landes über den Ernst der entstandenen Lage.<sup>33</sup>

Vorausgegangen waren dem u. a. polnisch-sowjetische Gespräche über eine Verbesserung der Beziehungen beider Länder in der nach dem Münchener Abkommen entstandenen Lage. Diese führten auf sowjetische Initiative schließlich zu einer vereinbarten Presseerklärung, in der am 27.11.1938 der gemeinsame Wille beider Länder ausgedrückt wurde, ihre Beziehungen auch künftig strikt auf der Grundlage der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen, insbesondere des Nichtangriffspakts von 1932, zu gestalten.<sup>34</sup> Die nach wie vor mehr als zwiespältige Position der polnischen Außenpolitik fand in diesem Zusammenhang ihren Ausdruck in einer am folgenden Tag den deutschen Korrespondenten in Polen von der Presseabteilung des polnischen Außenministeriums übermittelten Information, in der darauf verwiesen wurde, dass die Erklärung Ergebnis einer sowjetischen Initiative sei und dass "Polen sich in seiner Außenpolitik immer von dem Gesichtspunkt leiten ließ, dass die Teilnahme der Sowjetunion an der europäischen Politik überflüssig sei." Es wurde bekräftigt, "dass Polen auch heute an diesem Gesichtspunkt festhält."<sup>35</sup>

Mit der endgültigen Zerschlagung der Tschechoslowakei durch die Besetzung Böhmens und Mährens durch das Deutsche Reich und die Bildung eines selbstständigen slowakischen Staates unter deutschem Patronat (15. 3. 1939) veränderte sich die Situation Polens weiter zum Schlechteren, wenn auch zugleich durch unmittelbar darauf erfolgende britische Vorschläge für eine Vier-Mächte-Erklärung (England, Frankreich, Polen und UdSSR) gegen weitere deutsche Annexionen sich neue Perspektiven für Polen ergeben hätten. Polen jedoch lehnte noch am Tage der Kenntnisnahme des britischen Vorschlages (wegen der vorgeschlagenen Einbeziehung der Sowjetunion) auch dies ab.<sup>36</sup> In einer Beratung mit seinem engeren Mitarbeiterkreis am 24.3.1939 erklärte Beck sodann angesichts der unwandelbaren Haltung der deutschen Seite mit ihren Forderungen der "Globallösung", dass aus polnischer Sicht die territoriale Integrität des Staates und die polnische Position gegenüber den Forderungen nach aufgezwungenen Veränderungen des Status der Freien Stadt Danzig jene Linie

<sup>32</sup> Zit. von Żerko: Polska polityka zagraniczna.... S. 21

<sup>33</sup> Ausführlich dazu Kalisch, Johannes: Von der "Globallösung" zum "Fall Weiß". Die deutsch-polnischen Beziehungen 1938/1939. In: Eichholtz, Dietrich/Pätzold, Kurt (Hrsg.): Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939). Berlin (Akademie-Verlag) 1989. S. 394 f.

<sup>34</sup> Soobščenie TASS o sovetsko-pol'skich otnošenijach. 27. nojabrja 1938 g. In: God krizisa 1938 – 1939. Dokumenty i materialy v dvuch tomach. Moskva (MID SSSR). (Im Folgenden: God krizisa..)1990. T.I. Dok.62. S. 136

<sup>35</sup> Ebenda. Dok. 64. S. 137

<sup>36</sup> *Telegramm schriftlich vom Minister zum Botschafter in London* ..(22.3.39). Darin heißt es als eine der wesentlichen Begründungen, "dass die Einbeziehung der Sowjets in die Gespräche in gefährlicher Weise einen möglichen Konflikt beschleunigt, bevor die sich erklärenden Seiten vorbereitet sind." PDD 1939(1). Dok. 122. S. 194

sei, jenseits derer es nur "unser polnisches *non possumus* gibt. Ganz einfach: wir werden uns schlagen."<sup>37</sup>

Die sich in den folgenden Monaten überschlagenden Ereignisse können hier aus Zeitgründen (und da sie weitgehend als allgemein bekannt vorausgesetzt werden können) leider lediglich in Stichworten angeführt werden:

- Nach entsprechenden kurzen Konsultationen verkündete am 31.3.1939 der britische Premier in einer Rede vor dem Unterhaus eine britische Garantie für die Unabhängigkeit des polnischen Staates (von territorialer Integrität ist ausdrücklich keine Rede!), der sich Frankreichs Premier wenige Tage später anschloss;

- Hitler, nachdem er bereits im Herbst 1938 die deutsche Presse auf die gewaltsame Durchsetzung der vom faschistischen Deutschland verfolgten Expansionspolitik eingestimmt hatte<sup>38</sup>, stellt mit der Direktive für den "Fall Weiß" (3.4.1939) die Weichen für den Überfall auf Polen und kündigte mit seiner Rede vor dem Reichstag am 28.4.1939 sowohl die deutsch-polnische Gewaltverzichtserklärung von 1934 als auch das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935;

- Der polnische Außenminister Beck beendete seine im Namen der gesamten Regierung am 5. 5. 1939 im Sejm gehaltene Rede, die in aller Öffentlichkeit die nicht zu akzeptierenden deutschen Forderungen, die auf eine Unterordnung Polens unter deutsche Vorherrschaft hinauslaufen, zurückwies, mit den bekannten Worten: "Frieden ist eine wertvolle und wünschenswerte Sache...Wir in Polen kennen keinen Begriff des Friedens um jeden Preis. Im Leben der Völker, der Nationen und Staaten gibt es nur Eines, was unbezahlbar ist. Das ist die Ehre!" ;

- Unmittelbar danach (10.5.1939) kam es zu einem Gespräch Beck – Potjomkin. Nach den polnischen Aufzeichnungen tendiert Potjomkin zur "Überredung Polens zu einem Abkommen mit den Sowjets". Dies und eine ebenfalls angebotene einseitige Garantieerklärung der UdSSR für Polen wurde mit zwar von der sowjetischen Seite gezeigtem Verständnis, aber doch nicht sehr überzeugender polnischer Begründung (Polen träfe nur Absprachen bei Gewährleistung absoluter Gegenseitigkeit, die hier nicht gegeben wäre!) von Beck strikt abgelehnt.<sup>39</sup>

- Mitte Mai traf eine polnische Militärdelegation zu Verhandlungen in Paris ein, in deren Ergebnis die französische Seite erklärt, im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen spätestens am 15. Tag nach der Mobilmachung mit allen seinen Hauptkräften in Frankreich Offensivhandlungen gegen die deutschen Armeen zu beginnen<sup>40</sup>;

- Parallel dazu fanden angesichts der zugespitzten internationalen Lage Verhandlungen Großbritannien-Frankreich-UdSSR über Möglichkeiten gemeinsamer Abwehr deutscher Aggressionen statt, von denen Polen Kenntnis hatte. Am 15.5.1939 übermittelte Beck dem polnischen Botschafter in London den offiziellen Standpunkt Polens: weder positiv, noch negativ, da Polen nicht Teilnehmer der Verhandlungen ist. Sofern polnische Angelegenheiten berührt werden, gälte der Grundsatz: nichts über uns ohne uns<sup>41</sup>;

<sup>37</sup> Żerko: Polska polityka zagraniczna.... S.27

<sup>38</sup> Rede Hitlers vor der deutschen Presse (10.November 1938). (Mit einer ausführlichen Vorbemerkung von Wolfgang Treue). In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 6 (1958) 2. S. 175 ff.

<sup>39</sup> PDD 1939(1). Dok. 270. S. 449

<sup>40</sup> Żerko weist darauf hin, dass das Inkrafttreten dieses militärischen Protokolls abhängig gemacht wurde von der Unterzeichnung einer politischen Rahmenvereinbarung beider Regierungen, die aber erst am 4.9.1939 unterzeichnet wurde. Darüber hinaus verweist er darauf, dass sich bereits in einer relativ frühen Phase (April-Mai) britische und französische Militärkreise in vertraulichen Vereinbarungen darauf verständigt hatten, dass zunächst rein defensive Aktivitäten im Vordergrund stehen sollten. Das Schicksal Polens werde sich nicht in der Anfangsphase des kommenden Krieges, sondern in dessen Ergebnis endgültig entscheiden. Żerko: Polska polityka zagraniczna... S. 35 ; vgl. dazu auch: Röhr, Werner: Vom Annaberg nach Gleiwitz. Zur Vorgeschichte des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 1939.(Im Folgenden Röhr, W. Vom Annaberg nach Gleiwitz) Berlin 2009. S. 54 u. 72 ff.

<sup>41</sup> PDD 1939(1). Dok. 288. S. 475

- Am 11.8.1939 traf, wie bekannt, eine nur unzureichend bevollmächtigte britisch-französische Militärdelegation zu Verhandlungen mit der UdSSR in Moskau ein. Zum kritischen Problem der Verhandlungen wurde sehr schnell die Frage der sowjetischen Verhandlungsdelegation nach realen Möglichkeiten militärischer Hilfe für Polen im Falle eines deutschen Angriffs. Konkret ging es um die Frage des Durchmarschrechtes sowjetischer Einheiten durch Polen. Dringende Anfragen der westlichen Bündnispartner Polens in Warschau wurden von dort brüsk negativ beschieden. Der Ausgang der militärischen Verhandlungen ist bekannt – sie scheiterten nicht zuletzt an der strikten Weigerung der polnischen Regierung, einem vertraglich geregelten Durchmarschrecht für sowjetische Truppen zuzustimmen. Selbst dringliche Bitten des französischen Bündnispartners, der nachvollziehbaren Position der sowjetischen Seite entgegen zu kommen, wurden kurz und bündig mit dem Hinweis darauf, dass Piłsudski es zu einem unverrückbaren Prinzip polnischer Politik erhoben habe, dass es keiner fremden Macht gestattet sei, ihre Truppen auf polnisches Gebiet zu führen, beantwortet. Marschall Rydz-Śmigły, nach Piłsudskis Tod erste Instanz in der Reihe der staatlichen Würdenträger, bezog sich gegenüber dem französischen Außenminister Bonnet auf Piłsudski und motivierte die polnische Absage mit der berühmt gewordenen Sentenz: "Von den Deutschen riskieren wir den Verlust der Freiheit, die Russen rauben uns unsere Seele."

- Während der genannten Verhandlungen verliefen parallel dazu einerseits bereits seit geraumer Zeit intensive Versuche Deutschlands, die UdSSR für einen Vertrag mit Deutschland zu gewinnen, die von der sowjetischen Führung angesichts ihrer Erfahrungen aus vorhergehenden Krisen und der aktuellen Situation zunächst hinhaltend, mit Zunahme der Attraktivität der deutschen Angebote und angesichts akuter Zuspitzung der internationalen Krise schrittweise aufgeschlossener aufgenommen wurden. Andererseits war Polen ungeachtet der Aufkündigung der deutsch-polnischen Gewaltverzichtserklärung weiterhin bemüht, mit Deutschland auf dem Verhandlungswege zu Kompromissen in den strittigen Fragen zu kommen, jedoch völlig ergebnislos.<sup>42</sup>

- Die (nicht völlig überraschende) Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages am 23.8.1939 kann hier angesichts des gesetzten Rahmens nicht im Einzelnen bewertet werden. Was die Reaktion der polnischen Politik betrifft, kann sie ebenfalls leider nur andeutungsweise berührt werden. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die Illusion, die bereits nach dem Münchener Abkommen in einem Desaster geendete Beck'sche "Politik des Gleichgewichts" doch noch zu einem für Polen günstigen Ergebnis führen zu können, wenn polnischerseits nur intensiv genug die Beziehungen mit Deutschland verfolgt werden, um ein Zusammengehen Deutschlands und der Sowjetunion als die eigentliche Gefahr für Polen zu verhindern, endgültig ad acta gelegt werden musste. Die die Außenpolitik Polens für einen langen Zeitraum bestimmende Annahme, dass eine deutsch-sowjetische Annäherung keine reale Option sei, die die unterschiedliche Haltung zur UdSSR und zu Deutschland bestimmte, erwies sich als völlig realitätsfern.<sup>43</sup> Die Reaktion der polnischen Politik darauf war in gewissem Sinne erstaunlich: es ging ihr offenbar um die Bagatellisierung der eigentlich nicht zu unterschätzenden jähen Wendung in der Lage Polens. Noch am Tage des Bekanntwerdens des Vertragsabschlusses bat Außenminister Beck in einem Telegramm an die polnischen Auslandsvertretungen, den sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrag wie folgt zu kommentieren:

"I. er verändert in keiner Weise die faktische Position Polens angesichts dessen, dass Polen niemals auf die Hilfe der Sowjets gebaut hat;

II. er verändert in keiner Weise die Politik Polens wie er auch nicht die gegenseitigen Beziehungen zu den Bündnispartnern verändert;

<sup>42</sup> Żerko: Polska polityka zagraniczna...S. 37

<sup>43</sup> Vgl. Ebenda, S. 39

III. er ist ein Beweis für das doppelte Spiel der Sowjets, die mit Sicherheit ein volles Engagement auf der Seite irgendeiner Gruppe bürgerlicher Staaten vermeiden, statt dessen aber gerne die Möglichkeit eines europäischen Krieges sehen."<sup>44</sup>

Und auch in der Beratung der polnischen Regierung anlässlich des Bekanntwerdens des deutsch-sowjetischen Vertragsabschlusses bekundete Außenminister Beck, dass man die Folgen dieses Vertragsabschlusses nicht überschätzen solle, auch wenn es nicht auszuschließen sei, dass sich hinter dieser radikalen Wendung in der Politik der beiden Nachbarstaaten eine verborgene Zielstellung verberge.<sup>45</sup>

Es sei in diesem Zusammenhang hier nur vermerkt, dass der übergroße Teil seriöser Historiker sich entschieden der These verweigert, dass durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag überhaupt erst der Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen und im Endeffekt der Zweite Weltkrieg möglich wurden. Die Weichen für die Verwirklichung der aggressiven Expansionspolitik des faschistischen Deutschland waren lange zuvor definitiv gestellt, worüber auch die Friedensdemagogie Hitlers, der er sich für eine längere Zeit widerwillig aus taktischen Gründen unterworfen hatte, nicht hinwegtäuschen konnte. Ein ganz anderes Problem ist das geheime Zusatzprotokoll als integraler Bestandteil des am 23. 8. 1939 unterzeichneten deutsch-sowjetischen Vertragswerks, wozu sich Werner Röhr sehr knapp und überzeugend zugleich geäußert hat.<sup>46</sup>

Über die Folgen der hier in aller Kürze geschilderten Politik Polens zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion und die fatalen Konsequenzen der zwar unterschiedlich ausgestalteten, aber konsequent antirussisch und zunehmend mehr antisowjetisch geprägten Außenpolitik Polens gegenüber dem östlichen Nachbarn sowie über den bis in die Gegenwart auch in Polen geführten Streit um die Bewertung der Außenpolitik der II. Republik kann hier ebenfalls nicht einmal in Andeutungen gesprochen werden. Nur ein Aspekt mag deutlich machen, wie beharrlich und leider auch skrupellos von den politisch Herrschenden im Polen der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts relativ erfolgreich versucht wurde, die polnische Gesellschaft über die reale internationale und auch nationale Position Polens sowie sich daraus ergebende Gefahren zu täuschen. Markige Sprüche, gezielt einseitige Informationen, eine den Interessen nur einer kleinen Schicht dienende Geschichtspolitik und das bewusste Spiel mit aus der (tragischen) Geschichte Polens erwachsenen Mythen und Legenden begünstigten eine Situation, dass Anfang September 1939 die polnische Gesellschaft der das Land und das Volk bedrohenden Katastrophe mehr oder weniger als einem unerwarteten, gewissermaßen aus heiterem Himmel hereinbrechenden, von niemandem zu verantwortenden Schicksalschlag gegenüber stand. Pressestimmen aus den letzten Augusttagen und vom 1. September 1939 verdeutlichen dies.

Wojciech Czuchnowski veröffentlichte am 1.9. 2009 in der Gazeta Wyborcza einen kurzen Überblick über polnische Pressestimmen am Vorabend des Überfalls Deutschlands auf Polen.

In der Einführung schrieb er: "Die polnische Presse ließ Ende August und am 1. September 1939 keinen Zweifel: Polen siegt, Deutschland steht an der Schwelle einer Revolution, die Verbündeten kommen uns schon zur Hilfe. Bewahrheitet haben sich nur die Wetterprognosen.

An der Schwelle des Krieges übertrafen sich die polnischen Tageszeitungen, unabhängig von ihren politischen Sympathien, in der Verkündung des schnellen Sieges über Deutschland. Um die Stimmung anzuheben, wurden nur solche Informationen publiziert, die im Volk kämpferischen Geist und Optimismus stärken sollten."

Eine kleine Auswahl der angeführten Beispiele:

<sup>44</sup> PDD 1939 (1). Dok. 457. S. 786

<sup>45</sup> Zu den Positionen von Außenminister Beck und anderen Angehörigen der "politischen Elite" Polens siehe Żerko: Polska polityka zagraniczna...S. 39 f.

<sup>46</sup> Röhr, W. : Vom Annaberg nach Gleiwitz... S. 74 ff.

- "Die »Gazeta Polska« berichtete am 28. August über »Große Nervosität der Bevölkerung in Deutschland« : »Schwere Depression beherrscht die Stimmung in Deutschland nach zeitweiligem Enthusiasmus über den sowjetischen Pakt«. Im Artikel ist auch die Rede davon, dass »die Deutschen sich der moralischen Überlegenheit Polens bewusst« und »durch die Spannungen sowie die Versorgungsmängel im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen bedrückt sind.«

- Der »Goniec Warszawski« vom 30. August unter dem Titel "In der Sackgasse schreibt Hitler Briefe an Mussolini. Antikriegsstimmung in Deutschland". Im Artikel heißt es: »Die Panik in den Hitler-Reihen überträgt sich auf die deutsche Gesellschaft.« Zu lesen ist, »dass die Deutschen nach Dänemark fliehen.« »Das moralische und wirtschaftliche Chaos wächst mit jedem Tag. Das Prestige der Hitleristen und Hitlers schwindet, die Kommunisten verbreiten Flugblätter über die nahende Revolution.«

- Die »ABC – Nowiny Codzienne« (Warszawa) berichten, dass die deutsche Siegfried-Linie »ganz sicher einem Bombardement nicht standhält«. In Danzig sei es zu einem »Zusammenstoß von SS und der Reichswehr gekommen«, nach einem Schusswechsel gäbe es viele Tote und Verwundete. In Deutschland selbst »erheben die Kommunisten ihr Haupt«, und da es wegen der Mobilisierung zu einem Mangel an Männern komme, arbeiten Frauen als Briefträger.

- Die »Gazeta Jarocińska« gibt in einem Kommentar »Minuten vor 12« eine national-katholische Interpretation der Aggressivität Deutschlands: »Wenn die deutschen Ziele katholische wären, wenn die Gottlosigkeit sich nicht ausbreiten würde, wenn sie nicht gegen die Kirche kämpfen würden – sie wären nicht zu einem Schandfleck der ganzen Welt geworden. Das von Luther eingempfte verfluchte Gift trägt weiterhin seine unheilvolle Frucht. Es ist betäublich, dass ein arisches, angeblich höchst erfolgreiches und kulturell hochstehendes Volk sich talmudistischen Schacherns und der Gaunerei bedient.«

- Am 30. August schreibt der »Express Poranny« »Warschau ist schon fast bereit. Alle heben Gräben aus.«

Während am 1. September schon die ersten Gefechte im Gange sind, erscheint der »Dziennik Bydgoski« mit der Schlagzeile: »Wir warten mit dem Finger am Abzug. Die letzten Hoffnungen auf Erhalt des Friedens schwinden.«

- Der »Goniec Poranny« (Wilno) titelt: »Unser Schiff fährt zum Sieg«. Darunter heißt es weiter: »Schon wissen alle und die ganze Welt mit uns, dass das polnische Schiff mutig und entschlossen durch die aufgewühlten Wellen dem herannahenden Sturm entgegen fährt und dass keine Kraft, keine menschliche Macht ihm in seinem großartigen Marsch zum Siege etwas anhaben kann.«

- Der »Dziennik Polski« (Lwów) zitiert die letzte offizielle Verlautbarung der polnischen Regierung vor dem Krieg: »Polen wird bedroht und als Staat, der seine Ehre schätzt, antwortete er auf die deutschen Begierden mit speziellen militärischen Maßnahmen. Auf den weiteren Gang der Dinge warten wir bereits Gewehr bei Fuß.«

[– und außerhalb des Protokolls als letzte der anzuführenden Pressestimmen titelt der »Dobry Wieczór Kurier Czerwony« in großen Lettern: »Deutschland, Räuber der Welt, hat heute Polen überfallen. Der Krieg um die Freiheit der Nation hat begonnen. An der stählernen Mauer der heldenhaften Armee wird der Überfall der Banditen auf Polen scheitern.«

Dem folgt als redaktioneller Kommentar: »Adolf Hitler, Führer der heutigen Hunnen, hat den Überfall auf Polens Erde, auf seine Würde und Ehre, planmäßig vorbereitet. Die Banditen, die in dieser Nacht sich bemühten, in das Territorium der Republik einzudringen, stießen auf eine Mauer von Bajonetten, an der ihre verbrecherischen Absichten zerschellen werden.«<sup>47</sup>

<sup>47</sup> [http://wyborcza.pl/1,75248,6986361,Z\\_palcem\\_na\\_cynglu\\_z\\_bronia\\_u\\_nogi\\_Wodzu\\_\\_prowadz\\_.htm](http://wyborcza.pl/1,75248,6986361,Z_palcem_na_cynglu_z_bronia_u_nogi_Wodzu__prowadz_.htm)



Major a.D. Werner G. Fischer

## Das Ringen um die Eröffnung der „zweiten Front“ 1941 - 1944

Im Jahr 2004 nahm erstmals ein russischer Präsident, Wladimir Putin, an den von der französischen Regierung organisierten Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Landung der westlichen Alliierten in der Normandie teil. Wenige Wochen vorher, im Mai 2004, fand in der Nähe von Moskau ein russisch-amerikanisches Manöver unter dem Namen „Torgau“ im Rahmen der NATO-Russland-Partnerschaft statt. Beide Ereignisse sind mit dem mir gestellten Thema „Ringen um die zweite Front“ verbunden. Sie sind, wenn man so will, Anfangs- oder Endpunkt der 1944 tatsächlich eröffneten „zweiten Front“ des Zweiten Weltkrieges in Europa. Die Beschwörung der früheren russisch-amerikanischen „Waffenbrüderschaft“ war nur von kurzer Dauer, die Manöver „Torgau“, die 2005 auch in Deutschland stattfanden, wurden 2008 abgesagt und die Teilnahme Putins an den Feierlichkeiten in der Normandie 2014 hatte wenig freundschaftliche Tendenzen.

Was war die „zweite Front“?

Ich zitiere aus dem Artikel „zweite Front“ des Wörterbuchs der Geschichte Dietz-Verlag 1983: „Bezeichnung für die von der Sowjetunion und den demokratischen Kräften in der ganzen Welt während des zweiten Weltkrieges geforderte Eröffnung von entscheidenden Kampfhandlungen der anglo-amerikanischen Streitkräfte gegen die faschistischen Aggressoren in Europa... Die zweite Front beschleunigte die Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus.“ Weiter wird festgestellt, dass die deutsch-sowjetische Front seit dem 22.6.1941 die Hauptfront des Krieges war und die westlichen Alliierten die für 1942 zugesagte Eröffnung bis 1944 hinausgeschoben hätten, als die Sowjetunion die Hauptkräfte des faschistischen Blockes bereits zerschlagen habe. Vielleicht ist der Autor des Stichworts unter uns, das natürlich durch seinen Umfang nur Grundzüge des Themas anreißen konnte.

Das „Ringen um die zweite Front“ seit Herbst 1941 war einerseits eine politisch-militärische Forderung der Sowjetunion gegenüber den westlichen Verbündeten in der sich herausbildenden Anti-Hitler-Koalition. Sie war andererseits aber auch ein Ringen innerhalb der Führungen der Westalliierten um eine Landung auf dem Kontinent, also in Nordwestfrankreich, zur Führung kriegsentscheidender Kampfhandlungen gegen die Nazi-Wehrmacht. Ich werde dies in erster Linie auf der Grundlage der Dokumente zu diesem Problem, soweit sie mir zugänglich waren, erörtern.

Der Begriff „zweite Front“ war schon von Anfang an von den Führern der Westalliierten und auch von den westlichen Militärplanern verpönt. Er impliziert, die sowjetische Front sei die „Erste Front“. In der westlichen Öffentlichkeit herrscht seit dem kalten Krieg bis heute mehrheitlich die gegenteilige Auffassung vor: Der Sieg wurde im Westen errungen. Schaut man sich die historischen Mainstream-Darstellungen der Zeit des „Kalten Krieges“ und auch der Gegenwart in den USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik an, so findet man den Begriff der „zweiten Front“ nicht oder höchstens in einer Polemik. Obwohl diesen Historikern die Zahlen und Fakten natürlich bekannt sind, finden sich vorrangig kritische und negative Darstellungen der Politik und der Kämpfe der sowjetischen Seite. Das prägt natürlich weitgehend die Öffentlichkeit in diesen Gesellschaften. Man braucht sich nur die vielen Internetforen zum Zweiten Weltkrieg einmal anzuschauen, die deutlich machen, dass gerade jetzt der Kalte Krieg in der Beurteilung des Zweiten Weltkrieges und seiner Ergebnisse immer noch existiert und geradezu exzessiv weitergeführt wird. Aber das ist nicht mein heutiges Thema.

Einige Bemerkungen möchte ich zur Quellenlage machen: Für die sowjetische Seite liegen der Briefwechsel Stalins mit Churchill und Roosevelt 1941-1945 und eine 6 bändige Ausgabe „Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges“ vor.<sup>48</sup> Zu diesen Dokumentenbänden muss angemerkt werden, dass sie, wie

---

<sup>48</sup> Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941 – 1945, Berlin 1961 (nach der russischen Ausgabe von 1957), (in Zukunft zitiert als: Briefwechsel).

mir u. a. der britische Historiker Geoffrey Roberts (Autor des Buches „Stalins Kriege. Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Kalten Krieg“, Düsseldorf 2008) berichtete, nicht immer mit den von ihm im Archiv gesichteten Originaldokumenten übereinstimmen. Man könnte bei nicht gekennzeichneten Auslassungen zum mindesten von Verfälschungen sprechen. Nach 1990 sind vom Außenministerium der Russischen Föderation als Fortsetzung der offiziellen sowjetischen Veröffentlichung bisher 5 Bände „Dokumente zur Auswärtigen Politik der UdSSR“ (Band 22 – 25) vom 1.1.1939 – 31.12. 1942 publiziert worden, der letzte Band nach einem Abstand von 5 Jahren 2005 in einer Auflage von 500 Exemplaren. Weiter wurden die Tagebücher des sowjetischen Botschafters in Großbritannien, Ivan Maiski, veröffentlicht, die mir aber bisher nicht zugänglich waren. Eine russische Dokumentation bringt Dokumente zu den Beziehungen Stalins und Churchills.<sup>49</sup> Es fehlen aber auch jetzt noch wesentliche Dokumente vor allem zu politisch- und militärisch-strategischen Planungen der sowjetischen Führung während des Krieges. Sogenannte quellengesättigte Darstellungen, wie die Biographie Stalins von Wolgokonow, ersetzen solche Dokumentenpublikationen nicht. Bei der Benutzung der russischen Archive herrschen seit einigen Jahren wieder erhebliche Restriktionen, die sich sogar auf bereits angefangene Dokumentenserien in Russland selbst auswirken. Auf Grund dieser Situation ist es, wie bereits früher zu sowjetischen Seiten, bisher kaum möglich, die Entstehung und Entwicklung der strategischen politischen und militärischen Planung im Zweiten Weltkrieg und die dabei beteiligten Institutionen und Personen allseitig darzustellen. Das zeigt sich auch in dem umfangreichen Buch des bekannten sowjetischen-russischen Diplomaten und Publizisten Valentin Falin „Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition“, 1995 für den deutschen Buchmarkt geschrieben, erst 2000 in russischer Sprache erschienen.<sup>50</sup> In dieser umfangreichen Darstellung werden zwar ausführlich die britischen und amerikanischen Dokumente, aber kaum neue zur sowjetischen Politik zu diesem Thema benutzt. Ich kann dieses Buch aus hier nicht weiter auszuführenden Gründen nur bedingt empfehlen.

Von britischer und amerikanischer Seite lagen bereits ab den 50/60er Jahren quellengesättigte Darstellungen und Dokumentenbände vor. Inzwischen ist eine Vielzahl der originalen Archivmaterialien, wie zum Beispiel die Protokolle der britischen Kriegskabinettsitzungen, die zweiseitigen USA-Großbritannien-Konferenzen und ihre Vorbereitungsunterlagen sowohl der politisch-diplomatischen Ebene als auch der militärisch-strategischen Planungsdokumente im Internet zugänglich. Das ist natürlich eine große Hilfe für Historiker, die nicht die finanziellen Mittel haben, für ihre Forschungen direkt in den Archiven zu arbeiten.

Der erste Schritt zur Bildung der Antihitlerkoalition wurde mit der, möglicherweise auch für die sowjetische Führung überraschenden, öffentlichen Erklärung des britischen Premierministers Winston Churchill zur Unterstützung für die Sowjetunion im Kampf gegen die deutschen Truppen bereits am Tag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion getan.<sup>51</sup> Überraschend in dem Sinn, dass die Sowjetunion in den Augen der britischen (und im selben Sinne auch der US-) Regierung seit September 1939 quasi als Bündnispartner Hitlers gegolten hat. Ja, es hatte sogar, vor allem im Zusammenhang mit dem sowjetisch-finnischen Winterkrieg 1939/40, militärische Planungen Großbritanniens und Frankreichs gegen die Sowjetunion im Norden und vor allem gegen die Erdölregion um Baku gegeben. Diese militärischen Planungen waren pikanterweise nach dem Sieg über Frankreich durch die Goebbels-

---

Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 – 1945: Band 1 Die Moskauer Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritannien 1943, Moskau/Berlin 1988; Band 2 Die Teheraner Konferenz 1943, Moskau/Berlin 1986;

Dokumenty vnešnej politiki SSSR, tom XXIV, 22 ijunja 1941 g. – 1 janvarja 1942 g., Moskva 2000

<sup>49</sup> Stalin i Čerčill' : vstreči, besedy, diskussii ; dokumenty, kommentarii (1941 - 1945)/Ržeševskij, Oleg A.. - Moskva , 2004 (Ржешевский О. А. Сталин и Черчилль. Встречи. Беседы. Дискуссии. Документы, комментарии. 1941-1945. —Москва, 2004)

<sup>50</sup> Valentin Falin Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition 1995, (russ. 2000)

<sup>51</sup> Rede Churchills am 22.6.1941 auf der Internetseite (abgerufen am 1.9.2014):

<http://www.winstonchurchill.org/learn/speeches/speeches-of-winston-churchill/809-the-fourth-climacteric>, deutsch in: CHURCHILL, WINSTON S.: Reden in Zeiten des Krieges. Ausgewählt, eingeleitet und erläutert von Klaus Körner, Hamburg/Wien 2002.

Propaganda in der Öffentlichkeit verbreitet worden. Der Flug des Hitlerstellvertreters Heß im Mai 1941 hatte umgekehrt tiefstes Misstrauen bei der sowjetischen Führung über eine mögliche Einigung zwischen Hitlerdeutschland und Großbritannien geweckt. Deswegen wurden die Warnungen Churchills an Stalin über konkrete Kriegsvorbereitungen Deutschlands gegen die Sowjetunion im Mai/Juni 1941 („Ultra“-Erkenntnisse) als Täuschungsmanöver eingeschätzt.

Leider liegen keine detaillierten Angaben über die internen Reaktionen der sowjetischen Führung auf die britische Willenserklärung vor. Die erste direkte Botschaft Churchills an Stalin datiert vom 8. Juli 1941, die erste Botschaft Stalins an Churchill vom 10. Juli.<sup>52</sup> Am 8. Juli 1941 traf aber bereits die erste sowjetische Militärmission unter Generalleutnant Ivan Golikow<sup>53</sup>, dem Chef der Hauptverwaltung Aufklärung im sowjetischen Generalstab, in London ein. Diese sollte mit den britischen Stellen über militärisches Zusammenwirken und beschleunigte Lieferungen von Militärgütern und Rohstoffen verhandeln.<sup>54</sup> Wegen solcher Lieferungen besuchte er anschließend auch die USA. Die erste Erwähnung von möglichen Kampfhandlungen der Briten im besetzten Frankreich habe ich in einem Gespräch von Außenminister Molotov mit dem britischen Botschafter Cripps am 29.6.1941 gefunden, als von der Unterstützung von Kämpfen im Raum Petsamo-Murmansk und von Diversionen in das westliche Deutschland und okkupiertes Gebiet Frankreichs gesprochen wurde.<sup>55</sup> Mögliche Raids (schnelle kurze Überfälle) im Raum Le Havre, Boulogne erwähnte auch der britische Minister für Kriegsproduktion Beaverbrook am 28.6. gegenüber dem SU-Botschafter Maiski.<sup>56</sup> Die erste offizielle Erwähnung des Begriffes „zweite Front im Westen“ in den bisher bekannten Dokumenten stammt ebenfalls von Botschafter Maiski, der diesen Begriff als Forderung der sowjetischen Führung gegenüber Großbritannien in einer Erklärung gegenüber dem britischen Außenminister Eden vom 26. August 1941 benutzt.<sup>57</sup> Am 3. September 1941 fordert Stalin in einem Telegramm an den britischen Premierminister Churchill dringend die Eröffnung einer „zweiten Front auf dem Balkan oder in Frankreich noch in diesem Jahr“.<sup>58</sup> Churchill antwortet bereits am nächsten Tag, es gäbe außer Luftangriffen, „keine Möglichkeit für irgendeine britische Aktion im Westen“, auch auf dem Balkan gebe es ohne Kriegseintritt der Türkei keine zweite Front. Churchill beruft sich dabei auf Schlussfolgerungen seiner Stabschefs. Er kündigt an, die Hälfte der Forderungen an Waffen zu decken, die andere Hälfte müsse die USA liefern. Er sei bereit, mit der sowjetischen Seite gemeinsame Pläne aufzustellen. „Ob die britischen Armeen stark genug sein werden, im Jahr 1942 auf dem

<sup>52</sup> Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941 – 1945, Berlin 1961 (nach der russischen Ausgabe von 1957), (in Zukunft zitiert als: Briefwechsel) S. 13f.

<sup>53</sup> Zapisnaja knižka maršala F.I. Golikova. Sovetskaja voennaja missija v Anglii i SŠA v 1941 goda, in: Novaja i novejšaja istorija 2004, 2 S. 82ff.

<sup>54</sup> Siehe Dokumenty vnešnej politiki SSSR, tom XXIV/1, Moskva 1995, S. 126ff.

<sup>55</sup> Dokumenty vnešnej politiki SSSR, tom XXIV, 22 ijunja 1941 g. – 1 janvarja 1942 g., Moskva 2000, S. 65

<sup>56</sup> Ebenda, S. 54

<sup>57</sup> Ebenda, S. 283: „2. В середине июля советское правительство предлагало британскому правительству создание **второго фронта на западе**, однако по разным причинам, на которых я сейчас не хочу останавливаться, британское правительство отклонило это предложение.“ Die Angaben von Maiski in seinen „Memoiren eines sowjetischen Botschafters“ Berlin 1967 (im weiteren zitiert als „Maiski, Memoiren“), S. 638ff. Das Problem der Zweiten Front, worin er sich die Initiative der Forderung nach einer „zweiten Front“ bereits im Juni/Juli 1941 zuschreibt, wird durch die Dokumente nicht vollständig bestätigt. Erst Ende August/Anfang September lässt sich der Begriff sowohl bei Maiski, als auch bei Stalin nachweisen. Es fehlen allerdings nahezu vollständig die militärischen Dokumente von sowjetischer Seite zu diesem Problem aus dieser Zeit.

<sup>58</sup> Nach der Schilderung der Verschlechterung der Lage in den letzten drei Wochen (Verlust der halben Ukraine mit dem Eisenerz von Kriwoi Rog, von Stahl- und Kohleproduktion, von Aluminiumwerken und der Bedrohung von Leningrad, große Industrieevakuierungen und der Verstärkung der Wehrmacht um 30-34 Divisionen aus dem Westen), fordert er: „**Ich glaube es gibt aus einer solchen Situation nur einen einzigen Ausweg: die Errichtung einer zweiten Front auf dem Balkan oder in Frankreich noch in diesem Jahr, die die Deutschen zwingt, 30 bis 40 Divisionen von der Ostfront abzuziehen.**“ Weiter fordert er Aluminium und monatlich 400 Flugzeuge und 300 Panzer. Sonst drohe eine Niederlage der Sowjetunion oder eine lange Schwächung, wodurch sowie für lange Zeit außerstande sei, den Verbündeten Hilfe zu leisten. Briefwechsel, S. 26 (Hervorhebungen durch den Autor)

europäischen Kontinent zu landen, wird von nicht vorauszusehenden Ereignissen abhängen.“<sup>59</sup> Die Reaktion Stalins auf diese Botschaft Churchills erfolgte erst am 13. September 1941. Sie scheint mir so ungewöhnlich, dass ich sie hier behandeln will. Stalin betont, die Absage einer zweiten Front fördere unzweifelhaft die Pläne unserer gemeinsamen Feinde. Weiter heißt es: „Ich zweifle nicht daran, daß die britische Regierung den Sieg der Sowjetunion wünscht und Wege zur Erreichung dieses Zieles sucht. Wenn sich aber nach Meinung der britischen Regierung die Errichtung einer zweiten Front im Westen zum gegenwärtigen Zeitpunkt als unmöglich erweist, so könnte vielleicht eine andere Form von aktiver militärischer Hilfe für die Sowjetunion gegen den gemeinsamen Feind gefunden werden. Mir scheint, daß England ohne Risiko 25 bis 30 Divisionen in Archangelsk landen oder durch den Iran in die südlichen Bezirke der UdSSR beordern könnte, damit sie mit den sowjetischen Truppen auf dem Territorium der UdSSR so zusammenwirken, wie das im vorigen Krieg in Frankreich geschehen ist. Das wäre eine große Hilfe. Ich meine, eine solche Hilfe wäre ein schwerer Schlag gegen die Aggression Hitlers.“<sup>60</sup> Ein nahezu „abenteuerlicher“ Vorschlag! Abgesehen von der Realisierbarkeit, ist Stalin während des weiteren Krieges, also auch 1942, als die Wehrmacht am Kaukasus und vor Baku stand, nie wieder auf so einen Vorschlag zurückgekommen, ja er hat nahezu alle westlichen Stationierungswünsche in der Sowjetunion erschwert oder zurückgewiesen.<sup>61</sup> In der gleichen Botschaft an Churchill geht Stalin gleichzeitig unbeirrt von einem Sieg über Deutschland aus, wenn er erklärt, Deutschland müsse den Schaden an der sowjetischen Kriegsflotte bei Leningrad, falls sie selbst versenkt werden müsste, nach dem Krieg ersetzen. Churchill ging auf den Vorschlag zunächst überhaupt nicht und später (am 21.9.) nur indirekt ein, als er nach einem Sieg in Libyen, die Möglichkeit des Eingreifens von britischen Truppen über den Iran prüfen lassen wollte. Er stellte gegenüber Stalin eine strategische Rangfolge für Großbritannien auf: 1. die Meere offenhalten, 2. die Luftüberlegenheit gewinnen und erst mit Abstand den Ausbau der Landmacht.<sup>62</sup> Ja, er erbot sich, ganz Iran mit britischen Truppen zu besetzen, falls Stalin die fünf oder sechs russischen Divisionen (tatsächlich waren seit 25. 8. 1941 neun sowjetische Divisionen einmarschiert und insgesamt 19 bereitgestellt), die im Iran stationiert seien, an die Front einsetzen wolle.<sup>63</sup> Darauf ging Stalin nicht ein. Am 8. 11.1941, inzwischen hatte sich die Lage im Zusammenhang mit dem faschistischen Angriff auf Moskau für die Sowjetunion noch erheblich verschlechtert, erklärte Stalin gegenüber Churchill, dass in dem Verhältnis zwischen der UdSSR und Großbritannien Klarheit geschaffen werden muss, die gegenwärtig nicht bestehe. Das liege darin begründet: „1. Es gibt keine bestimmte Vereinbarung zwischen unseren Ländern über die Kriegsziele und über die Pläne der Friedensregelung nach dem Krieg; 2. es besteht kein Vertrag zwischen der UdSSR und Großbritannien über gegen-

---

<sup>59</sup> Briefwechsel, S. 27f. Tatsächlich hat das britische Comitee of Staffs (COS) am 16. August 1941 angewiesen, eine Landungsoperation auf der Halbinsel Cherbourg mit Truppen, die zur Besetzung der Kanarischen Inseln vorgesehen waren, zu untersuchen. Am 25.8. kamen sie zu dem Schluss, dass keine Möglichkeit dafür bestünde. Auch die Vortäuschung einer britischen Landung an der französischen Küste gegenüber den Deutschen, würde keine Auswirkungen auf die Kämpfe im Osten haben. Am 5. September kam das COS endgültig zu dem Schluss, es bestünde keine Möglichkeit für eine Operation im Westen, die die Wehrmacht im Osten noch vor Einbruch des Winters beeinflussen könnte. Siehe: Lytton, Avram In the House of Rimmon: British Aid to the Soviet Union, June - September 1941 Universität of Calgary 2012, S. 120f.

<sup>60</sup> Briefwechsel, S.30

<sup>61</sup> 1941 wurden zwei Staffeln englischer Jagdflieger bei Murmansk stationiert, um Angriffe der deutschen Seite auf ankommende Konvoys abzuwehren. Sie zogen im Winter 1941/42 wieder ab. Siehe [http://en.wikipedia.org/wiki/Operation\\_Benedict](http://en.wikipedia.org/wiki/Operation_Benedict) (abgerufen am 29.8.2014). 1943 schlug Roosevelt Stalin die Stationierung eines US-Bomberverbandes im Fernen Osten vor, falls Japan die UdSSR angreife. Das wurde von Stalin strikt abgelehnt, siehe: Briefwechsel, Im Rahmen der „Operation Frantic“ wurde zwischen Juni und September 1944 sieben sogenannte Shuttle-Angriffe der USAF von Großbritannien bzw. Italien geflogen, wobei die amerikanischen Bomberkräfte auf drei Flugplätzen in der Nähe von Poltava landeten. Nach einem verheerenden deutschen Luftangriff auf die amerikanischen Flugzeuge auf den Flugplätzen und Problemen mit der Installation von amerikanischer Luftabwehr und anderer Ausbauforderungen wurden diese Basen von der USAF im September 1944 aufgegeben. Siehe: [http://415vva.homestead.com/Mil\\_Hist\\_\\_\\_WWII\\_Operation\\_Frantic.pdf](http://415vva.homestead.com/Mil_Hist___WWII_Operation_Frantic.pdf) (abgerufen am 29.8.2014)

<sup>11</sup> Briefwechsel, S. 34

<sup>63</sup> Ebenda, S. 38

seitigen militärischen Beistand gegen Hitler in Europa.“<sup>64</sup> Auch die Verhandlungen mit dem britischen Außenminister Eden im Dezember 1941 führten nicht zu den von der sowjetischen Seite angestrebten Verträgen über die politische und militärische Kooperation zwischen der UdSSR und Großbritannien und Anerkennung der sowjetischen Grenzen von 1941 als Grundlage für eine Zusammenarbeit nach dem Sieg im Krieg gegen Hitler.<sup>65</sup>

Das sollte ein Grundproblem der in der Entstehung befindlichen Antihitlerkoalition während des gesamten Krieges werden. Es muss daran erinnert werden: Die Antihitlerkoalition war ein Bündnis eines sozialistischen mit imperialistischen bzw. kapitalistischen Staaten gegen einen imperialistischen (faschistischen) Aggressor und seine Satelliten. Ich will dies nicht für jede einzelne Handlung immer wieder hervorheben, aber man muss dies im Hinterkopf haben. Von so einem Standpunkt aus kommt man zu anderen Bewertungen als etwa in der vorherrschenden Geschichtsschreibung der Bundesrepublik, in den USA und Großbritannien. Dort wurde sowohl im Kalten Krieg als auch nach 1990 die Sowjetunion nahezu durchgängig als ein imperialistischer Staat bezeichnet, der eher in die Nähe des faschistischen Deutschlands gestellt werden müsste.

Einige Bemerkungen müssen zur Entwicklung der Politik der Vereinigten Staaten und ihrer Streitkräfte im Ringen um die „zweite Front“ gemacht werden.: Mit dem Überfall Japans auf die amerikanische Pazifikflotte in Pearl Harbor und dem Kriegseintritt der USA gegen Hitlerdeutschland nach der Kriegserklärung Hitlers vom 11. Dezember 1941 trat die Anti-Hitlerkoalition in eine neue Etappe ein. Zwar war bereits vorher durch die Unterstützung Großbritanniens mit Rüstungsgütern und der am 14. August 1941 verkündeten Atlantikcharta die Stellung der USA festgelegt. In der Atlantikcharta heißt es: „ 6. Sie hoffen, dass nach der endgültigen Vernichtung der Nazi-Tyrannie ein Frieden geschaffen werde, der allen Völkern erlaubt, innerhalb ihrer Grenzen in vollkommener Sicherheit zu leben, und der es allen Menschen in allen Ländern ermöglicht, ihr Leben frei von Furcht und von Not zu verbringen.“ Die zwischen den USA und Großbritannien vereinbarte Charta war das Grundsatzdokument der USA während des gesamten 2. Weltkrieges, wie es die 19 Punkte des US-Präsidenten Wilson im 1. Weltkrieg waren. Bereits am 24. September 1941 unterzeichnete die Sowjetunion im Interalliierten Rat die Atlantikcharta neben einer Vielzahl anderer Länder als gemeinsame Grundlage für den Kampf der Antihitlerkoalition gegen Nazi-Deutschland. Für die Sowjetunion war dies kein einfacher Schritt, da die Auslegung der Charta insbesondere die Forderung nach Anerkennung der seit 1939 entstandenen Grenzen der Sowjetunion tangierte. Das zeigte sich schon bei den Verhandlungen mit Großbritannien im Dezember 1941, mit den Exil-Polen 1941-1943 und auch mit den USA auf allen zweiseitigen und internationalen Konferenzen. Die Atlantikcharta war von den USA aber auch als Druckmittel gegenüber den konkurrierenden kapitalistischen Großmächten Großbritannien und Frankreich besonders in der Kolonialfrage und im internationalen Handel gedacht. Die USA war beim Eintritt in den Krieg gegen Hitlerdeutschland vor allem eine Seemacht (Zwei-Ozeane-Flotte). Das Heer und die Luftwaffe waren erst im Aufbau. Im Mai 1940 bestand das US-Heer gerade einmal aus 240 000 Mann mit 5 Divisionen. Darin war auch die „Army Air Force“ inbegriffen. Wie in der Sowjetunion verblieben die amerikanischen Luftstreitkräfte während des gesamten Krieges unter dem Befehl des Heeres (bis auf die Flieger der Marine und des Marinekorps, die weitgehend im Pazifik eingesetzt wurden). Im September 1940 gab es das erste Wehrdienstgesetz der USA, das eine Konskription mit einem Losverfahren für Männer ab 21 Jahre für 900 000 Rekruten jährlich vorsah. Erst ab 1941 erfolgte der Ausbau der US-Streitkräfte für einen weltweiten Krieg. Die US Army (also Land- und Luftstreitkräfte) war von 620.000 Mann (31.12.1940) auf 1.644.212 Mann am Vorabend des Kriegseintritts der USA (30.11.1941) angewachsen.<sup>66</sup> Die Army bestand zu diesem Zeitpunkt aus 29 Infanterie-, 5 Panzer-, 2 Kavalleriedivisionen, wovon allerdings erst 17 als einsatzfähig eingeschätzt wurden. Lediglich eine

<sup>64</sup> Ebenda, S. 41

<sup>65</sup> Siehe dazu die Schilderung bei Maiski, Ivan M. Memoiren eines sowjetischen Botschafters. Berlin 1967, S. 689 – 710, die durch die bisher veröffentlichten Dokumente voll gestützt werden.

<sup>66</sup> UNITED STATES ARMY IN WORLD WAR II. The War Department: Chief of Staff: Prewar Plans and Preparations by Mark Skinner Watson, 1950, Neudruck 1991, S. 202

Division in den USA war damals zum sofortigen Überseeinsatz bereit. Es sei hier gleich angemerkt, dass die US Army (immer einschließlich der Luftstreitkräfte) am Kriegsende 1945 8 291336 Mann in 89 Divisionen (66 Infanterie, 5 Luftlande, 16 Panzer, 1 Kavallerie und 1 Gebirgsdivision mobilisiert hatten. Das ist schon eine große Leistung, wenn es auch nur etwa die Hälfte der ursprünglichen Planung, des sogenannten Victory Programms, war.<sup>67</sup> Das „Victory-Programm“, dessen Ziele im wesentlichen Mitte 1943 erreicht werden sollte, blieb das Grundprogramm für den Aufbau der Land- und Luftstreitkräfte, wurde aber kontinuierlich den veränderten Gegebenheiten angepasst. Es sah für den Kampf gegen Hitlerdeutschland eine US-Streitmacht von etwa 5 Millionen Mann vor, die in Europa gemeinsam mit britischen Streitkräften eingesetzt werden sollte. Es enthielt noch keine konkreten Planungen über die Art und Weise des Einsatzes, ging aber von Landeunternehmen in großem Umfang aus. Die zweite wichtige Entscheidung in der US-Führung bereits vor dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor, an der auch danach im wesentlichen festgehalten wurde, war die „Germany first-Strategie“ (Deutschland zuerst). Die Grundlage bildete eine Studie des Chefs der Operationsabteilung der amerikanischen Navy Admiral Stark vom November 1940, der vorschlug die Variante D (Dog) des Rainbow-Planes 5 als Grundlage der Strategie der USA anzunehmen. Der US-Präsident billigte am 16. 1. 1941 in einer Konferenz mit dem Außen-, dem Kriegs- und dem Marineminister, mit den beiden Stabschefs, der US-Army, Marshall, und dem Admiral Stark, diesen Vorschlag und hielt im wesentlichen an dieser strategischen Entscheidung im Zusammenwirken mit der britischen Führung während des ganzen Krieges fest.<sup>68</sup> Vom 29.1. bis 27. 3. 1941 kam es in Washington zu der ersten militärischen Führungskonferenz der amerikanischen und britischen Stäbe, der sogenannten ABC1-Konferenz, über ein militärisches Zusammenwirken im Krieg gegen Deutschland und seinen Verbündeten, einschließlich Japan.<sup>69</sup> Auf dieser Konferenz wurde die „Germany first“-Strategie für beide Seiten festgelegt. 1941 ging die USA zur offenen Unterstützung Großbritanniens und zu ersten Schritten der Unterstützung der Sowjetunion im Kampf gegen Nazi-Deutschland über. Dies wurde nach dem Überfall Japans und dem Kriegseintritt gegen Deutschland und Italien verstärkt fortgesetzt. Jetzt erfolgte eine enorme wirtschaftliche und militärische Mobilisierung. Auf der Arcadia-Konferenz in Washington Dezember 1941-Januar 1942 wurden erste konkrete militärische Vereinbarungen getroffen. Dazu wurden ab Anfang 1942 Land- und Luftstreitkräfte nach Großbritannien verlegt (Operation Bolero).

Von Seiten der Sowjetunion wurde spätestens seit Juli/August 1941 die Forderung nach Einsatz der britischen und (nach Eintritt in den Krieg) der US-amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa, genauer in Frankreich, angestrebt. Daraus entwickelte sich die Forderung nach der „Zweiten Front“ in Europa als Dauerthema bis in das Jahr 1944. Als militärischen Effekt versprach sich die Sowjetunion den Abzug von 35 – 40 Wehrmachtsdivisionen von der Front gegen die Sowjetunion. Das entspräche etwa 20 bis 25 Prozent der gegen die Sowjetunion eingesetzten Wehrmacht. Es fehlen allerdings bisher Dokumente des sowjetischen Generalstabes oder anderer Institutionen, die die militärischen Effekte einer solchen „Zweiten Front“ damals einschätzten. Nach dem Beginn der sowjetischen Gegenoffensive ab Dezember 1941 finden sich Forderungen nach einer „Zweiten Front“ von Seiten der sowjetischen Führung erst wieder im April 1942. Hintergrund scheint mir zu sein, dass die sowjetische Füh-

<sup>67</sup> Charles E. Kirkpatrick *An Unknown Future and A Doubtful Present: Writing the Victory Plan of 1941*, Washington 1992, S.100f.: 215 Divisionen, davon 61 Panzer-, 61 mechanisierte, 54 Infanterie-, 4 Kavallerie-, 10 Gebirgs- und 7 Luftlandedivisionen mit gesamt 8 795 658 Mann, davon 2 050 000 Mann Luftstreitkräfte. Der Plan wurde von dem Generalstabsoffizier Major Albert C. Wedemeyer (Absolvent der deutschen Kriegskademie 1936 -1939), auf Weisung des Generalstabschefs Marshall nach einem Memorandum von Präsident Roosevelt vom 9.Juni 1941, erarbeitet. Der Plan, der schließlich 147 Seiten umfasste, wurde von Wedemeyer im September 1941 abgeschlossen. Am 14. Oktober 1941 legte der Generalstabschef Marshall die Ergebnisse der Studie in einem Memorandum Präsident Roosevelt vor.

<sup>68</sup> *Germany First: The Basic Concept Of Allied Strategy In World War II* by Louis Morton, in: *COMMAND DECISIONS* Edited with Introductory Essay by Kent Roberts Greenfield, Washington 2000 (Erstauflage 1960), S. 11 – 48, hier S. 35f. und *UNITED STATES ARMY IN WORLD WAR II. The War Department: Chief of Staff: Prewar Plans and Preparations* by Mark Skinner Watson, 1950, Neudruck 1991, S. 124f.

<sup>69</sup> *UNITED STATES ARMY IN WORLD WAR II. The War Department: Strategic Planning For Coalition Warfare 1941-1942* by Maurice Matloff and Edwin M. Snell, Washington 1953, Neudruck 1990, S. 32ff.

rung, besonders Stalin, zumindest im Januar/Februar 1942 das Ziel angestrebt hat, mit eigenen Kräften bis Ende 1942 die Wehrmacht aus der Sowjetunion zu vertreiben und die besetzten Gebiete in den Grenzen von 1941 zu befreien. Erst im März 1942 wurde deutlich, dass die sowjetische Gegenoffensive dieses angestrebte Ziel nicht erreichen konnte, im April sogar mit der Möglichkeit von erneuten Angriffen der Wehrmacht noch im Frühjahr oder spätestens im Sommer 1942 gerechnet werden musste. Roosevelt hat am 12. 4.1942 die Entsendung des sowjetischen Außenministers Molotov zu Verhandlungen über amerikanische Hilfslieferungen und einen amerikanischen Vorschlag zum Einsatz der amerikanischen Streitkräfte zur Entlastung der sowjetischen Streitkräfte angeboten. Stalin kündigte am 20.4. Molotovs Reise für den 15.5.1942 an, um „einen Meinungs austausch über die Errichtung einer zweiten Front in Europa in allernächster Zeit“ zu führen. (Briefwechsel, S. 482 ) Gleichzeitig kündigte er an, dass Molotov darüber auch in London verhandeln soll. Von Churchill forderte Stalin am 22.4. neben den Verhandlungen über einen angestrebten Bündnisvertrag und die Ziele der Nachkriegsordnung (einschließlich der Grenzen der SU von 1941) unter Berufung auf den Vorschlag Roosevelts nachdrücklich auch Verhandlungen über die zweite Front. Nach Verzögerungen hielt sich Molotov vom 20. bis 26. Mai in Großbritannien, anschließend vom 29.5. bis 3.6. in Washington auf. Am 26. 5. 1942 konnte der Sowjetisch-Britische Bündnisvertrag während des Krieges und danach (allerdings ohne Festschreibung der sowjetischen Grenzen von 1941) und in Washington ein Protokoll über die Lend-Lease-Lieferungen der USA an die UdSSR bis Juni 1943 abschließen. Am 12. Juni 1942 hieß es in den gleichzeitig in Moskau, London und Washington veröffentlichten sowjetisch-amerikanisch und sowjetisch-britischen Kommuniqués über diese Verhandlungen: „Im Verlauf der Verhandlungen wurde über die dringende Aufgabe, im Jahre 1942 eine zweite Front in Europa zu errichten, volle Verständigung erzielt.“<sup>70</sup> Diese Formulierung ging auf eine direkte Forderung Stalins noch während der Verhandlungen zurück.<sup>71</sup>

Dies sah nach einem großen Erfolg für die sowjetischen Führung aus. Denn diese Ankündigung widersprach den strategischen Festlegungen der „Arcadia-Konferenz“ vom 22. Dezember 1941 bis zum 14. Januar 1942 in Washington zwischen Roosevelt und Churchill für das Kriegsjahr 1942 vor allem für Europa. Dabei war nämlich festgelegt worden, dass 1943 der Weg für eine Rückkehr auf den Kontinent, über das Mittelmeer, von der Türkei in den Balkan oder durch Landung in Westeuropa bestimmt werden solle. Eine solche Operation würde das Vorspiel für den Endangriff auf Deutschland selbst sein.<sup>72</sup> Gleichzeitig war von Churchill erneut der Vorschlag unterbreitet worden, Großbritannien und die USA sollten für Ende 1942 eine Landung im von Vichy-Frankreich verwalteten Nordafrika unternehmen (Operation „Gymnast“), um die deutschen und italienischen Truppen aus Afrika zu vertreiben.

Was hatte die USA und Großbritannien dazu bewogen, in einer öffentlichen Erklärung die „zweite Front“ noch für das Jahr 1942 anzukündigen? Churchill rechtfertigte sich damit, daß er mit dieser Erklärung die Deutschen in die Irre führen bzw. abschrecken wollte. Diese hat-

<sup>70</sup> Im amerikanischen Protokoll des Gesprächs Roosevelt mit Molotov am 30.5.1942 heisst es: The President then put to General Marshall the query whether developments were clear enough so that we could say to Mr. Stalin that we are preparing a second front. "Yes," replied the General. The President then authorized Mr. Molotov to inform Mr. Stalin that we expect the formation of a second front this year. Siehe:

<http://www.worldfuturefund.org/Documents/russia.us.1942.htm>

Im russischen Protokoll werden wesentlich ausführlichere Äußerungen des amerikanischen Generalstabschefs Marshall wiedergegeben. Siehe Stalin i Čerčill' : vstreči, besedy, diskussii ; dokumenty, komentarii (1941 - 1945)/Ržeševskij, Oleg A.. - Moskva , 2004, S. 225f.. Zu den Hintergründen der Entstehung der Formulierung über die Aufgabe „im Jahre 1942 eine zweite Front in Europa zu errichten“, siehe ebenda, S. 246 – 261, das Komunique S. 293f.. Zu dem britisch-sowjetischen Komunique, siehe ebenda, S. 301ff., das Komunique in russischer Sprache selbst S. 342f.

<sup>71</sup> Laufer, Jochen: Pax Sovietica: Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941-1945 2009, S. 176f.

<sup>72</sup> Siehe Arcadia Protokolle, in: <http://www.ibiblio.org/hyperwar/Dip/Conf/Arcadia/ARCADIA.PDF> abgerufen 29.8.2014, Memorandum by the US and British Chiefs of Staff American - British Grand Strategy vom 31.12.1941, Blatt 5 und United States Department of State / *Foreign relations of the United States. The Conferences at Washington, 1941-1942, and Casablanca, 1943* (1941-1943) S. 217

ten ja um diese Zeit die „Operation Blau“ mit Ziel Wolga/Stalingrad und Kaukasus/Baku erfolgreich angetreten. Churchill erklärte in seinen Memoiren: „Mir aber schien es vor allem wichtig, daß dieser Versuch zur Irreführung des Gegners nicht auch unseren Bundesgenossen irreführte. Ich händigte deshalb Molotow [...] ein aide-mémoire aus, in dem ich klarstellte, daß wir zwar unser Bestes versuchten, Pläne zu machen, uns aber nicht zu einer Aktion verpflichteten und kein Versprechen geben könnten.“<sup>73</sup>

In der historischen Debatte wird dieses zwielichtige Vorgehen u.a. mit der Sorge der Westmächte begründet, die Sowjetunion könne zu diesem Zeitpunkt entweder ganz zerstört oder so geschwächt werden, dass sie als Bündnispartner ausfalle. Daneben wurde die Furcht vor einem möglichen Kompromissfrieden zwischen der Sowjetunion und Hitler-Deutschland genannt.<sup>74</sup>

Ich will dies hier klar und eindeutig feststellen: Es hat während des gesamten Krieges seit 1941 niemals die Möglichkeit oder auch nur einen Versuch der Sowjetunion zu einem solchen Vorgehen gegeben. Natürlich konnten die westlichen Alliierten sich über solche Vermutungen Gedanken machen bzw. beide Seiten solche Vermutungen als Mittel zu den verschiedensten Zwecken einsetzen, wie zum Beispiel 1944 oder in der Endphase 1945. Aber auch die westlichen Verbündeten der Sowjetunion hatten meiner Auffassung trotz aller diplomatischer und geheimdienstlicher Winkelzüge nie die Absicht, mit Hitler-Deutschland einen Kompromiss abzuschließen, sondern sie entwickelten ja schließlich die Formel „unconditional surrender“ (bedingungslose Kapitulation).<sup>75</sup>

Die amerikanischen Führungsorgane gingen sofort nach den Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Molotov und angesichts der sich verschärfenden Lage in der Sowjetunion daran, eine Landungsoperation über den Ärmelkanal nach Frankreich unter dem Decknamen „Sledgehammer“ vorzubereiten, die ab Juli bis September 1942 durchgeführt werden sollte. Das sollte vor allem sofort die Sowjetunion entlasten. Daneben wurde von amerikanischer Seite mit Unterstützung der Briten für 1943 eine größere Landungsoperation „Round up“ vorbereitet. Die Vorbereitungen des Aufmarsches der US-Streitkräfte in Großbritannien liefen unter dem Namen „Bolero“. Ich erwähne diese Namen deshalb, weil selbst in wissenschaftlichen Werken und erst Recht etwa in Internetartikeln vielfach Verwirrung herrscht.<sup>76</sup> Doch Churchill sperrte sich unter Hinweis auf seine militärischen Führungsstäbe gegen jede Aktionen in Richtung Frankreich oder in Nordnorwegen (Operation Jupiter) noch im Jahr 1942. Dazu erbat er sich eine Konferenz mit Roosevelt und der amerikanischen Führung, die vom 19. bis 25. Juni 1942 in Washington stattfand, also nur eine Woche nach der öffentlichen Erklärungen gegenüber der Sowjetunion, eine zweite Front zu eröffnen. Churchill wollte die Amerikaner, vor allem den bereits schwankenden US-Präsidenten Roosevelt zum Eingehen auf das von britischer Seite präferierte Unternehmen „Gymnast“ (Landung amerikanischer und britischer Truppen in Nordafrika zur Besetzung der Vichy-Kolonien Marokko, Algerien und Tunesien) bewegen und eine Landung in Nordfrankreich, also die versprochene zweite Front verhindern. Das gelang ihm wegen des Widerstands vor allem der amerikani-

<sup>73</sup> CHURCHILL, WINSTON S.: Der Zweite Weltkrieg : Mit e. Epilog über d. Nachkriegsjahre. [Einzige berecht. Übertr. aus d. Engl.] Stuttgart, München, Zürich 1962, S. 500. Die russische Fassung in: Stalin i Čerčill' : vstreči, besedy, diskussii ; dokumenty, komentarii (1941 - 1945)/Ržeševskij, Oleg A.. - Moskva, 2004, S. 335ff. Eine deutsche Fassung der wichtigsten Punkte findet sich im Briefwechsel, S. 797, Fußnote 24

<sup>74</sup> U.a. in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 6: Der globale Krieg 1941 – 1943, Stuttgart 1990, S. 50ff.

<sup>75</sup> Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation wurde von Roosevelt auf der Konferenz von Casablanca am 26. Januar 1943 öffentlich gemacht. Zur Haltung der Sowjetunion zu der Formel der „bedingungslosen Kapitulation“: siehe das Gespräch Stalins mit Roosevelt am 28.11.1943 in Teheran: Er möchte diesen Begriff geklärt haben, da die feindlichen Armeen dadurch noch erbitterter kämpften. Roosevelt ging nicht darauf ein (Dokument Nr. 54 in: Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges Bd. 2 Die Teheraner Konferenz .... Moskau/Berlin 1986, S. 86; die amerikanische Aufzeichnung dazu: FRUS. The Conferences at Cairo and Tehran, 1943 Washington D.C. 1961., S. 513

<sup>76</sup> Churchill vermutete zu diesem Zeitpunkt sogar beim amerikanischen Präsidenten Unklarheiten und sandte ihm am 6. Juli 1942 ein Telegramm dazu. Siehe: CHURCHILL, WINSTON S.: The Second World War. vol. 4. The Hinge of Fate. London 1951 S. 537



schen Militärführung<sup>77</sup> auf dieser Konferenz noch nicht. Erst in den im Juli 1942 in London weitergeführten Verhandlungen gelang es ihm, sogar unter Ausnutzung der schwierigen Lage der britischen Truppen in Nordafrika (Fall von Tobruk am 21.7. 1942) erst das britische Kriegskabinet und schließlich auch den US-Präsidenten auf seinen Standpunkt zu bringen. Außerdem erreichte er noch die Bereitstellung von amerikanischen Truppen für den Mittleren Osten von den für England vorgesehenen Kräften. Am 18. Juli 1942 teilte Churchill Stalin eher in einem Nebensatz mit, dass die kritische Seekriegslage auf dem Atlantik und im Nordmeer neben der voraussichtlichen Einstellung der Nordmeerkonvois „die Errichtung einer wirklich starken zweiten Front im Jahre 1943 unmöglich“ machen könnte.<sup>78</sup> Stalin, der sofort die Konsequenzen erkannte, reagierte am 23.7.1942 schroff auf diese Mitteilung Churchills: „Aus der Botschaft ist erstens ersichtlich, daß sich die Regierung Großbritanniens weigert, die Versorgung der Sowjetunion mit Kriegsmaterial auf der nördlichen Route fortzusetzen, und zweitens, daß die Regierung Großbritanniens ungeachtet des vereinbarten englisch-sowjetischen Kommuniqués über die zu treffenden Maßnahmen für die Errichtung einer zweiten Front im Jahre 1942 dieses Unternehmen auf das Jahr 1943 verschiebt.... Ausgehend von der Situation an der sowjetisch-deutschen Front muß ich ganz kategorisch erklären, daß sich die Sowjetunion nicht damit abfinden kann.“<sup>79</sup> Churchill reagierte auf diese Reaktion Stalins mit dem Schachzug, Stalin am 31. Juli 1942 anzubieten, sich mit ihm im Süden der Sowjetunion, ja sogar in Moskau selbst zu treffen, um die Situation zu beraten.<sup>80</sup> Das Treffen vom 12. bis 16. August 1942 verlief sehr angespannt. Churchill beharrte auf seinem Standpunkt, dass eine Landung in Nordfrankreich 1942 nicht möglich sei und die einzige Alternative dafür sei das nunmehr in „Operation Torch“ (Fackel) umbenannte amerikanisch-britische Landungsunternehmen in Nordafrika. Churchill kündigte dafür eine amerikanisch-britische Landung in Nordfrankreich für 1943 mit mehr als einer Million Mann an. Nach mehreren offiziellen und einem inoffiziellen persönlichen Gespräch zwischen Stalin und Churchill kam schließlich ein Kommuniqué zu Stande, in dem es hieß: „Die mit völliger Aufrichtigkeit und in herzlichem Einvernehmen geführten Verhandlungen boten Gelegenheit, die engen Freundschaftsbande und das gegenseitige Verständnis zu bestätigen, die zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika bestehenden Bundesgenossenschaft in jeder Weise entsprechen.“<sup>81</sup> Letztendlich konnte die sowjetische Seite es in der damaligen Situation nicht zum Bruch kommen lassen und musste die strategischen Entscheidungen der westlichen Alliierten in Kauf nehmen.<sup>82</sup>

---

<sup>77</sup> Noch am 21. Juni 1942 hatten die Combined Chiefs of Staff (CCS), die Vereinigten Stabschefs des Vereinigten Königreichs und der USA, nach einer längeren Diskussion einen Report über Offensivoperationen im Jahr 1942 und 1943 vorgelegt, in dem an der Operation „Bolero“ für spätestens Frühjahr 1943 festgehalten wurde und jede andere Offensivoperation, also auch „Gymnast“, verworfen wurde. Siehe: FRUS. The Conferences at Washington, 1941 1942, and Casablanca, 1943 Washington, DC: 1968, S. 465ff. Der US-Armee-Generalstabschef Marshall schlug dem Präsidenten am 23.6. sogar vor, Bolero noch 1942 durchzuführen wegen der Lage Russlands, siehe ebenda, S. 473ff.

<sup>78</sup> Briefwechsel, S. 66

<sup>79</sup> Ebenda, S. 69f.

<sup>80</sup> Ebenda, S. 71. Den Hintergrund und seinen eigenen Verdienst an dem Treffen schildert der sowjetische Botschafter Maiski in seinen „Memoiren eines sowjetischen Botschafters“, Berlin 1967, S. 752ff.

<sup>81</sup> Zitiert nach Maiski, Memoiren, S. 765. Hier auch die Schilderung des Ablaufes des Besuches, S. 758ff. Die sowjetischen Dokumente sind inzwischen umfangreich veröffentlicht in: Stalin i Čerčill' : vstreči, besedy, diskussii ; dokumenty, komentarii (1941 - 1945)/Ržeševskij, Oleg A.. - Moskva, 2004, S. 348 – 383. Das Kommuniqué im vollen Wortlaut, S. 373f. In diesem Teil der Dokumentation ist auch ein Briefwechsel Stalin – Maiski vom Oktober 1942 enthalten über die Möglichkeit, dass sich Churchill nach einer weiteren Schwächung bzw. Niederlage der UdSSR mit Hitler einigen könnte. Maiski verneinte dies mit dem Hinweis, dies würde das Ende des britischen Imperiums bedeuten. Siehe: ebenda, S. 376ff. Die bei dem Treffen zwischen Stalin und Churchill ausgetauschten Memoranden vom 13. und 14. August mit den jeweiligen Hauptargumenten in: Briefwechsel, S. 75ff.

<sup>82</sup> Maiski verweist darauf, dass dieses Kommuniqué den Druck der Parlamentarier und der britischen Öffentlichkeit auf Churchill wegnahm, Memoiren, S. 765. Churchill schrieb sich das Ergebnis des Treffens als großen persönlichen Erfolg zu. Stalin habe ihm Erfolg für „Torch“ gewünscht und damit letztlich zugestimmt, siehe: CHURCHILL, WINSTON S.: The Second World War. vol. 4. The Hinge of Fate. London 1951 S. 581 – 617.

Der sowjetische Botschafter in London Maiski schätzte in der Auseinandersetzung mit Churchill um die zweite Front ein, dass dieser sie von Anfang an so spät wie möglich, also weder 1942 noch 1943 wollte. Seine „Mittelmeer- oder Peripheriestrategie“ sei vom Ziel der Erhaltung des Britischen Empires getragen gewesen. Erst als die deutsche Wehrmacht an der Ostfront weitgehend niedergekämpft war, habe er sich für die Landung in Frankreich im Sommer 1944 entschieden. Gleichzeitig habe er mit dieser Strategie das Ziel verfolgt, Deutschland und die Sowjetunion gegenseitig so weit zu schwächen, dass sie nach dem Krieg für lange Zeit keine ernsthaften Gegner mehr sein könnten. Das habe unter anderem zu der erstaunlich niedrigen Verlustrate von 400 000 Toten in sechs Jahren Krieg für Großbritannien geführt. Die Schwächung und schließlich der Zerfall des Britischen Empire im und nach dem Zweiten Weltkrieg ging aber in erster Linie von der Politik der USA und nicht vorrangig von der Sowjetunion aus. Insofern sei Churchill auch in seiner Politik während des Zweiten Weltkrieges weiter ein durch seinen Antikommunismus beschränkter britischer Imperialist gewesen.<sup>83</sup>

Der Sommer 1942 war, um einmal von der Königsebene abzugehen, in Großbritannien und in den USA von einer großen öffentlichen Kampagne unter der Losung „second front now“ (Zweite Front jetzt) begleitet, die aus Zeitgründen hier nicht näher dargestellt werden kann.<sup>84</sup> Diese ging in erster Linie von der erstarkenden kommunistischen Bewegung in den westlichen Ländern aus, aber auch von bürgerlich-demokratischen Persönlichkeiten und Organisationen. Der damalige öffentliche Druck hatte in den USA in der Hochzeit des Kalten Krieges eine heute kurios anmutende Nachwirkung. Am 14.6.1951 beschuldigte der berühmte Senator McCarthy im Senat den nunmehrigen amerikanischen Außenminister George C. Marshall und damaligen Generalstabschef, dass dieser 1942 der Losung „second front now“ gefolgt sei, indem er für eine sofortige Landung in Nordfrankreich eingetreten sei.<sup>85</sup>

Nur ganz kurz will ich auf die britisch-kanadische Landung am 21.8.1942 an der französischen Küste bei Dieppe (Operation Jubilee) eingehen. Es gibt Historiker, die annehmen, diese verlustreiche Aktion sei gestartet worden, um der Sowjetunion die Unmöglichkeit der zweiten Front 1942 zu beweisen. Nach meiner Auffassung beweisen die vorhandenen Dokumente dies nicht.<sup>86</sup>

Am 8. November 1942 begann die Operation „Torch“ (Fackel), am 19. November 1942 die sowjetische Gegenoffensive bei Stalingrad. Die beiden Operationen waren nicht aufeinander abgestimmt. Churchill informierte im Herbst 1942 Stalin ausführlich über die Planungen in Ägypten und teilte ihm am 5. November mit, dass „Torch“ unmittelbar bevorstehe.<sup>87</sup> Zum Oberkommandierenden der alliierten Truppen wurde General Eisenhower ernannt, der eigentlich die amerikanischen Truppen in Großbritannien für die Landung in Nordfrankreich führen sollte. Ein Teil der amerikanischen Truppen wurden von den USA herangeführt ( 7 Divisionen, davon 2 Panzer- und eine motorisierte Division) und auch von dort versorgt. Ein anderer Teil (2 Infanterie- und eine Panzerdivision) wurde von Großbritannien, wo sie für die Landung in Nordfrankreich vorbereitet wurden, abgezogen, wie auch die meisten britischen Truppen.<sup>88</sup> Die Operationen in Nordafrika begannen mit erfolgreichen Landungen bei Casablanca, bei Oran und bei Algier, insgesamt 107 000 Mann, davon 63 000 Mann Landungs-

<sup>83</sup> Maiski, Memoiren S. 735ff.

<sup>84</sup> ebenda, S. 759ff. Im Internet findet man unter dem Stichwort „second front now“ eine Anzahl von damaligen Veröffentlichungen mit dieser Forderung und eine Vielzahl von Bildern von Kundgebungen, Aufklebern und Plakaten.

<sup>85</sup> Siehe: <http://www.fordham.edu/halsall/mod/1951mccarthy-marshall.html> (abgerufen am 14.8.2014)

<sup>86</sup> Siehe Jacques R. Pauwels, Die zweite Front der westlichen Alliierten im Zweiten Weltkrieg: Warum wurden vor siebzig Jahren, am 19. August 1942, bei Dieppe so viele kanadische Soldaten geopfert? auf der Internetseite: <http://principiis-obsta.blogspot.de/2012/08/die-zweite-front-der-westlichen.html> (abgerufen am 16.8.2014). Churchill hatte bei seinem Treffen mit Stalin einen „Aufklärungsvorstoß“ an der Kanalküste im August angekündigt. Er beurteilte auch intern das Unternehmen trotz der hohen Verluste als erfolgreich, benutzte es aber niemals als Argument gegenüber der Sowjetunion.

<sup>87</sup> Briefwechsel, S. 91

<sup>88</sup> Strategic Planning for Coalition Warfare 1941-1942 by Maurice Matloff and Edwin M. Snell, Washington 1953, Neudruck 1990, S. 313f.

truppen, gegen keinen oder geringen Widerstand der französischen Vichy-Streitkräfte (120 000 Mann), die am 10.11. kapitulierten und danach teilweise auf die alliierte Seite übergingen. Ab 15.11. folgte der Vormarsch in Tunesien. Die Kämpfe in Nordafrika, die eigentlich bis spätestens Januar 1943 abgeschlossen sein sollten, zogen sich schließlich bis zum Mai 1943 hin, da von den Deutschen und Italienern in Tunesien ein Brückenkopf gebildet wurde (5. Panzerarmee, später mit der früheren Panzerarmee Afrika Rommels Heeresgruppe Afrika).<sup>89</sup> Am 12. Mai 1943 kapitulierten die letzten Reste und mehr als 230 000 unverwundete deutsche und italienische Soldaten gingen in Gefangenschaft.

Inzwischen waren auf der Konferenz von Casablanca (14.1. – 24.1.1943) zwischen der britischen und US-amerikanischen Führung politische und militärische Entscheidungen getroffen worden, die erneut die Eröffnung der Zweiten Front entscheidend beeinflussten.<sup>90</sup> Der Konferenz waren sowohl vor als auch nach der Landung in Nordafrika unterschiedliche Vorstellungen in den militärischen Führungsstäben der USA und Großbritanniens vorausgegangen. Churchill erklärte, dass die Kürzungen der USA im Aufbau amerikanischer Truppen in Großbritannien (Operation Bolero) im Zusammenhang mit „Torch“ bereits im September und im November 1942 die Landung in Nordfrankreich 1943 unmöglich machen würde. Die britischen Stäbe plädierten für die Fortführung der Mittelmeerstrategie, die US-Stäbe wollten zu dem Streitkräfteaufbau in Großbritannien für eine Landung auf dem Kontinent im Jahr 1943 zurück. Bereits am 19. November 1942 verlangte General Marshall dafür die Stilllegung der Mittelmeerstrategie. Die Amerikaner bestanden zunächst darauf, dass Italien und Mittelmeer nur ein Nebenkriegsschauplatz sein sollten.

Die britische Mittelmeerstrategie diene selbst nach amerikanischer Ansicht vorwiegend den imperialen Interessen der Briten. Die USA drohten, sie würden sich auf den Krieg im Pazifik konzentrieren, falls die Briten bei einer Landung in Nordfrankreich nicht mitmachen wollten. Churchill nutzte diese Drohung, um die SU davon zu überzeugen, dass er auf der Casablanca-Konferenz ein stärkeres Engagement der Amerikaner im Pazifik verhindern konnte. Dafür gebe es aber keine Alternative zur Fortsetzung der Kämpfe in Italien und im Mittelmeerraum 1943. Ein wichtiges Problem auf der Konferenz war die „Atlantikschlacht“, der Kampf gegen die deutschen U-Boote. Diese hatten im Jahr 1942 erhebliche Erfolge bei der Bekämpfung der alliierten Schiffstransporte erzielen können. Allerdings hatten sie gegen die Transporte für die Operation „Torch“ selbst gegen die Truppen, die aus Großbritannien herangeführt wurden, nur geringe Erfolge erzielt.<sup>91</sup>

Roosevelt folgte in Casablanca schließlich gegen die Vorstellungen seiner Militärs den Argumenten Churchills und dessen militärischen Beratern für die Fortsetzung der Mittelmeerstrategie mit einer Landung auf Sizilien. General Marshall und General Eisenhower wiesen darauf hin, dass diese Entscheidung eine Landung in Frankreich von England aus im Jahr 1943 unmöglich machen würde. DDR-Historiker schätzten ein, dass Roosevelt wegen der Interessen von Monopolgruppen der USA am Nahost-Öl den Forderungen Churchills nachgeben habe.<sup>92</sup> In Casablanca wurde auch die seit einiger Zeit entwickelte Formel „unconditional surrender“ (bedingslose Kapitulation) von Roosevelt öffentlich gemacht. Weitere Kriegsziele wurden aber wegen der innenpolitischen Lage in den USA und Großbritannien

<sup>89</sup> Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Band 3 Der grundlegende Umschwung im Kriegsverlauf (November 1942 bis September 1943) 2. Durchgesehene Auflage Berlin 1982, S. 106ff.; Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Band 6 Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941 – 1943, Stuttgart 1990, S. 710ff. ebenda, Band 7, Stuttgart 2001 S. 436ff. enthält unter dem Titel „Das Ringen um eine gemeinsame Konzeption gegen die Achsenmächte“ eine Zusammenfassung der Planungen der westlichen Alliierten bis Mitte 1943, die auf die wichtigsten Dokumente und westlichen Veröffentlichungen hinweist, allerdings ohne ein einziges Mal die Sowjetunion und ihr Interesse und Einfluss auf diese Vorgänge zu erwähnen.

<sup>90</sup> Die Dokumente dazu in: FRUS. The Conferences at Washington, 1941 1942, and Casablanca, 1943 Text. US. Department of State. - Washington, DC, 1968; Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Band 3, S. 469ff.; Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Band 6. S. 74ff.

<sup>91</sup> Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Band 3, S. 144ff.; Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Band 6, S. 354ff.

<sup>92</sup> Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Band 3, S. 472

und der Notwendigkeit, die Franzosen unter Darlan und de Gaulle einzubinden, nicht verkündet.

Diesmal wurde Stalin durch eine gemeinsame Botschaft von Churchill und Roosevelt vom 27.1. 1943 über die Beschlüsse von Casablanca (Fortsetzung der Mittelmeerstrategie mit Landung in Sizilien, Verstärkung der Bomberoffensive gegen Deutschland, Fortsetzung des Aufbaus der amerikanischen Streitkräfte im Vereinigten Königreich für eine Operation auf dem europäischen Kontinent, „sobald das durchführbar ist.“) informiert.<sup>93</sup> Stalin ging am 16.2. 1943 immer noch davon aus, dass „die Errichtung der zweiten Front in Europa, speziell in Frankreich, erst für August/September“ vorgesehen sei und fordert sogar eine frühere Durchführung. Nach den ihm vorliegenden Informationen hätten die Deutschen seit Ende Dezember aus Frankreich, Belgien, Holland und Deutschland selbst 27 Divisionen, davon 5 Panzerdivisionen an die sowjetische Front geworfen.<sup>94</sup> Am 11. März 1943 präzisierte Churchill die Angaben vom 27. Januar und kündigt die Operation „Husky“ (Landung auf Sizilien) bereits für Juni 1943 an, weitere Aktionen im Mittelmeer würden geprüft. Nach der Feststellung, dass die nach Osten verlegten deutschen Divisionen wieder ersetzt seien und etwa 30 Divisionen in Frankreich stehen, erläutert er umfangreich die Verteilung des britischen Heeres und die Bereitstellung amerikanischer Divisionen. Neben 16 britischen Divisionen, die für die Kanalüberquerung im August vorbereitet würden, stünde nur 1 amerikanische Division auf der Insel zur Verfügung, 3 weitere könnten bis August bereitgestellt werden. Ursprünglich wollten sie 27 Divisionen bis August 1943 bereitstellen. 10 amerikanische Divisionen seien für „Torch“ festgelegt. Truppen seien an sich vorhanden, die Transportmöglichkeiten seien aber äußerst beschränkt. Churchill behielt sich daher seine Entscheidungsfreiheit in Bezug Landung in Frankreich vor.<sup>95</sup>

Die Argumentation Churchills geht nicht darauf ein, dass die Entscheidung zur Landung in Nordafrika und die Festlegung eines großen Teils der britischen und amerikanischen Streitkräfte auf diesem Kriegsschauplatz die von ihm geschilderte Situation erst herbeigeführt habe. Die Kräfteentwicklung der Deutschen in Frankreich ist jedenfalls ein vorgeschobenes Argument, weil ja die Landung in Nordfrankreich 30 Divisionen von der Ostfront abziehen sollte, was tatsächlich mit der Landung im Mittelmeer nicht geschehen ist.

Anfang Mai 1943, noch immer waren Wehrmacht und Italiener in Nordafrika nicht völlig besiegt, schlug Roosevelt Stalin ein persönliches Treffen ohne Churchill in kleinem Kreis zur Klärung von Nachkriegsproblemen vor (offensichtlich durch den Abbruch der Beziehungen zwischen der UdSSR und der polnischen Exilregierung wegen Katyn ausgelöst), aber auch militärische Fragen könnten behandelt werden. Gleichzeitig kündigt er ein Treffen mit Churchill zur weiteren Festlegung der Offensive im Mittelmeer an.<sup>96</sup> Stalin hielt sich aus „zeitlichen Gründen“ bedeckt und sagt zu diesem Zeitpunkt einem bilateralen Treffen mit Roosevelt nicht zu.

Die dritte Konferenz von Washington vom 12. bis 25. Mai 1943 (Decknamen „Trident“), befasste sich mit dem Kampf gegen Deutschland und seine Verbündeten in Europa und gegen Japan in Asien. Bereits auf dem ersten Treffen kam Churchill auf sein Lieblingsprojekt, die Fortsetzung der Mittelmeerstrategie zu sprechen. Er erklärte, wie im ersten Weltkrieg der Zusammenbruch Bulgariens den Zusammenbruch Deutschlands nach sich gezogen habe, werde auch der Italiens Auswirkungen auf Deutschland haben. Die Deutschen würden den

---

<sup>93</sup> Briefwechsel, S. 107ff. Zu den Angaben der sowjetischen Seite über deutsche Divisionen an der sowjetischen Front muss festgestellt werden, dass diese Angaben nicht exakt sind. Generell erscheinen die Zahlen überhöht. U.a. kommt das auch dadurch zustande, das einzelne Regimenter an der Front mit der dazugehörigen Divisionsnummer als Division gerechnet werden. Dennoch ist klar, dass zu allen Zeiten mehr als zwei Drittel des Heeres gegen die Rote Armee kämpfte.

<sup>94</sup> Ebenda, S. 118f.

<sup>95</sup> Ebenda, S. 124 - 128

<sup>96</sup> Ebenda, S. 530ff

Italienern nicht zur Hilfe kommen, usw. usw.<sup>97</sup> Nichts davon sollte eintreten. Am 4. Juni 1943 informiert Roosevelt Stalin über die Ergebnisse der vom 12. bis 25. Mai 1943 durchgeführten Konferenz in Washington („Trident“). Neben der Verstärkung des Luftkrieges gegen Deutschland werde nach dem Sieg in Nordafrika die Operation „Husky“ und sofort anschließend eine Offensive, die den Zusammenbruch Italiens herbeiführen soll, gestartet. Die Konzentration von Landstreitkräften in England könne wieder aufgenommen werden. „Entsprechend den jetzigen Plänen müsste im Frühjahr 1944 eine genügend große Konzentration von Menschen und Material auf den Britischen Inseln vorhanden sein, um zu dieser Zeit eine umfassende Invasion auf dem Kontinent zu beginnen.“<sup>98</sup> Die Katze war aus dem Sack, nicht 1942, nicht 1943, wie bisher versprochen, sondern 1944 sollte die zweite Front kommen. Es war genau das eingetreten, was der Generalstabschef der US-Army, General Marshall, mehrfach kritisiert hatte: die Mittelmeerstrategie hat letztendlich die zweite Front um zwei Jahre verzögert. Stalin ließ sich eine Woche Zeit, um Roosevelt und in Abschrift auch Churchill am 11. Juni 1943 zu erklären, dass dieser Beschluss der Sowjetunion, „die schon zwei Jahre lang unter äußerster Anspannung im Kampf gegen die Hauptkräfte Hitlers und seiner Satelliten steht, außerordentliche Schwierigkeiten bereitet“, die sowjetischen Streitkräfte würden im Kampf gegen den starken und gefährlichen Feind fast allein gelassen. Das werde einen negativen Eindruck im sowjetischen Volk als auch in der Armee machen. „Die Sowjetunion betrachtet es als unmöglich, sich dieser Entscheidung anzuschließen, die außerdem noch ohne ihre Teilnahme und ohne den Versuch herbeigeführt worden ist, diese sehr wichtige Frage gemeinsam zu erörtern...“<sup>99</sup> Churchill antwortet in einem umfangreichen Brief am 19. Juli, in dem er noch einmal seine Argumente für die Offensive gegen Italien ausbreitet. Er sei fest überzeugt, dass bis Ende des Jahres 1943 Resultate erzielt werden, die der Sowjetunion Erleichterung und Befriedigung bereiten werden. Auf die Äußerung Stalins, dass die SU nicht an den Entscheidungen beteiligt wurde, kontert Churchill mit der Bemerkung, Stalin habe die Einladung zu der Konferenz im Januar abgesagt. Churchill bietet an, zu jeder Zeit und jedem Ort zu kommen, die Roosevelt und Stalin vereinbaren.<sup>100</sup> Weitere Briefe von Stalin an Churchill vom 24. Juni, von Churchill an Stalin vom 27. Juni bringen keine weiteren Ergebnisse, man beglückwünscht sich schließlich für die Siege in Sizilien und bei der Kursker Schlacht. Am 26.8. 1943 wurde Stalin von Roosevelt und Churchill über die Ergebnisse der Konferenz von Quebec (17.-24.8.1943)<sup>101</sup> informiert: Verstärkung Luftangriffe auf Deutschland, insbesondere zur Zerstörung der Luftstreitkräfte, Aufbau starker amerikanischer Kräfte in England „für Operationen jenseits des Kanals“, Fortführung des Krieges im Mittelmeerraum zur Ausschaltung Italiens, keine Landungen auf dem Balkan und dem Dodekanes.<sup>102</sup> Im August 1943 zeichnet sich tatsächlich die Bereitschaft der Badoglio-Regierung zur Kapitulation ab. Am 3. September wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen, die Kapitulationsurkunde wurde schließlich am 29. September 1943 an Bord der HMS Nelson von Marschall Badoglio und General Dwight D. Eisenhower unterzeichnet. Die sowjetische Seite wird sofort und ausführlich informiert, auch über die Bedingungen der Kapitulation. Sie stimmt zu und unterzeichnet durch ihren Vertreter die entsprechende Urkunde. Am 13. Oktober 1943 erklärte Italien dem Deutschen Reich den Krieg und trat an der Seite der Alliierten wieder in den Krieg ein. Nur das Ergebnis der italienischen Kapitulation war eben nicht so, wie Churchill vorausgesagt bzw. erhofft hatte. Der Kampf gegen die Deutschen in Italien muss bis in den April 1945 hinein geführt werden.

<sup>97</sup> Die Trident-Papiere sind im Internet unter der Adresse zu finden (abgerufen am 1.9.2014):

<http://digicoll.library.wisc.edu/cgi-bin/FRUS/FRUS-idx?type=article&did=FRUS.FRUS1943.i0009&id=FRUS.FRUS1943&isize=XL>

<sup>98</sup> Ebenda, S. 535ff.

<sup>99</sup> Ebenda, S. 538ff.

<sup>100</sup> Ebenda, S. 167ff.

<sup>101</sup> Foreign relations of the United States. Conferences at Washington and Quebec, 1943

Washington 1970, in: <http://digicoll.library.wisc.edu/cgi-bin/FRUS/FRUS-idx?type=article&did=FRUS.FRUS1943.i0010&id=FRUS.FRUS1943&isize=M>

(abgerufen am 1.9.2014)

<sup>102</sup> Briefwechsel, S. 190f.

In dieser Phase des entscheidenden Umschwunges des Krieges bildete sich sowohl auf Seiten der westlichen Alliierten als auch in der sowjetischen Führung das Interesse an dreiseitigen verbindlichen Absprachen über die Weiterführung des Kampfes gegen Hitlerdeutschland und seine Satelliten und vor allem zur Gestaltung der Nachkriegsordnung heraus. Die Anstöße kamen zunächst von der westlichen Seite, aber Mitte 1943 gibt es zunehmend auch in der sowjetischen Führung Interesse an grundlegenden Festlegungen, die nur auf höchster Ebene gelöst werden konnten. Leider sind die internen Entwicklungen in der sowjetischen Führung bisher nur unzureichend dokumentiert.<sup>103</sup> Das Ringen um die zweite Front spielte auf der Moskauer Konferenz und der Teheraner Konferenz 1943 eine wichtige Rolle. Ansonsten blieb es bei der Ebene der zweiseitigen Kontakte der Obersten Führer. In der Öffentlichkeit spielte die zweite Front 1943 eine viel geringere Rolle gegenüber 1942. Von sowjetischer Seite wurde gefordert und, trotz Bedenken des US-Außenministers, schließlich von den Westmächten zugestimmt, das Problem der Eröffnung der zweiten Front noch 1943 auf der Moskauer Außenministerkonferenz zu behandeln. Da die Konferenz erst in der zweiten Oktoberhälfte in Moskau stattfand, musste der sowjetischen Seite klar sein, dass diese Forderung nicht mehr realistisch war. Es kam Stalin offensichtlich darauf an, den politischen und moralischen Druck in dieser Frage ständig aufrechtzuerhalten. Tatsächlich wurde dann auf der Konferenz über die Landung in Nordfrankreich im Frühjahr 1944 verhandelt. Als militärische Vertreter nahmen von sowjetischer Seite Marschall Woroschilow<sup>104</sup> und der Vertreter des Generalstabes, General Gryslov teil. Von amerikanischer Seite nahm der Leiter der US-Militärmission Deane und von britischer Seite General Ismay, Stabschef von Churchill in dessen Funktion als Verteidigungsminister und Mitglied des Komitees der Stabschefs (Chief of Staff Comitee/CSC). Ismay und Deane gaben ausführliche und ins einzeln gehende Berichte über die Beschlüsse der Quadrant-Konferenz.<sup>105</sup> Molotov drängte nahezu penetrant,<sup>106</sup> das Vorhaben der Landung in Nordfrankreich im Mai 1944 in einen verbindlichen Beschluss der Konferenz umzusetzen. Er erreichte schließlich ein streng geheimes Protokoll, in dem die sowjetische Forderung nach Durchführung der Invasion in Nordfrankreich im Frühjahr 1944 bestätigt wurde und der Termin mit den bekannten Einschränkungen (notwendige und hinreichende Bedingungen) entsprechend der Information vom Juni 1943 an Stalin bestehen bleibt.<sup>107</sup> Letztendlich war dieses Papier natürlich genauso „verbindlich“, wie die Ankündigung der zweiten Front 1942 in den Kommuniqués, die damals veröffentlicht wurden.

---

<sup>103</sup> Lediglich die Ergebnisse (Moskauer Außenministerkonferenz vom 19.-30.10.1943, der Konferenz von Teheran vom 28.11. – 1.12.1943, von Dumberton Oaks, von Jalta und von Potsdam) liegen mit Einschränkungen vor. Siehe: Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 – 1945 6 Bände, Moskau/Berlin 1986, 1988

<sup>104</sup> Es ist bezeichnend, dass die Funktion Woroschilows sowohl auf der Moskauer als auf der Teheraner Konferenz von sowjetischer Seite nicht genau bezeichnet wurde. Zu dieser Zeit war Woroschilow formal stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare und Mitglied der Stavka, eine direkte militärische Funktion hatte er aber nicht mehr. Am 5. September 1943 wurde er Vorsitzender einer Kommission für Waffenstillstandsfragen.

<sup>105</sup> Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 – 1945. Band 1 Die Moskauer Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritannien 1943, Moskau/Berlin 1988, S. 92 – 100. Eine eher skurrile Diskussion entspann sich zwischen dem britischen Außenminister und Stalin bei einem separaten Gespräch am 27. 10.1943 über das Verhältnis zwischen den Kämpfen in Italien und der Vorbereitung der Landung in Nordfrankreich, der Deckname „Overlord“ wurde übrigens dabei von Stalin benutzt. Offensichtlich hatte Churchill Eden beauftragt, gegenüber Stalin seine nach wie vor vorhandene Skepsis gegen einen festen Termin für „Overlord“ zu begründen. An dem Gespräch nahm zwar General Ismay teil, beteiligte sich aber mit keinem Wort an der Debatte. S. 187 – 198. Die US-Dokumente in: The Tripartite Conference in Moscow, October 18-November 1, 1943, in: Foreign Relations of the United States Diplomatic Papers 1943 Volume I General, Washington: 1963 im Internet <http://digioll.library.wisc.edu/cgi-bin/FRUS/FRUS-idx?type=div&did=FRUS.FRUS1943v01.i0017&isize=text>

<sup>106</sup> Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 – 1945. Band 1 Die Moskauer Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritannien 1943, Moskau/Berlin 1988, S. 206

<sup>107</sup> Ebenda, S. 206, Das schließlich unterzeichnete Dokument: ebenda, S. 317ff.

Die Moskauer Konferenz war von sowjetischer Seite als Vorbereitung auf die lange angestrebte Dreierkonferenz UdSSR-USA-Großbritannien gedacht. Daher stimmte Stalin dem Treffen in Teheran schließlich zu. Vorher und nachher hielten die USA und Großbritannien in Kairo eine Konferenz („Sextant“) ab, an der die Teilnahme des sowjetische Außenminister bereits zugesagt war, dann aber von Stalin kurzfristig abgesagt wurde.<sup>108</sup> Diese Konferenz war vorwiegend dem Kampf gegen Japan gewidmet, deshalb nahm eine chinesische Delegation unter Tschiang Kai-schek teil.<sup>109</sup> Vom 28.11. bis 1.12.1943 fand schließlich die Konferenz der „Großen Drei“ in Teheran statt.<sup>110</sup> Stalin machte einige Angaben über die Kämpfe an der sowjetischen Front seit der Schlacht bei Kursk und warum die Sowjetunion nicht gegen Japan eingreifen könne. Dann kam er sofort auf die Operationen der anglo-amerikanischen Kräfte in Europa zu sprechen und erklärte, dass der italienische Kriegsschauplatz lediglich für die freie Schifffahrt der Alliierten von Bedeutung sei. Er sei ungeeignet, um von dort aus Deutschland anzugreifen, habe dafür keinerlei Bedeutung. Ein Schlag gegen den Feind in Nord- oder Nordwestfrankreich wäre am erfolgreichsten. Sogar Operationen in Südfrankreich seien besser, auch der Balkan oder von der Türkei aus seien möglich. Churchill wollte Stalin erneut mit den Vorzügen seiner Mittelmeerstrategie, die doch auch für die Sowjetunion vorteilhaft sei, locken. Auch bei den militärischen Vertretern äußerte der britische Generalstabschef Brooke sich eher skeptisch gegenüber den Möglichkeiten der Landung in Frankreich, im Unterschied zu dem US-Generalstabschef Marshall, der die Schwierigkeiten hervorhob, insbesondere den Mangel an Schiffsraum, aber alle Anstrengungen versprach, den Termin Mai 1944 zu halten. Woroschilow als sowjetischer militärischer Vertreter äußerte sich ausschließlich zu den Operationen der westlichen Alliierten, überhaupt nicht zu den Planungen der sowjetischen Seite. Stalin lehnte eine von Roosevelt vorgeschlagene Militärkommission der drei Mächte ab, man solle alle Fragen auf dieser Konferenz lösen. Er möchte den Termin der Landung auch deswegen erfahren, damit die sowjetische Seite eine eigene mächtige Operation organisieren kann. Am 30.11. bestätigten Roosevelt und Churchill gegenüber Stalin, dass sie unter Mitwirkung der Gemeinsamen Stabschefs die Operation „Overlord“ für Mai 1944 festgelegt hätten. Stalin erklärte, dass sich die Russen verpflichten, Anfang Mai eine Großoffensive an mehreren Abschnitten gegen die Deutschen durchzuführen, um die deutschen Divisionen an der Ostfront zu binden und es den Deutschen unmöglich zu machen, die Operation „Overlord“ irgendwie zu erschweren.<sup>111</sup> Damit hatte sich die ursprüngliche Aufgabe der zweiten Front nahezu umgekehrt. Nach den ursprünglichen sowjetischen Forderungen, sollte die zweite Front 30 bis 40 deutsche Divisionen von der deutsch-sowjetischen Front abziehen. Jetzt verpflichtete sich die sowjetische Seite, die deutschen Kräfte zu binden. Das Kräfteverhältnis im Krieg hatte sich tatsächlich grundlegend geändert. Der Begriff „zweite Front“ findet sich in keinem Dokument der Teheraner Konferenz mehr.

In einem Artikel auf der Internetseite des russischen Verteidigungsministeriums äußert sich ein russischer Militärgeschichtler des Instituts für Militärgeschichte an der Militärakademie des russischen Generalstabes zu dem Thema „Teheraner Konferenz und zweite Front“: „Второй фронт для СССР в военном отношении не был нужен.“ (Die zweite Front war für die UdSSR in militärischer Beziehung nicht notwendig.)<sup>112</sup> Das ist eine gewichtige Feststellung, der ich nur bedingt zustimmen möchte. Immerhin dauerte der Krieg gegen Hitlerdeutschland ab der Teheraner Konferenz noch 18 Monate und selbst ab der Landung in der

<sup>108</sup> Briefwechsel, S. 222 Absage der geplanten Teilnahme Molotows an der Konferenz am 22.11. durch Stalin an Churchill vom 12.11.1943

<sup>109</sup> FRUS. The Conferences at Cairo and Tehran, 1943 US. Department of State. Washington, DC 1961, Internet, abgerufen am 1.9.2014: <http://digicoll.library.wisc.edu/cgi-bin/FRUS/FRUS-idx?id=FRUS.FRUS1943CairoTehran>

<sup>110</sup> Die Sowjetunion auf den internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 – 1945 Band 2 Die Teheraner Konferenz 1943, Moskau/Berlin 1986

<sup>111</sup> Ebenda, S. 116, 124

<sup>112</sup> Gavrilov, Viktor Tegeranskaja konferenzija 1943 g. i problema vtorovo fronta, auf der Internetseite des russischen Verteidigungsministeriums (abgerufen am 2.9.2014): <http://encyclopedia.mil.ru/encyclopedia/history/more.htm?id=11877349@cmsArticle>

Normandie am 6. Juni 1944 noch fast ein Jahr. In diesem Jahr musste die Rote Armee noch heftige verlustreiche Kämpfe führen, die sich ganz sicher ohne die Operationen im Westen noch weiter verlängert hätten.

Dazu sind einige Bemerkungen zur Entwicklung der Bündniskriegführung nötig. Großbritannien und die USA haben von 1941 an, also bereits vor Eintritt der USA in den Krieg gegen Nazi-Deutschland, ein relativ umfassendes System dafür entwickelt. Das wichtigste Organ war das im Januar 1942 geschaffene Kombinierte Komitee der Stabschefs (Combined Chiefs of Staff/CCS) unter der direkten Leitung von US-Präsident und britischem Premierminister. Diese führten insgesamt 8 umfangreiche Konferenzen durch, auf denen die wichtigsten politisch-militärischen Entscheidungen getroffen wurden. Daneben gab es gegenseitige Delegationen zu Besprechungen in Washington und London. Von britischer Seite wurde ein umfangreicher Verbindungsstab unter Feldmarschall Dill als offizieller ständiger Vertretung beim CCS in Washington eingerichtet. Daneben gab es eine Vielzahl von Komitees zu verschiedenen Problemen (See- und Lufttransport, Waffenentwicklung und Steuerung der Rüstungsproduktion, Geheimdienstkoordination). Auf den Kriegsschauplätzen wurden kombinierte Oberkommandos gebildet (so im Mittelmeerraum und das Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force (kurz SHAEF) unter dem Supreme Commander (Oberbefehlshaber) General Eisenhower für die Landung in Frankreich). Natürlich gab es auf allen Ebenen bis zum letzten Kriegstag sowohl auf politischer als auch auf militärischer unterschiedliche Auffassungen, die immer wieder ausgeglichen werden mussten.<sup>113</sup>

Eine militärisch-strategische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion entwickelte sich im Rahmen der Antihitlerkoalition nur in Ansätzen. Bei den sowjetischen Botschaften in London und in Washington gab es Militärattachés und ihre Stäbe, umgekehrt ebenfalls in Moskau. 1941 kam es zu der Entsendung General Golikovs als militärischen Sonderbeauftragten zur Organsierung der britischen und englischen Hilfe. In London und Moskau wurden bereits 1941 gegenseitige Militärmissionen neben den Botschaften eingerichtet. Der sowjetische Admiral Charlamov als Leiter der Militärmission in London war aber nahezu ausschließlich für die Transporte aus England auf dem Seeweg nach Murmansk und Archangelsk zuständig. Zwischen den USA und der Sowjetunion wurden erst 1943 Militärmissionen ausgetauscht.<sup>114</sup> Zu den größten militärischen Vertretungen der Sowjetunion in Großbritannien und den USA entwickelten sich die Abnahmekommissionen für militärische Rüstungsgüter. Über die Tätigkeit des sowjetischen Volkskommissariats für Verteidigung und des sowjetischen Generalstabes auf dem Gebiet der militärischen Kooperation gibt es bis heute keine ausreichenden Dokumentenveröffentlichungen oder Darstellungen.<sup>115</sup> So ist es nach wie vor schwer festzustellen, wer für was in der sowjetischen Führung auf diesem Gebiet zuständig war. Neben den direkten militärischen Kontakten gab es auch offizielle Kontakte zwischen den Geheimdiensten der Mächte. Geheimdiensterkenntnisse wurden nicht nur auf der obersten Ebene ausgetauscht, sondern auch direkte Kontakte des Nachrichtendienstes im Volkskommissariat des Innern und der Hauptverwaltung Aufklärung der Roten Armee etwa mit dem Office of Strategic Services (OSS) und dem britischen militärischen Geheimdienst.

Am 10. April 1944 setzten die Westmächte schließlich den sowjetischen Generalstabschef Wassilewski davon in Kenntnis, dass Overlord am 31. Mai (plus minus 2 Tage) gestartet

<sup>113</sup> Dazu gibt es seine umfangreiche amerikanische und britische Literatur bis zur Gegenwart, die ganze Bibliotheken füllt. Einige, vorwiegend ältere, US-amerikanische offiziöse Darstellungen sind im Internet veröffentlicht, z.B.: UNITED STATES ARMY IN WORLD WAR II. The War Department: Strategic Planning for Coalition Warfare 1941-1942 by Maurice Matloff and Edwin M. Snell, Washington 1953, Neudruck 1990 und UNITED STATES ARMY IN WORLD WAR II. The War Department: Strategic Planning For Coalition Warfare 1943-1944 by Maurice Matloff Washington 1959, Neudruck 1990, siehe Internetseite (abgerufen 14.8.2014): <http://www.history.army.mil/html/bookshelves/collect/usaww2.html>

<sup>114</sup> Die Erinnerungen Admirals Charlamov sind im Internet unter: [http://militera.lib.ru/memo/russian/harlamov\\_nm/index.html](http://militera.lib.ru/memo/russian/harlamov_nm/index.html) (abgerufen am 28.8.2014)

<sup>115</sup> Auf der Internetseiten des russischen Verteidigungsministeriums befindet sich ein Artikel über die Diplomaten des Volkskommissariates für Verteidigung während des Krieges mit einigen personellen Angaben, siehe: <http://encyclopedia.mil.ru/encyclopedia/history/more.htm?id=11909992@cmsArticle> (abgerufen am 28.8.2014)



würde. Am 3. Mai teilte Churchill Stalin mit, dass die nächsten Pläne für Lieferungen aus Großbritannien in die Sowjetunion erst nach der erfolgreichen Operation „Overlord“ wieder geplant werden könnten.<sup>116</sup> Am 14. Mai teilen Churchill und Roosevelt mit, dass ein Angriff auf Südfrankreich zum selben Zeitpunkt wie Overlord nicht möglich ist.<sup>117</sup> Am 6. Juni meldete Churchill triumphierend, dass die Landung wohl geglückt sei. Stalin teilte ihm und Roosevelt mit, dass Mitte Juni „entsprechend der Vereinbarung von Teheran“<sup>118</sup> eine große Sommeroffensive der Roten Armee beginnen wird. Der Krieg in Europa dauerte noch ein Jahr, ein Jahr großer Zerstörungen und Verluste auf allen Seiten.

Einige Bemerkungen sind zu den See-Landungen der Westmächte in Nordafrika (Operation Torch 8.11. 1942 – 13.5.1943), auf Sizilien (Operation Husky, 10.7. – Mitte August 1943), auf dem italienischen Festland (Salerno Operation Avalanche/ Taranto/Kalabrien ab 3. 9. und Anzio Operation Shingle/Dachschildel ab 22.1.1944) und an der normannischen Küste (Operation Overlord ab 6. Juni 1944) nötig.<sup>119</sup> Seelandungen mit solchen Zielen sind komplizierte militärische Operationen und bedürfen umfangreicher Vorbereitungen und starker Kräfte der Land-, Luft- und Seestreitkräfte.

Die Landung in Nordafrika wurde vorwiegend über Häfen und deren nächster Umgebung gegen einen schwachen oder überhaupt nicht kämpfenden Gegner von mehrheitlich noch nie im Kampf befindlichen Landstreitkräften durchgeführt. Bei der Kriegführung an Land zeigten sich erhebliche Mängel, insbesondere bei den amerikanischen Verbänden.

Die Landung in Sizilien wurde mit bereits kampferprobten Truppen meist über offene Strände mit speziellen Landungsmitteln auf einer Breite von 150 km durchgeführt, ohne eine einheitliche Landungsfront anzustreben. Erstmals wurden Luftlandetruppen eingesetzt. Der italienische Gegner war wenig kampfbereit, nur im Landesinneren stellten sich schwache deutsche Verbände den Alliierten entgegen, die sie, nach einigen Verstärkungen, zu relativ langwierigen Kämpfen zwangen und nahezu vollständig auf das Festland entkamen. Die Landungstruppen wurden von zunächst rund 181 000 Mann auf 470 000 Mann aufgestockt. Damit war diese Landungsoperation umfangreicher als die Landung in der Normandie. Die Invasionsstreitmacht bestand aus knapp 3000 schwimmenden Einheiten – darunter sechs Schlachtschiffe und zwei Flugzeugträger – sowie aus gut 2500 Flugzeugen. Mit dem Ende der ersten Anlandungsphase befanden sich rund 181.000 alliierte Soldaten mit 1800 Geschützen, 600 Panzern und 14.000 anderen Fahrzeugen auf der Insel. Von manchen Mili-

---

<sup>116</sup> Briefwechsel, S.269f.

<sup>117</sup> Ebenda, S. 271

<sup>118</sup> Ebenda, S. 278, 628

<sup>119</sup> Als deutsche Darstellungen dazu: Deutschland im zweiten Weltkrieg, Band 3 Der grundlegende Umschwung im Kriegsverlauf (November 1942 bis September 1943) 2. durchgesehene Auflage Berlin 1982

Deutschland im zweiten Weltkrieg, Band 4. Das Scheitern der faschistischen Defensivstrategie an der deutsch-sowjetischen Front (August bis Ende 1943), Berlin 1981, und

Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Band 6 Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941 – 1943. Stuttgart 1990

Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Band 7 Das Deutsche Reich in der Defensive. Strategischer Luftkrieg in Europa. Krieg im Westen und in Ostasien 1943 – 1944/45, Stuttgart 2001

US-Darstellungen: UNITED STATES ARMY IN WORLD WAR II. The Mediterranean Theater of Operations Northwest Africa: Seizing the Initiative in the West by George F. Howe Washington 1957, Neudruck 1993

UNITED STATES ARMY IN WORLD WAR II. The Mediterranean Theater of Operations Sicily and The Surrender of Italy, Washington 1965, Neudruck 1993

UNITED STATES ARMY IN WORLD WAR II. The Mediterranean Theater of Operations SALERNO TO CASSINO by Martin Blumenson, Washington 1967, Neudruck 1993

UNITED STATES ARMY IN WORLD WAR II. The European Theater of Operations Cross-Channel Attack by Gordon A. Harrison Washington 1951, Neudruck 1993

Diese Darstellungen finden sich auf der Internetseite des US Army Military History Institute:

<http://www.history.army.mil/html/bookshelves/collect/usaww2.html>

Eine Britische Darstellung: Victory in the West Volume I: Battle of Normandy, Major L. F. Ellis et al., 1968

tärhistorikern wird eingeschätzt, die Landung in Sizilien habe einen größeren Kräfteansatz gehabt, als die Landung in der Normandie. Damit sei bewiesen, dass es 1943 nicht an den nötigen Kräften, besonders an Landemitteln, gefehlt habe, um schon zu diesem Zeitpunkt an der französischen Küste zu landen.

Die britische Landung auf dem italienischen Festland in Kalabrien fand ebenfalls kaum Widerstand, der Hafen von Taranto wurde von Schiff aus ohne Kampf besetzt. Die amerikanisch-britische Landung bei Salerno, nahe Neapel („Operation Avalanche/Lawine“), am 9.9.1943, stieß dagegen von Beginn an auf deutschen Widerstand, zumal die Landungskräfte aus Gründen der Überraschung auf vorherige Luftangriffe verzichtet hatten. Der Antransport der Landungstruppen erfolgte vorwiegend von der nordafrikanischen Küste, also über eine relativ große Entfernung. Erst am 2. Tag konnten die Teillandungen vereinigt werden. Gegen die Landungskräfte wurden schon am 2. Tag 5 deutsche motorisierte und Panzerdivisionen eingesetzt. Bis zum 16. September landeten die Alliierten 163 000 Mann, die 5. US-Armee und die britische 8. Armee. Die Deutschen traten schließlich den Rückzug auf vorbereitete Stellungen an. Gegen die deutschen Stellungen quer über das italienische Festland kämpften Engländer, Amerikaner und Franzosen noch 18 Monate. Die Landung von Anzio (Operation Shingle/Dachschindel ab 22.1.1944) sollte diese Verteidigungsstellungen umgehen. Es wurden 36 000 Mann und 3200 Fahrzeuge (rund 2 Divisionen) mit der ersten Welle angelandet, gefolgt von weiteren 120 000 Mann bis Ende Mai). Es gelang zwar den Brückenkopf gegen starke deutsche Gegenangriffe zu halten, aber das Ziel der Einnahme von Rom und Zusammenbruch der deutschen Verteidigungsstellungen bei Monte Cassino (Gustav-Linie) wurde mit der Landung selbst nicht erreicht.

Die Operation „Overlord“ ( die entscheidende Schlacht des zweiten Weltkrieges, so der US-Historiker Ambrose und viele andere) hat wohl eine der längsten Planungsgeschichten der Militärgeschichte, seit Herbst 1941 gab es die ersten Planungen, die 1942 und 1943 unter veränderten Bedingungen fortgeführt und erst zwischen Januar und April 1944 im wesentlichen beendet wurden. Die endgültigen Operationspläne (siehe Appendix E Cross-Channel-Attack, S. 468f.), insbesondere der Operation „Neptun“, der Landungsphase selbst, wurde schließlich bis April 1944, die Planung der Korps und Divisionen bis Ende Mai abgeschlossen. Die Planungsdirektive für „Neptun“ stammt vom 1. Februar 1944<sup>120</sup>, die Direktive der 21. Armeegruppe, die die Landstreitkräfte befahl, vom 7. März. Es handelt sich um einige hundert Seiten, mit Unterplänen mehrere tausend Seiten, die weitgehend im Internet veröffentlicht sind. Die ursprüngliche Planung des seit 1943 feststehenden Landeabschnittes an der Halbinsel Cotentin wurde von 3 auf 5 Divisionen verbreitert ( rund 100 km), an beiden Seiten wurden weiter je eine Luftlandedivision eingesetzt. Gleichzeitig wurde Mitte April die weitere Planung bis D-190 vorgenommen, zu diesem Zeitpunkt, voraussichtlich Ende 1944, wollte man in Deutschland eindringen. Die Breite der Landungsfront betrug 98 km, zwischen den Landeabschnitten bestanden Lücken. Insgesamt wurden in den ersten 24 Stunden rund 150 000 Mann per Schiff oder aus der Luft gelandet, die Landung wurde mit mehr als 11 000 Flugzeugstarts gedeckt. Am Ende des Monats Juni waren 850 000 Mann im Brückenkopf im Kampf. Am 30. Juli 1944 gelang der 3. US-Armee unter General Patton bei Avranches der Ausbruch aus der Normandie. Der Kampf in der Tiefe begann gegenüber den Planungen verspätet, konnte dann aber schnell ein- bzw. sogar überholt werden. Insgesamt wurden in der Normandie 19 US-Divisionen und 13 britische, 4 kanadische, 1 polnische, 1 französische Division, 1 belgische, 1 niederländische und eine tschechische Brigade eingesetzt. Das war in etwa die Zahl der Verbände, die bereits 1942/43 in den Planungen vorgesehen waren.

Welche Vorstellungen gab es in der deutschen Führung von der Bildung einer „zweiten Front“, d.h. einer strategisch entscheidenden Landung in Westeuropa, durch die Alliierten?

Die deutsche Führung hatte 1941 nie, 1942 nur in geringem Masse und erst 1943 mit ernsthaften Versuchen der westlichen Alliierten zur Landung auf dem europäischen Kontinent gerechnet. Der Historiker und Führer des Kriegstagebuchs des OKW, Percy Ernst

<sup>120</sup> Initial Joint Plan in: <http://www.britannica.com/dday/article-9400218> ).Die Direktive des SHAEF stammt vom 10. März (in: <http://www.ibiblio.org/hyperwar/ETO/Overlord/Overlord-SHAEF-Dir.html>

Schramm, kommt in der Einleitung zum Kriegstagebuch des OKW Bd. 4 1944-1945, zu folgender Einschätzung: „Wären die Alliierten bereits 1943 gelandet, so hätten sie im Westen an deutschen Kräften gefunden: Divisionen, die im Osten zerschlagen waren und hier wieder aufgefrischt wurden, „bodenständige“ Divisionen, d.h. solche die im Gelände nicht beweglich waren, und Neuaufstellungen, jedoch sehr wenig kampfkraftige Verbände. Hätte die Landung im Frühjahr 1944 stattgefunden, dann wäre ihre Situation für sie nicht mehr ganz so günstig gewesen, und von da an half der deutschen Seite jede Woche weiter, da neue Verbände einsatzbereit wurden.“<sup>121</sup>

Zusammenfassend möchte ich feststellen:

- Von der sowjetischen Führung wurde ab Juli/August 1941 im Rahmen der sich herausbildenden Anti-Hitlerkoalition die Forderung nach Eröffnung einer „zweiten Front“ auf dem europäischen Kontinent, in Nordfrankreich, als Entlastung der Kämpfe an der sowjetisch-deutschen Front gefordert. Ab 1942 wurde dies zu einer populären Losung breiter Schichten der Bevölkerung besonders in England und den USA.

- Die sowjetische Führung versuchte von 1942 an, eine verbindliche Zusage der Westmächte für die Landung zunächst 1942, dann 1943 und schließlich für den frühest möglichen Zeitpunkt 1944 zu erreichen. Dies gelang erst auf den Konferenzen von Moskau und Teheran im Oktober/November 1943.

- Die sowjetische Führung konnte also das eigentliche Ziel, eine möglichst frühe, die Kämpfe der Roten Armee möglichst umfangreich entlastende „zweite Front“ der westlichen Alliierten zu erzielen, nicht erreichen. Ob sie die Forderungen trotzdem immer wieder bis Ende 1943 stellte, weil sie die Westmächte politisch und moralisch unter Druck setzen wollte, um wenigstens kontinuierliche, umfangreiche Rüstungs- und Wirtschaftslieferungen zu bekommen, wie es der sowjetische Botschafter in London, Maiski, bereits 1941 empfohlen hat, kann zur Zeit nicht beurteilt werden.

- Ob die sowjetische Seite durch Teilnahme an den internationalen Konferenzen spätestens seit Casablanca Januar 1943 und durch bessere militärisch-politische Kooperation unter Ausnutzung der vorhandenen Widersprüche zwischen den USA und Großbritannien bereits 1943 eine „zweite Front“ errungen hätte, kann zur Zeit wegen fehlender sowjetischen Dokumente nicht entschieden werden.

- Von den amerikanischen und den britischen Militärstäben wurden Planungen seit 1942 durchgeführt (die Briten schon 1941 geprüft, aber bereits von den Stäben verworfen) und den politischen Führungen zur Entscheidung vorgelegt. Sowohl 1942 als auch 1943 wurden die Planungen zugunsten der Mittelmeerstrategie verworfen. Diese wurde vor allem von der britischen politischen und militärischen Führung betrieben, konnte 1942 und 1943 die politische Führung der USA dazu gewinnen. Daher wurde erst im Spätherbst 1943 die politische Entscheidung für die Durchführung einer Landeoperation auf dem französischen Festland, die Operation „Overlord“ im Mai 1944, gefällt.

- Die Entscheidung, die Landung in Westeuropa so spät durchzuführen, war vorrangig politisch bestimmt, auch ökonomische Ziele spielten eine Rolle. Militärisch wäre spätestens 1943 die Möglichkeit einer erfolgreichen Landung in Nordfrankreich vorhanden gewesen.

- Die Landung in der Normandie war eine der wichtigsten Schlachten des 2. Weltkrieges, an der neben den amerikanischen, britischen, kanadischen auch französische, polnische, belgische, niederländische Truppen und die Widerstandsbewegungen der besetzten westeuropäischen Länder beteiligt waren. Damit gehört sie für immer zu den positiven Traditionen der Militärgeschichte.

## Literaturverzeichnis

---

<sup>121</sup> Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) Band IV: 1. Januar 1944 – 27.5.1945, Broschierte Ausgabe Herrsching 1982, Teilband IV,1 S.19.

- Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941 – 1945, Berlin 1961 (nach der russischen Ausgabe von 1957), (in Zukunft zitiert als: Briefwechsel)
- CHURCHILL, WINSTON S.: Der Zweite Weltkrieg : Mit e. Epilog über d. Nachkriegsjahre. [Einzige berecht. Übertr. aus d. Engl.] Stuttgart, München, Zürich 1962
- CHURCHILL, WINSTON S.: Reden in Zeiten des Krieges. Ausgewählt, eingeleitet und erläutert von Klaus Körner. Aus dem Englischen übersetzt von Walther Weibel. Europa Verlag, Hamburg/Wien 2002. (enthält Rede zum Überfall auf die SU am 22.6.1941)
- CHURCHILL, WINSTON S.: The Second World War. vol. 1. The Gathering Storm. London : Cassell & Co. 1948.
- CHURCHILL, WINSTON S.: The Second World War. vol. 2. Their Finest Hour. London : Cassell & Co. 1949.
- CHURCHILL, WINSTON S.: The Second World War. vol. 3. The Grand Alliance. London : Cassell & Co. 1950.
- CHURCHILL, WINSTON S.: The Second World War. vol. 4. The Hinge of Fate. London : Cassell & Co. 1951.
- CHURCHILL, WINSTON S.: The Second World War. vol. 5. Closing the Ring. London : Cassell & Co. 1952.
- CHURCHILL, WINSTON S.: The Second World War. vol. 6. Triumph and Tragedy. London : Cassell & Co. 1954.
- Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Band 6 Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941 – 1943. Stuttgart 1990
- Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Band 7 Das Deutsche Reich in der Defensive. Strategischer Luftkrieg in Europa. Krieg im Westen und in Ostasien 1943 – 1944/45, Stuttgart 2001
- Deutschland im zweiten Weltkrieg, Band 3 Der grundlegende Umschwung im Kriegsverlauf (November 1942 bis September 1943) 2. durchgesehene Auflage Berlin 1982
- Deutschland im zweiten Weltkrieg, Band 4. Das Scheitern der faschistischen Defensivstrategie an der deutsch-sowjetischen Front (August bis Ende 1943), Berlin 1981
- Die Sowjetunion auf den internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 – 1945: Band 2 Die Teheraner Konferenz 1943, Moskau/Berlin 1986
- Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 – 1945: Band 1 Die Moskauer Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritannien 1943, Moskau/Berlin 1988
- Dokumenty vnešnej politiki SSSR, tom XXIV, 22 ijunja 1941 g. – 1 janvarja 1942 g., Moskva 2000
- Falin, Valentin Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition 1995 (russ. 2000)
- FRUS. The Conferences at Cairo and Tehran, 1943 US. Department of State. Washington, DC 1961, Internet: <http://digicoll.library.wisc.edu/cgi-bin/FRUS/FRUS-idx?id=FRUS.FRUS1943CairoTehran>
- FRUS. The Conferences at Washington and Quebec, 1943 US. Department of State. Washington, DC: 1970, Internet: <http://digicoll.library.wisc.edu/cgi-bin/FRUS/FRUS-idx?type=header&id=FRUS.FRUS1943>
- FRUS. The Conferences at Washington, 1941 1942, and Casablanca, 1943 US. Department of State. - Washington, DC 1968. Internet: <http://digicoll.library.wisc.edu/cgi-bin/FRUS/FRUS-idx?type=header&id=FRUS.FRUS194143>
- Gavrilov, Viktor Tegeranskaja konferenzija 1943 g. i problema vtorovo fronta, auf der Internetseite des russischen Verteidigungsministeriums (abgerufen am 2.9.2014): <http://encyclopedia.mil.ru/encyclopedia/history/more.htm?id=11877349@cmsArticle>
- Germany First: The Basic Concept of Allied Strategy on World War II by Louis Morton, in: COMMAND DECISIONS Edited with Introductory Essay by Kent Roberts Greenfield , Washington 2000 (Erstauflage 1960) , S. 11 – 48
- Higgins T.H. Winston Churchill and the Second Front New York 1957
- Higgins, T. Winston Churchill and the Second Front, 1940 – 1943 New York 1957

Kirkpatrick, Charles E. *An Unknown Future and A Doubtful Present: Writing the Victory Plan of 1941*, Washington 1992

Laufer, Jochen: *Pax Sovietica: Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941-1945* 2009 , S. 176f.

Lytton, Avram *In the House of Rimmon: British Aid to the Soviet Union, June - September 1941* Universität of Calgary 2012 MA-Thesis. Internetadresse abgerufen 21.8. 2014:

[http://theses.ucalgary.ca/bitstream/11023/255/2/ucalgary\\_2012\\_lytton\\_avram.pdf](http://theses.ucalgary.ca/bitstream/11023/255/2/ucalgary_2012_lytton_avram.pdf)

Maiski, Ivan M. *Memoiren eines sowjetischen Botschafters*. Berlin 1967, (russ. Original 1964)

Morton, Louis "Germany First: The Basic Concept of Allied Strategy in World War II," in: Kent Roberts Greenfield, ed., *Command Decisions*, Washington, DC: U.S. Army Center of Military History, 1984, pp. 34-39.

Morton, Louis *Strategy and Command: The First Two Years* (Washington: Department of the Army, 1962)

Overy, Richard: *Russlands Krieg 1941-1945* 2003 (engl. 1998)

Ressa, Keith T., *Americas color coded war plans and the Evolution of Rainbow Five*, M.A. Thesis by Liberty University Lynchburg 2010

Ross, Steven T., *American War Plans, 1941-1945: The Test of Battle*, London/Portland 1997

Stalin i Čerčill' : vstreči, besedy, diskussii ; dokumenty, komentarii (1941 -

1945)/Ržeševskij, Oleg A.. - Moskva , 2004 (Ржешевский О. А. Сталин и Черчилль. Встречи. Беседы. Дискуссии. Документы, комментарии. 1941-1945. —Москва, 2004)

Stalin J. W. *Über den Großen Vaterländischen Krieg*, 3. Auflage Moskau 1946

Stoler, Mark A., *Allies and Adversaries, The Joint Chiefs of Staff, The Grand Alliance, and U.S. Strategy in World War II*, The University of North Carolina Press, 2000

The European Campaign. Its Origins and Conduct SSI-pub-1075 2011 Internetseite

<http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/display.cfm?pubID=1075> (abgerufen 1.9.2014)

The Tripartite Conference in Moscow, October 18-November 1, 1943,in: *Foreign Relations of the United States Diplomatic Papers 1943 Volume I General*, Washington: 1963 im Internet

<http://digicoll.library.wisc.edu/cgi-bin/FRUS/FRUS-idx?type=div&did=FRUS.FRUS1943v01.i0017&isize=text> (abgerufen am 2.9.2014)

Trident Conference Papers, edited by Office of the Combined Chiefs of Staff 1943 in:

<http://www.ibiblio.org/hyperwar/Dip/Conf/Trident/TRIDENT.PDF> (abgerufen am 1.9.2014)

### **United Kingdom Military Series:**

The Mediterranean and Middle East

Volume IV: *The Destruction of the Axis Forces in Africa*, Major-General I. S. O. Playfair, Brigadier C. J. C. Molony et al., 1966

Volume V: *The Campaign in Sicily, 1943 and the Campaign in Italy, 3 September 1943 to 31 March 1944*, Brigadier C. J. C. Molony et al., 1973

Volume VI, Part 1: *Victory in the Mediterranean: 1 April to 4 June 1944*, General Sir William Jackson et al., 1984

*Victory in the West Volume I: Battle of Normandy*, Major L. F. Ellis et al., 1968

### **UNITED STATES ARMY IN WORLD WAR II:**

*The European Theater of Operations Cross-Channel Attack* by Gordon A. Harrison Washington 1951, Neudruck 1993

*The Mediterranean Theater of Operations Sicily and The Surrender of Italy*, Washington 1965, Neudruck 1993

*The Mediterranean Theater of Operations Northwest Africa: Seizing the Initiative in the West* by George F. Howe Washington 1957, Neudruck 1993

*The Mediterranean Theater of Operations: Northwest Africa: Seizing The Initiative In The West* by George F. Howe, Washington 1956, Neudruck 1993

*The Mediterranean Theater of Operations SALERNO TO CASSINO* by Martin Blumenson, Washington 1967, Neudruck 1993

The War Department: Chief Of Staff: Prewar Plans And Preparations by Mark Skinner Watson, Washington 1950, Neudruck 1991

The War Department: Strategic Planning for Coalition Warfare 1941-1942 by Maurice Matloff and Edwin M. Snell, Washington 1953, Neudruck 1990

The War Department: Strategic Planning For Coalition Warfare 1943-1944 by Maurice Matloff Washington 1959, Neudruck 1990,

The War Department: Washington Command Post: The Operations Division by Ray S. Cline, Washington 1951, Neudruck 1990,

United States Department of State / *Foreign relations of the United States. Conferences at Washington and Quebec, 1943* (1943) The third Washington Conference, pp.

[unnumbered]-387, in: <http://digicoll.library.wisc.edu/cgi-bin/FRUS/FRUS-idx?type=article&did=FRUS.FRUS1943.i0009&id=FRUS.FRUS1943&isize=XL>

Weinberg, Gerhard L. *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs.* Stuttgart 1995. (*A World at Arms : A Global History of World War II*, Cambridge [Eng.]; New York: 1994, revised edition 2005)

Виктор Гаврилов, ведущий научный сотрудник Научно-исследовательского института (военной истории) Военной академии Генерального штаба ВС Р Тегеранская конференция 1943 г. и проблема второго фронта, Internetseite (abgerufen am 1.9.2014):

<http://encyclopedia.mil.ru/encyclopedia/history/more.htm?id=11877349@cmsArticle>

Документы внешней политики СССР. Том XXIV. 22 июня 1941 г. — 1 января 1942 г. — Moskva, 2000;

Документы внешней политики СССР, том XXV, в двух книгах, Тула, 2010 г. Тираж 500 экз.;

Харламов Н.М. Трудная миссия. / Литературная запись В.И. Титова при участии В.В. Веселовского. — М.: Воениздат, 1983 in:

[http://militera.lib.ru/memo/russian/harlamov\\_nm/index.html](http://militera.lib.ru/memo/russian/harlamov_nm/index.html)

Чуркина, Ольга Александровна Проблема открытия второго фронта в англо-американских отношениях Диссертация Рязань 2010 (Internet, abgerufen am 22.08.2014

<http://www.dissercat.com/content/problema-otkrytiya-vtorogo-fronta-v-anglo-amerikanskikh-otnosheniyakh>)

Dr. Reiner Zilkenat

„...go very slowly with the conversations...“

### **Bemerkungen zur britischen Außenpolitik im Kontext der Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939<sup>122</sup>**

Verfolgt man die vor kurzem in den herrschenden Medien publizierten Beiträge anlässlich des 75. Jahrestages der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939, so wird bei den Leserinnen und Lesern der Eindruck hervorgerufen, als existiere eine doppelte Verantwortung für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Nicht der deutsche Faschismus und sein selbsternannter „Führer“ Adolf Hitler allein hätten den folgenschwersten Krieg der Weltgeschichte herbeigeführt. Vielmehr seien Deutschland *und* die Sowjetunion, Hitler *und* Stalin gemeinsam – mitunter wird auch die Reihenfolge absichtsvoll verkehrt: Stalin und Hitler – in gleicher Weise für die Auslösung des Zweiten Weltkrieges verantwortlich.

Diese Sichtweise ist bekanntlich wenig originell. Sie gehört seit jeher zum Standardrepertoire der meisten bürgerlichen Historiker und Publizisten. Sie dient insbesondere als Beleg für den Wahrheitsgehalt der Totalitarismuskonzeption. An dieser Stelle soll ein Aspekt in der gebotenen Kürze beleuchtet werden, der bei all diesen Publikationen keine Rolle zu spielen pflegt. Es geht um die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich, die *vor* dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages in Moskau begonnen hatten und deren Vorgeschichte und Verlauf ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Verlogenheit oder Inkompetenz der meisten bürgerlichen Autorinnen und Autoren werfen, die sich der Thematik des deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrages widmen. Worum geht es?

Nach dem Abschluss des Münchner Abkommens, der Lostrennung der so genannten sudetendeutschen Gebiete und dem Einmarsch der Nazi-Wehrmacht in die – wie die Faschisten es nannten – „Rest-Tschechei“ im Zeitraum vom September 1938 bis zum März 1939 stand die Frage auf der Tagesordnung, wie der Expansionsdrang Hitlerdeutschlands, sein zielgerichteter Weg in einen neuen Weltkrieg endlich gestoppt werden könnte. Dabei spielte die Politik Großbritanniens eine Schlüsselrolle. Welchen Rahmenbedingungen musste sich die Außenpolitik dieses Landes stellen?<sup>123</sup>

#### **Großbritannien zwischen den Weltkriegen – Großmacht im Abstieg?**

Die ökonomische, politische und militärische Lage der einstigen „Weltmacht Nr. 1“ hatte sich seit dem Ende des 1. Weltkrieges kompliziert. Die USA hatten Großbritannien als führende kapitalistische Macht abgelöst. Aus seiner einstigen Position als größter Gläubiger, als Weltfinanzzentrum und „workshop of the world“ sowie als maritime Supermacht war man jeweils durch die USA verdrängt worden. Nicht mehr die Londoner City, sondern die Wall Street zog weltweit die größten Kapitalströme an. Nicht mehr das Pfund Sterling, sondern der US-Dollar war inzwischen zur globalen Leitwährung avanciert. In Europa war bereits seit Mitte der zwanziger Jahre Deutschland als Wirtschaftsmacht an Großbritannien vorbeigezogen. Überdies erwies sich der riesige Kolonialbesitz immer mehr als ein Klotz am Bein des Empire. Die Bestrebungen nach nationaler Unabhängigkeit, nicht zuletzt in Indien, das jahrzehntelang als „Perle der britischen Krone“ angesehen worden war, führten zu immer zahlreicheren Demonstrationen und auch zu bewaffneten Aufständen. Immer häufiger war von Großbritannien als von einem „Koloss auf tönernen Füßen“ die Rede, dessen globale Ver-

<sup>122</sup> Stark erweiterte Fassung eines Vortrages vor dem Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE vom 6. September 2014. Die Vortragsform wurde beibehalten, die Anmerkungen weitgehend auf den Nachweis der Zitate beschränkt.

<sup>123</sup> Siehe zum Folgenden Mirjam Kölling: Aspekte britischer Außenpolitik in den zwanziger Jahren, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im Folgenden: ZfG), 21. Jg., 1973, H. 11, S. 1423ff.; A.J.P. Taylor: English History 1914-1945, Oxford u. New York 2001 (The Oxford History of England), S. 321ff.; Zum Gesamtzusammenhang: Gilbert Ziebura: Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24 bis 1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a.M. 1984.

pflichtungen die realen Ressourcen des Landes überforderten („over-commitment“). Die strategische Lage des Vereinigten Königreiches war überdies seit 1933 durch die Existenz dreier aufstrebender, aggressiver Mächte gekennzeichnet, die das Empire in Europa, im Mittelmeerraum und in Asien existenziell bedrohten: den deutschen und den italienischen Faschismus sowie den japanischen Militarismus. So weit einige wenige Stichworte zur Lage des Landes am Vorabend des Zweiten Weltkrieges.

Die unbezweifelbare Existenz dieser Indikatoren eines allmählichen Bedeutungsverlustes des Landes als imperialistischer Großmacht bedeutete jedoch nicht, dass es seinen Status als politische, ökonomische und militärische Großmacht bereits verloren gehabt hätte. Dies ist wichtig festzuhalten, weil die bürgerliche Forschung zur britischen Außenpolitik zwischen den beiden Weltkriegen in der Regel die These vertritt, dass Großbritannien vor allem das militärisch immer stärker aufrüstende faschistische Deutschland nur durch eine alternative Politik der Beschwichtigung, das so genannte Appeasement<sup>124</sup>, in seinem Expansionsdrang einzudämmen imstande war, nicht durch eine Politik kollektiver Sicherheit mit einer Option glaubhafter militärischer Abschreckung und Gegenwehr im Falle einer faschistischen Aggression, wie sie seit Beginn der dreißiger Jahre von der sowjetischen Führung vorgeschlagen wurde. Eine adäquate Aufrüstung der britischen Streitkräfte, das so genannte rearmament, sei für das Land aus ökonomischen Gründen nur unvollkommen und innerhalb eines längeren Zeitraums, zumal gegen starke innenpolitische Widerstände, durchzusetzen gewesen.<sup>125</sup>

Demgegenüber schätzten Adolf Hitler und seine engsten Gefolgsleute die militärischen Potenziale des Vereinigten Königreiches für den schnellen Aufbau und die Ausrüstung von starken Heeres- und Luftstreitkräften als nicht geringfügig ein. Sicherlich spielten hier ihre Erfahrungen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges eine gewisse Rolle. Jedenfalls taten sie alles Erdenkliche, um bis „fünf Minuten vor zwölf“ einen Kriegseintritt Großbritanniens zu verhindern. Diesem Ziel diente auch die vom „Führer“ des deutschen Faschismus persönlich befohlene Personalie, der Joachim von Ribbentrop am 11. August 1936 zum deutschen Botschafter in London ernannt und ihn im Februar 1938 zum Außenminister in der Nachfolge des deutschnationalen Altkonservativen Constantin Freiherr von Neurath berufen hatte. Bereits 1935 hatte sich Ribbentrop seinen Ruf als angeblich ausgezeichnete „Sachkenner“ der englischen Politik erworben, als er im Range eines „Sonderbotschafters“ das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni dieses Jahres aushandelte, in dessen Ergebnis die deutsche Flotte künftig – entgegen aller Bestimmungen des Versailler Vertrages – bis zu einem Drittel der Stärke der Royal Navy aufgerüstet werden durfte.<sup>126</sup>

Tatsächlich standen Großbritannien, ungeachtet aller nicht zu leugnenden politischen und ökonomischen Probleme, nach wie vor die nicht gering zu schätzenden Potenzen des weltweiten Empire zur Verfügung. Außerdem musste stets bedacht werden, dass – analog zur Situation im Ersten Weltkrieg – die diplomatisch-politische, wirtschaftliche, finanzielle und im Zweifelsfalle auch militärische Unterstützung Großbritanniens durch die USA ins Kalkül zu ziehen war.

<sup>124</sup> Siehe Montgomery Hyde: Neville Chamberlain: Der glücklose Staatsmann, München 1982, S. 119ff.; Siegfried Büniger: Die Beschwichtigungspolitik Großbritanniens – Ursachen und Motive, in: Werner Röhr, Brigitte Berlekamp u. Karl-Heinz Roth, Hrsg.: Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomie der „friedlichen“ Aggressionen Deutschlands 1938/39, Hamburg 2001, S. 294ff.

<sup>125</sup> Zu dieser Thematik nach wie vor sehr lesenswert: F. Coghlan: Armaments, economic policy and appeasement. Background to British foreign policy, 1931-7, in: History, Vol. 54, 1972, S. 205ff. Siehe auch J.P.D. Dunbabin: British rearmament in the 1930s: A chronology and review, in: The Historical Journal, Vol. 18, 1975, S. 587ff.; David G. Anderson: British Rearmament and the „Merchants of Death“: The 1935-36 Royal Commission on the Manufacture of and Trade in Armaments, in: The Journal of Contemporary History, Vol. 29, 1994, S. 5ff.

<sup>126</sup> Siehe Handbuch der Verträge 1871-1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen. Hrsg. von Helmuth Stoecker u. Adolf Rüger, Berlin-DDR 1968, S. 276ff.; Charles Bloch: Das Dritte Reich und die Welt. Die deutsche Außenpolitik 1933-1945, Paderborn u.a. 1992, S. 114ff.; Winston Churchill: Der Zweite Weltkrieg. 1. Bd.: Der Sturm zieht auf, Hamburg 1949, S. 172ff.



## Sympathien für den deutschen Faschismus

Wir wollen an dieser Stelle allerdings einen Gesichtspunkt hervorheben, der bei der Beurteilung der Politik des Landes gegenüber dem deutschen Faschismus von sehr wesentlicher Bedeutung ist und von vielen bürgerlichen Autoren aus verständlichen Gründen außer Acht, wenn man so will: rechts liegen gelassen oder als ein randständiges Phänomen abgetan wird: Die partielle Übereinstimmung mit dem Hitlerfaschismus als eines Instrumentes, das der verhassten Sowjetunion auf dem europäischen Kontinent Paroli bieten und die ein nicht unerwünschtes Objekt des Expansionsdranges der Nazis werden sollte. Dass darüber hinaus bei den ökonomisch und politisch Herrschenden auf der Insel durchaus auch gewisse Sympathien für die Innenpolitik des deutschen Faschismus anzutreffen waren, besonders die Unterdrückung und Zerschlagung der Arbeiterbewegung betreffend, darf nicht verschwiegen werden.<sup>127</sup> Vor allem innerhalb der Aristokratie erfreuten sich der deutsche Faschismus und sein „Führer“ wachsender Beliebtheit. Die Anglo-German-Fellowship und der Cliveden Set waren Kristallisationspunkte der Sympathisanten Hitlerdeutschlands. Lord und Lady Astor sowie Lord Londonderry galten als die am meisten engagierten Parteigänger des faschistischen Terrorregimes in Deutschland.<sup>128</sup>

Kein Geringerer als der ehemalige Premierminister David Lloyd George formulierte während einer Debatte im Unterhaus am 28. November 1934, was nicht wenige Politiker und Aristokraten aus diesen Kreisen dachten:

„Ich sage voraus, dass in einer sehr kurzen Zeit – vielleicht nicht ein, vielleicht nicht zwei Jahre – die konservativen Elemente in England auf Deutschland als ein Bollwerk gegen den Kommunismus in Europa blicken werden. Wenn Deutschland vor dem Kommunismus niederbricht und der Kommunismus Deutschland ergreift, so wird Europa folgen, weil die Deutschen es am besten bewerkstelligen würden. Ihr werdet Deutschland als Euren Freund begrüßen.“<sup>129</sup>

Und für die Sympathien einer nach Osten gerichteten Expansion des Hitlerfaschismus unter führenden britischen Politikern und Diplomaten sei aus einem Bericht des Botschafters in Berlin, Sir Neville Henderson, vom 15. März 1939 zitiert – es war der Tag des Einmarsches der Nazi-Wehrmacht in Prag:

„Der ‚Drang nach Osten‘ ist eine Realität, während der ‚Drang nach Westen‘ erst dann dazu wird, wenn Deutschland findet, dass alle Wege nach dem Osten versperrt sind, oder wenn der Widerstand des Westens so sein wird, dass er Hitler überzeugt, er könne nicht ostwärts gehen, ohne zuerst diesen Widerstand ausgeschaltet zu haben. Deutschlands kontinentale Zukunft liegt im Osten, und das ist möglicherweise gar nicht so schlecht.“ („Germany’s continental future lies eastward and it is probably not unfortunate that it should be so.“)<sup>130</sup>

Derartige Anschauungen lagen der gesamten Appeasement-Politik des britischen Imperialismus zugrunde. Sie waren durchaus keine Randerscheinungen. Das Motiv, die Nazis eine Politik der „sozialen Revanche“ gegenüber der Sowjetunion ausführen zu lassen – und

<sup>127</sup> Bereits die Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 und die ersten Maßnahmen der Nazi-Regierung lösten in Kreisen der Herrschenden in Großbritannien durchaus eine gewisse Zustimmung und eine von Sympathie geprägte Erwartungshaltung aus. Siehe hierzu Mirjam Kölling: Reaktionen der herrschenden Kreise Großbritanniens auf die Machtübertragung an die Faschisten in Deutschland, in: ZfG, 31. Jg., 1983, H. 11, S. 1004ff.

<sup>128</sup> Siehe Karlheinz Schädlich: „Appeaser“ in Aktion. Hitlers britische Freunde in der Anglo-German Fellowship, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 3, 1969, S. 197ff.; Ian Kershaw: Hitlers Freunde in England. Lord Londonderry und der Weg in den Krieg, München 2005. Lord Londonderry schrieb z.B. 1937: „Nehmen wir offen die Tatsache der Rehabilitierung Deutschlands als Weltmacht hin und versuchen wir, wenn wir können, in Harmonie mit ihm zu arbeiten, denn von unserem gegenseitigen guten Willen hängt nach meiner Überzeugung in allererster Linie die Sicherung des Friedens in den kommenden Jahren ab.“ Berliner Lokal-Anzeiger, Nr. 80, 3.4.1937.

<sup>129</sup> Deutsches Nachrichtenbüro, Nr. 346, 28.11.1934, S. 23, in: Bundesarchiv Berlin, R 2501/4026, unfol.

<sup>130</sup> Documents on British Foreign Policy 1919-1939, 3rd Series, Vol. IV, London 1951, S. 216.

ihr damit zu gestatten, letztlich eine Politik im Interesse aller imperialistischen Großmächte zu realisieren – neben anderen Ursachen, die zum Appeasement führten und die die weiter oben skizzierten ökonomischen und politischen Existenzbedingungen des britischen Imperialismus betrafen, ist nicht zu leugnen. Dieses Motiv ist aus vielerlei Quellen zu rekonstruieren – Reden und Schriften von Abgeordneten, Diplomaten, gesellschaftlich einflussreichen Angehörigen der Aristokratie und Regierungsmitgliedern, nicht zuletzt aus zahlreichen Artikeln einflussreicher Presseorgane.

### **Auseinandersetzungen über das Verhältnis zur Sowjetunion**

Das Münchner Abkommen vom 29. September 1938, das ja nicht nur einen politischen, sondern ebenfalls einen moralischen Bankrott der Appeasement-Politik bedeutete, stimulierte bei den Führern des deutschen Faschismus ihre Bereitschaft zu weiterem außenpolitischen Abenteuererum.

Mit dem Einmarsch der Nazi-Wehrmacht in das nach dem Münchner Abkommen noch verbliebene Staatsgebiet der CSR am 15. März 1939, bei dem die Westmächte einmal mehr tatenlos zusahen, erhöhte sich die Kriegsgefahr in Europa schlagartig, zumal Hitler kein Geheimnis aus seiner Absicht machte, jetzt die territorialen Ansprüche des deutschen Imperialismus gegenüber Polen einzufordern. Endgültig hatte sich die Richtigkeit der sowjetischen Auffassung erwiesen, dass nicht die Beschwichtigung der Faschisten, sondern nur ein System kollektiver Sicherheit mit einer glaubhaften militärischen Komponente dem faschistischen Expansionsdrang Einhalt gebieten konnte. Die Politik des Appeasement war vollständig gescheitert. Doch zogen die Regierenden in London daraus die notwendigen Lehren?

Davon konnte zum Unglück für den Frieden in Europa und in der Welt keine Rede sein. Am 21. und 22. März 1939 konferierten der Premierminister Neville Chamberlain und sein Außenminister Lord Halifax mit der französischen Regierung in London.<sup>131</sup> Dabei waren sie übereinstimmend der Anschauung, dass die Einbeziehung der Sowjetunion in ein Vertragssystem gegen den deutschen Faschismus nicht opportun sei. Die UdSSR sei „unzuverlässig“ und „unfähig“, wirksame militärische Hilfe gegen weitere deutsche Überfälle auf Staaten Mittel- und Osteuropas zu leisten. Zunächst müsse die Kooperation mit Polen – ohne die Einbeziehung der Sowjetunion – hergestellt werden. Deshalb wurde der UdSSR auch lediglich der Abschluss eines „Konsultativpaktes“ vorgeschlagen, der im Falle einer erneuten Aggression in Europa die Kontaktaufnahme der Regierungen in Paris, London und Moskau vorsah, um notwendige Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Dürftigkeit, besser: die fehlende Ernsthaftigkeit dieses Vorschlages lag auf der Hand. Lediglich der französische Außenminister Georges Bonnet verlangte – so schreibt er in seinen Memoiren – „den Abschluss einer Militärkonvention mit Russland, denn meiner Meinung nach hatte die europäische Spannung einen äußerst ernsten Grad erreicht.“<sup>132</sup>

In dieser Situation insistierte die Sowjetunion mit besonderer Dringlichkeit bei den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs, endlich Militärdelegationen nach Moskau zu entsenden, um gemeinsam militärische Aktionen für den Fall einer weiteren faschistischen Aggression vorzubereiten und aufeinander abzustimmen. Zugleich, am 17. April 1939, übermittelte der sowjetische Außenminister Maxim Litwinow dem britischen Botschafter, Sir William Seeds, den Entwurf eines Beistandspaktes und einer Militärkonvention zwischen der UdSSR, Großbritannien und Frankreich, die im Falle einer Aggression Hitlerdeutschlands dem betreffenden Staat in Mittel- bzw. Südosteuropa wirksame militärische Hilfe gewähren sollte. Dabei legte die sowjetische Seite Wert auf konkrete und alle Seiten bindende Absprachen. Die immer wieder angemahnte Antwort aus London und Paris ließ jedoch auf sich warten. Dort spielte man auf Zeit.

In einem Bericht des deutschen Botschafters in London, Herbert von Dirksen, an das Auswärtige Amt vom 11. Mai 1939 schätzte der Diplomat realistisch ein, „dass die englische Re-

<sup>131</sup> Siehe zum Folgenden Georges Bonnet: Erinnerungen eines französischen Außenministers 1938-1939, Köln 1951, S. 190ff.

<sup>132</sup> Ebenda, S. 229.

gierung die Entscheidung hierüber möglichst lange hinaus schieben möchte.“<sup>133</sup> Dabei konnten sich die westlichen Regierungen darauf berufen, dass das potenzielle nächste Opfer eines Überfalls durch Hitlerdeutschland, die Republik Polen, es vehement ablehnte, zur Verteidigung gegen die faschistischen Truppen sowjetischen Einheiten zu gestatten, auf polnischem Territorium gegen die Nazi-Wehrmacht den Kampf aufzunehmen. Gleiches galt für Rumänien.

### Gespräche mit Moskau?

Inzwischen mehrten sich allerdings in der britischen Öffentlichkeit die Stimmen, die sich positiv zu den Offerten der sowjetischen Regierung äußerten. Erkennbar wuchs auch die Bereitschaft in der Bevölkerung und in den politischen Parteien und Verbänden, deutlich höhere finanzielle Mittel für die Verteidigung gegen Hitlerdeutschland, besonders gegen seine bedrohliche Luftwaffe, aufzuwenden. Winston Churchill, einer der eloquentesten Kritiker der Appeasement-Politik, plädierte am 4. Mai 1939 in einer viel beachteten Rede im Unterhaus zugunsten einer ernsthaften Prüfung des Angebots aus Moskau. Er sagte:

„Vor allem darf keine Zeit verloren werden. Schon sind zehn oder zwölf Tage vergangen, seit das russische Angebot gemacht wurde. Das britische Volk ist berechtigt, zusammen mit der Französischen Republik von Polen zu fordern, dass es der gemeinsamen Sache keine Hindernisse in den Weg legt. (...)Es besteht keine Möglichkeit, ohne die aktive Hilfe Russlands eine Ostfront gegen die nationalsozialistische Aggression aufrechtzuerhalten. Russland hat das größte Interesse daran, Hitlers Absichten in Osteuropa zu vereiteln.“<sup>134</sup>

Vier Tage später erreichte den inzwischen als Nachfolger Litwinows zum Außenminister der UdSSR berufenen Wjatscheslaw Molotow die offizielle Absage aus London, einen Beistandspakt mit der Sowjetunion abzuschließen. Jetzt gewannen die Auseinandersetzungen zu dieser Thematik in Großbritannien weiter an Schärfe. Am 19. Mai ergriff in einer stürmisch geführten Debatte des Unterhauses erneut Winston Churchill das Wort. Er hatte sich am Tage zuvor in einem langen Telefongespräch mit dem sowjetischen Botschafter Iwan Maiski<sup>135</sup> eingehend über die Vorstellungen der UdSSR zum Abschluss eines Beistandspaktes informiert. Churchill führte u.a. aus:

„Die Vorschläge der Regierung Russlands sehen einen Dreibund...gegen eine Angriffspolitik vor, wobei dieses Bündnis auch anderen Ländern offenstehen würde, die sich ihm anschließen wünschen. Das Bündnis verfolgt nur den Zweck, weiteren Angriffshandlungen Widerstand zu leisten und die Opfer einer Aggression zu beschützen. Ich verstehe nicht, was dagegen einzuwenden wäre. Was soll an diesem einfachen Vorschlag nicht gut sein? Man fragt: ‚Kann man der Sowjetregierung trauen?‘ In Moskau fragt man vermutlich: ‚Können wir Chamberlain trauen?‘ Ich hoffe, dass wir sagen dürfen, die beiden Fragen könnten bejahend beantwortet werden. (...) Ohne wirksame Ostfront kann es keine ausreichende Verteidigung unserer Interessen im Westen geben, und ohne Russland gibt es keine wirksame Ostfront.“<sup>136</sup>

Einen ersten, allerdings völlig unzureichenden Schritt in die richtige Richtung unternahm London, indem der Leiter der Abteilung für Mitteleuropäische Angelegenheiten im Foreign Office, Sir William Strang, am 15. Juni 1939 in Moskau Informationsgespräche mit Außenminister Molotow über die Möglichkeiten eines Beistandspaktes führte. Allerdings musste es als diplomatischer Affront angesehen werden, dass statt des eingeladenen Außenministers Lord Halifax, der „Terminschwierigkeiten“ geltend machte, nur ein beamteter Diplomat in die sowjetische Hauptstadt entsandt wurde. Endlich, am 25. Juli 1939, teilte der britische Außenminister Botschafter Maiski die Entscheidung mit, eine Militärdelegation nach Moskau zu entsenden, die – gemeinsam mit französischen Abgesandten – Gespräche über den Abschluss

<sup>133</sup> Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D (1937-1945), Bd. VI, Nr. 362, S. 392.

<sup>134</sup> Winston S. Churchill: Der Zweite Weltkrieg. 1. Bd.: Der Sturm zieht auf, S. 443.

<sup>135</sup> Siehe I.M. Maiski, Memoiren eines sowjetischen Botschafters, S. 446.

<sup>136</sup> Zitiert nach ebenda, S. 446f.

einer Militärkonvention führen solle. Allerdings war Lord Halifax außerstande mitzuteilen, wer diese Delegation anführen und wann ihre Abreise erfolgen werde.

Diese Themen waren erneut Gegenstand einer äußerst kontrovers geführten Unterhaus-Debatte am 31. Juli 1939. Zeitweilig kam es zu tumultartigen Szenen. Der Sprecher der Liberalen, Archibald Sinclair, forderte, dass „eine Persönlichkeit von höchstem politischen Rang“ die Delegation leiten müsse. Er erklärte weiter, dass man, „um zu einem baldigen Abschluss zu gelangen, alle Zweifel und Verdächtigungen, die man in England gegen die Sowjetunion habe, fallen lassen müsse“.<sup>137</sup> Der Abgeordnete der Labour Party Hugh Dalton verlangte, Außenminister Halifax selbst solle nach Moskau fahren. Anthony Eden, ehemaliger Außenminister, Abgeordneter der Konservativen Partei und einer der am meisten angesehenen Politiker des Landes, schlug die sofortige Abreise der Delegation vor. Außerdem sei es nötig, einen herausragenden Politiker an ihre Spitze zu stellen. Chamberlain versuchte, die Kritik an der inhaltlichen Verfahrensweise seiner Regierung mit dem Hinweis zu entschärfen, früher stattfindende Vertragsverhandlungen hätten auch sehr lange bis zu ihrem erfolgreichen Abschluss gedauert. Als Beispiel führt er die Entente Cordiale zwischen Frankreich und Großbritannien an, die 1904 erst nach neunmonatigen Gesprächen zustande gekommen sei. Dieser, in jeder Hinsicht problematische Vergleich erhellt schlaglichtartig, wes Geistes Kind Chamberlain war.

Doch in einer Zeit, so lesen wir es beim westdeutschen Historiker und ehemaligen stellvertretenden Direktor des Deutschen Historischen Instituts in London, Lothar Kettenacker, „wo alles auf höchste Eile ankam, entsandten die beiden Westmächte eine Militärdelegation, die fünf Tage, vom 5. bis 10. August, auf einem langsamen Passagierdampfer, der „City of Exeter“, die eine maximale Geschwindigkeit von lediglich 13 Knoten erreichte, unterwegs war und aus Offizieren der zweiten Garnitur bestand, die zu keinem Abkommen ermächtigt waren.“<sup>138</sup> Kostbare Zeit war also vergangen, ehe die Gespräche am 12. August 1939 endlich beginnen konnten. Da die Leiter der Delegationen, Korps-General Joseph Doumenc und Admiral Sir Reginald Plunkett-Erle-Drax, entweder gar keine oder nur eingeschränkte Vollmachten vorzuweisen imstande waren, und sie außerdem die Anweisung hatten, „sehr langsam bei den Gesprächen vorzugehen“ („go very slowly with the conversations“<sup>139</sup>), schien der Misserfolg von vornherein vorprogrammiert gewesen zu sein. Demgegenüber nahm auf sowjetischer Seite die gesamte militärische Führung des Landes, darunter Verteidigungsminister Kliment Woroschilow, zugleich Mitglied des Politbüros der KPdSU, Generalstabschef Schaposchnikow und sein Stellvertreter Smorodinow, an den Verhandlungen teil.

### **Das Scheitern der Moskauer Verhandlungen**

Immer wieder erkundigten sich die sowjetischen Generäle, ob es inzwischen eine Antwort aus Warschau auf die Frage einer Beteiligung sowjetischer Truppen im Falle eines Angriffs Hitlerdeutschlands auf Polen gebe. Woroschilow lehnte es schließlich ab, so schreibt der britische Militärgeschichtler Norman Gibbs, von General Doumenc und Admiral Drax mit leeren Worten abgespeist zu werden, die angesichts ihrer schwierigen Instruktionen um Worte rangten.<sup>140</sup> Als am 21. August noch immer keine entsprechenden Mitteilungen aus Warschau eingetroffen waren, gibt der sowjetische Verteidigungsminister gegenüber den Delegationen aus Großbritannien und Frankreich folgende offizielle Erklärung ab:

„So, wie sich die englischen und amerikanischen Truppen im vorigen Weltkrieg nicht an der militärischen Zusammenarbeit mit den bewaffneten Kräften Frankreichs hätten beteiligen können, wenn sie nicht die Möglichkeit gehabt hätten, auf dem Territorium Frankreichs zu operieren, so können auch die bewaffneten sowjetischen Streitkräfte nicht an einer militäri-

<sup>137</sup> Schulthess Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Ulrich Thürauf, Neue Folge, 55. Jg., 1939, München 1940, S. 370. Zum Folgenden siehe auch I.M. Maiski: Memoiren eines sowjetischen Botschafters, S. 675f.

<sup>138</sup> Lothar Kettenacker: Die Diplomatie der Ohnmacht. Die gescheiterte Friedensstrategie der britischen Regierung vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, in: Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1979, S.266.

<sup>139</sup> Documents on British Foreign Policy 1919-1913, 3rd Series, Vol. VI, London 1953, Appendix V, S. 763.

<sup>140</sup> Siehe N. H. Gibbs: Grand Strategy. Volume I: Rearmament Policy, London 1976, S. 754.

schen Zusammenarbeit mit den bewaffneten Streitkräften Frankreichs und Englands teilnehmen, wenn ihnen nicht gestattet wird, das Territorium Polens und Rumäniens zu betreten.“<sup>141</sup>

Zur intransigenten Haltung der polnischen Regierung, in Sonderheit ihres Außenministers Beck, und zu ihrem Anteil am Scheitern der Verhandlungen, schreibt der damalige französische Außenminister Bonnet in seinen Memoiren:

„Jetzt trug Beck eine große Verantwortung für das Scheitern unserer Verhandlungen mit der UdSSR. Trotz unserer Mahnungen hatte er jede Hilfe der Sowjetunion hartnäckig abgelehnt und den russischen Truppen untersagt, polnisches Gebiet zu betreten. Dies war der Grund oder der Vorwand für den Abbruch der Verhandlungen gewesen. In Wirklichkeit war es recht unwichtig, ob Russland diese Ablehnung erwartet und mit ihr gerechnet hatte. Gewiss aber war, dass die Polnische Regierung wieder einmal ihr eigenes Spiel gespielt hatte, ohne sich um ihre Verbündeten zu kümmern.“<sup>142</sup>

Und weiter:

„Ich hatte den Eindruck, dass ich erneut auf das grundsätzliche Vorurteil der Polen gegen Russland gestoßen bin, auf ein vielfältiges und großenteils gefühlsmäßig bedingtes Misstrauen, dem gegenüber die gediegensten Beweisgründe das Wesentliche ihrer Kraft verlieren.“<sup>143</sup>

London und Paris hatten über ihre Botschafter in Warschau versucht, auf die polnische Regierung einzuwirken, um eine zumindest teilweise Akzeptanz der sowjetischen Forderungen zu erreichen. Es sei an dieser Stelle dahin gestellt, wie ehrlich diese Einwirkungen gemeint waren und mit welcher Überzeugungskraft und Intensität sie vorgetragen wurden. Immerhin hatte jetzt auch der britische Generalstab in diesem Sinne gewirkt, denn er war überzeugt davon, wie Norman Gibbs schreibt, dass die stärkste Druckausübung gegenüber Polen nötig gewesen wäre, da ein entsprechender Vertrag mit der UdSSR der beste Weg gewesen sei, um einen Krieg zu verhindern.<sup>144</sup> Doch ein solcher Vertrag kam bekanntlich nicht zustande. Schließlich wurden die ergebnislos verlaufenden Verhandlungen am 21. August 1939 auf unbestimmte Zeit vertagt. Vier Tage später reisten die Delegationen aus London und Paris ab. In einem Interview mit der Zeitung „Izvestija“ vom 27. August teilte Kliment Woroschilow der Öffentlichkeit folgende Klarstellung angesichts des mittlerweile unterschriebenen Nichtangriffsvertrages mit Deutschland mit:

„Nicht deshalb wurden die militärischen Verhandlungen mit England und Frankreich unterbrochen, weil die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt mit Deutschland abgeschlossen hat, sondern im Gegenteil, die Sowjetunion schloss einen Nichtangriffspakt mit Deutschland ab unter anderem infolge des Umstandes, dass die militärischen Verhandlungen mit Frankreich und England kraft unüberwindbarer Meinungsverschiedenheiten in eine Sackgasse gerieten.“<sup>145</sup>

### **Optionen der Sowjetunion am Vorabend des Krieges**

Für die Sowjetunion existierten jetzt die folgenden, grundsätzlichen Optionen: *Entweder* darauf zu hoffen, dass der sich für die nahe Zukunft abzeichnende Überfall des deutschen Faschismus auf Polen an den Grenzen der UdSSR haltmachen würde, *oder* angesichts der fehlenden Bereitschaft Großbritanniens und Frankreichs, gemeinsam mit der Sowjetunion jede Aggression der Faschisten militärisch zu beantworten, einen Nichtangriffspakt mit Deutschland abzuschließen. Wichtig erscheint es mir festzuhalten: Der Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 wäre nie abgeschlossen worden, wenn die Westmächte, besonders Großbritannien, den zahlreichen Vorschlägen der Sowjetunion zugestimmt hätten, rechtzeitig

<sup>141</sup> Zitiert nach I.M. Maiski: Memoiren eines sowjetischen Botschafters, S. 486.

<sup>142</sup> Siehe Georges Bonnet: Vor der Katastrophe, S. 263.

<sup>143</sup> Ebenda, S. 253.

<sup>144</sup> Norman H. Gibbs: Grand Strategy, S. 754.

<sup>145</sup> Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, hrsg. und eingeleitet von Kurt Pätzold und Günter Rosenfeld, Berlin 1990, Nr. 147, S. 243.

ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu errichten. Anstatt die Faschisten ständig zu „beschwichtigen“ und sogar ihre Aggressionen gegenüber Österreich und der CSR 1938/39 mitzuorganisieren bzw. in aller Öffentlichkeit für diese völkerrechtswidrigen Aktionen „Verständnis“ zu demonstrieren, wäre es nötig gewesen, über den eigenen Schatten zu springen und die Sowjetunion als gleichberechtigten Partner bei der Abwehr faschistischer Aggressionen und Weltherrschaftspläne zu behandeln. 1939 setzten sich immerhin einige einflussreiche Politiker aus der Konservativen und der Liberalen Partei sowie aus der Labour Party, z.B. Winston Churchill, Archibald Sinclair und Clement Attlee und schließlich auch der britische Generalstab<sup>146</sup>, für einen Pakt mit der UdSSR ein, um den drohenden Krieg zu verhindern. Alles dies belegt, dass es bei den Herrschenden zu Differenzierungsprozessen über die einzuschlagende außenpolitische Strategie des britischen Imperialismus gekommen war, die auch für die Öffentlichkeit nachvollzogen werden konnten. Doch sie vermochten es nicht, ihre Anschauungen durchzusetzen.

Für die Sowjetunion kam als wichtiges Faktum hinzu, dass es seit dem Einfall japanischer Truppen in die Mandschurei im September 1931 immer wieder Gefechte und auch größer dimensionierte Kampfhandlungen zwischen japanisch-mandschurischem und sowjetischem Militär im Fernen Osten gegeben hatte. Im Herbst 1933 wurden Einrichtungen der Ostchina-Bahn und Grenztruppen der UdSSR überfallen. Am 31. Juli 1938 griffen japanische Einheiten sowjetische Truppen am See Chassan an. Im Sommer 1939, gerade zu der Zeit, als in Europa die Kriegsgefahr mit Händen zu greifen war, standen sowjetische und mongolische Truppen in einer Großoffensive gegen japanische Aggressoren im Raume des Sees Chalchyn-gul. Nach monatelangen Kampfhandlungen gelang es unter dem Kommando von General Shukow Ende August 1939, die Angreifer zu vertreiben. Aber die Lage an den fernöstlichen Grenzen der Sowjetunion blieb instabil und erforderte die Bereitstellung eines beträchtlichen Teiles von Heer und Luftwaffe in Asien. Die Tatsache, dass sich die UdSSR 1938/39 bereits in einem Krieg im Fernen Osten befand und bei einer Aggression Hitlerdeutschlands einen Zweifrontenkrieg zu befürchten hatte, wird – aus welchen Gründen auch immer – von fast allen bürgerlichen Autoren, die sich mit der Vorgeschichte und dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages befassen, verschwiegen. Wir sehen: Nicht nur Großbritannien sah sich auch außerhalb Europas militärischen Bedrohungen ausgesetzt.

Am Ende zeigte sich – mit den Worten des renommierten Freiburger Militärhistorikers Manfred Messerschmidt: „Eine Allianz mit Sowjetrußland passte nicht in das Weltbild Chamberlains.“<sup>147</sup> Und sicherlich – das darf man hinzufügen – auch nicht in die politisch-strategische Interessenlage derjenigen gesellschaftlichen Kräfte im Vereinigten Königreich, dessen Geschäfte er besorgte. Zum Abschluss sei deshalb Thomas Mann zitiert, einer der klügsten Köpfe seiner Zeit, der am 29. März 1939 hellsichtig in sein Tagebuch notiert hatte:

„Die Situation scheint sich dem Kriege zu nähern, wird voraussichtlich sich wieder von ihm entfernen, um am Ende doch in ihm unterzugehen. Die kapitalistische Welt wird durch ihr Hätschelkind, den Faschismus, zum Kriege gezwungen werden.“<sup>148</sup>

Dem ist nichts hinzuzufügen.

<sup>146</sup> Siehe Lothar Kettenacker: Die Diplomatie der Ohnmacht, S. 242ff.

<sup>147</sup> Manfred Messerschmidt: Außenpolitik und Kriegsvorbereitung, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1, Stuttgart 1979, S. 682f. Zur weltanschaulichen Grundierung und zur Weltsicht Chamberlains siehe Montgomery Hydes informative Biographie: Der glücklose Staatsmann, passim.

<sup>148</sup> Thomas Mann: Tagebücher 1937-1939. Hrsg. von Peter de Mendelssohn, Frankfurt a. M. 2003, S. 382f.

**Prof. Dr. Kurt Pätzold**

**Die Versager und andere Märchen vom Ersten Weltkrieg**

Rede auf der Konferenz der Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung am 11. Juni 2014 - Kurzfassung

Historische Großereignisse, Kriege und Revolutionen voran, werden selbst wieder, wenn auch auf andere Weise, zu Ereignissen, sobald besondere Jahrestage den Anlass bieten, sich ihrer zu erinnern. Das war in deutscher Geschichte schon 1913 so, als sich der Blick auf den ein Jahrhundert zurückliegenden Krieg gegen und den Sieg über Napoleon richtete. Und das ist gegenwärtig nicht anders, da uns hundert Jahre vom Beginn des Weltkrieges trennen, der später der Erste hieß. Die Rückblicke prägt dann nicht allein das tatsächliche zeitlich ferne Geschehen, sondern ebenso und mitunter mehr noch das vorherrschende aktuelle Interesse, das sich mit ihm verbinden und befördern lässt. Da sich das fächert, entstehen mitunter widerstreitende Konzepte, denen das Gedenken der Nachgeborenen folgen soll. Die Gegenwart bietet dafür geradezu ein Lehrstück.

Das Hauptinteresse das sich in den vielfältigen staatsoffiziellen Erinnerungen und Anrufen an den 1. August 1914 ausdrückt, den Tag, als der österreichisch-serbische Krieg sich zu einem der europäischen Großmächte ausweitete, besteht darin, den Europäern klar zu machen, wie weit sie - die russischen Europäer ausgenommen - dank der klugen und weitschauenden, eben auch geschichtsbewussten Politik ihrer Führer die elende Vergangenheit hinter sich gelassen haben. Freude sollten sie darüber empfinden und ausdrücken, dass sie in einem befriedeten Kontinent zu leben das Glück haben. Erkennen sollten sie, dass die europäischen Institutionen, die mit den Namen Strasbourg und Brüssel bezeichnet sind, unschätzbare und unentbehrliche Instrumente der Bewältigung von Krisen darstellen, seien sie ökonomischer oder politischer Natur. Folglich verdienten sie die Wertschätzung aller. Gefeierte werden solle also an diesem besonderen Jahrestag die unter den Völkern erreichte Versöhnung.

Neben diesem übergreifenden Interesse stehen – zweitens – aber auch nationale Anliegen. Zu ihnen gehört, sich der Franzosen, Belgier, Briten und vieler anderer zu erinnern, die als gute Patrioten das von den Mittelmächten und namentlich vom Deutschen Kaiserreich drohende und ausgegangene Unheil abwendeten und siegten. In Kirchen, auf Schlachtfeldern und vor dort errichteten Monumenten, auf Friedhöfen lässt sich das Bedürfnis befriedigen, historisch bedeutende Leistungen der eigenen Nation und deren Verbündeter erneut zu würdigen und nationales Geschichts- und Selbstbewusstsein zu stärken und zu wecken. Diese Möglichkeit erschließt sich der Bundesrepublik aufgrund der deutschen Rolle im Kriege von 1914 bis 1918, wie immer sie auch bewertet werden mag, jedoch nicht gleichermaßen. Nirgendwo aber sollen Erinnerungen alte Feindschaften wieder beleben oder auch nur dazu führen, alte Rechnungen erneut durchzugehen.

Wenn für die Rückblicke auch staatliche Vorgaben und Orientierungen von höchsten Stellen gegeben wurden und Staatsmänner und –frauen ihre freundschaftlichen Gefühle für einander demonstrativ zu erkennen geben werden – so mit dem Treffen des Französischen Staats- und des deutschen Bundespräsidenten am umkämpften Hartmannswillerkopf<sup>149</sup>, wo die Gedenkstätte

---

<sup>149</sup> Der Kampf um den nahezu 1000 m hohen Gipfel in den Südvogesen begann am 31. Dezember 1914. Die schwersten Kämpfe gab es am 19./20. Januar, 26. März, 25./26. April und 21./22. Dezember 1915. Die Zahl der dort getöteten deutschen und französischen Soldaten wird auf 25.000 geschätzt.

und der Friedhof 2008 restauriert wurden - so kann doch nicht ausgeschlossen werden, dass Teile der Gesellschaft das Gedenken mit eigenen Fragen verbinden, die könnten sich auf ein tieferes Geschichtsverständnis richten, als es in Artikeln, Rundfunk- und Fernsehsendungen und in der Masse neu erscheinender Bücher angeboten wird. Eine dieser Fragen ist die eingangs schon erwähnte nach Herkunft und Ursprüngen des Krieges. Sie verknüpft sich mit der Fahndung nach jenen Personen und Kräften, die aufgrund ihrer Rollen an der Staatsspitze für eben diesen Krieg verantwortlich zu machen sind. Solch Fragen ist unerwünscht, zumal seine Ausweitung auf die gegenwärtigen Kriege sich nicht völlig verhindern lässt.

Auf dieses Dilemma reagieren jene, die Dirigenten der so genannten öffentlichen Meinung sind und bleiben wollen, auf mehrerlei Weise. Die einen verschütten die Kernfragen durch eine Fülle von zweit- und dritrangigen. Andere in einem Überangebot von irreführenden Antworten. Eine dritte, nicht minder beliebte Methode besteht darin, das Geschehen zum Werk des Zufalls zu erklären. Eine vierte schließlich in der Behauptung, die Frage nach Kriegsschuld und Kriegsschuldigen führe nur in die Irre. In diese Reihe gehört auch die These, wonach der Erste Weltkrieg den gegenwärtigen Zuständen so fern läge, dass sich aus ihm keine aktuellen Lehren oder Denkanstöße mehr gewinnen lassen würden.

Diesen ungeliebte Fragen abwehrenden Positionen kamen die innenpolitischen, sich zum Bürgerkrieg ausweitenden Ereignisse in der Ukraine gleichsam in die Quere. Denn an ihnen bildete sich das Interesse und zwar ausgerechnet bei jenen, die an ihrer Verursachung beteiligt waren, die Schuldfrage zu stellen. Freilich mit dem üblichen Vorsatz, die Schuld den „Anderen“, das sind Russland und in persona dessen Präsident Wladimir Putin, anzulasten. Er habe aus weltweiten Herrschaftsinteressen einen Krieg begonnen, eine Aggression, strebe nach der Entzweiung Europas, gegen das er eine eurasische Front mit China schaffen wolle usw. usf. Er bewege sich in den Denk- und Handlungsbahnen vergangener Zeiten, des Kalten Krieges, des 20. Jahrhunderts also, während die Europäer und die USA im 21. Jahrhundert angekommen wären.

Der Kampf und die kriegerischen Auseinandersetzungen um die Zukunft der Ukraine haben Politiker angeregt, Vergleiche mit der Vorkriegskrise des Jahres 1914 anzustellen und dies mit dem Vorsatz, ihre eigene Rolle ins rechte Licht zu setzen. Es hätten ihre Vorgänger an der Spitze der Großmächte, sagte beispielsweise auch der deutsche Außenminister, in jenem Juli versagt und eben das solle und dürfe ihm und seinen Kollegen in der gegenwärtigen Krise um den osteuropäischen Staat nicht wieder passieren. Was immer man über diesen Vorsatz denken mag, denn Krisen lassen sich auf Dauer nur bewältigen, wenn man ihre Ursachen beseitigt, die Prämisse ist jedenfalls falsch. Die Kaiser und Kanzler, die Ministerpräsidenten und Außenminister und das ganze Diplomatenheer haben 1914 vor der Aufgabe, den Krieg zu verhindern, nicht versagt. Die hatten sie sich doch in der Mehrheit gar nicht gestellt. Die gekrönten und ungekrönten Häupter an den Spitzen der europäischen Großmächte waren allerorts mit anderen Aufgaben befasst, vorrangig damit, dem eigenen Staat eine möglichst günstige Ausgangsposition für den Kriegsfall zu schaffen, im Innern wie hinsichtlich der Stärke der eigene Streitmacht. Und auf diesem Felde gehen die Ergebnisse ihres Handelns keineswegs auf den Nenner vom generellen Versagen.

Die Legende vom letztlich gemeinsamen Scheitern einer ganzen Politikergeneration vermittelt ein grundfalsches Bild von den europäischen Zuständen und den sie Beherrschenden. Der Krieg erscheint auf ihm als Ergebnis von menschlichem, allzu menschlichem Unvermögen, als Unglück, verursacht von



einem gemessen an den Herausforderungen zu schwachem Geschlecht von nichtsdestoweniger mächtigen Männern. Er wird zum Resultat von mangelhaftem Wissen und zu großem Unwissen erklärt, von Uninformiertheit, daraus erwachsenen Fehltritten, der Unfähigkeit, sich die Gegner auszurechnen oder gar sich in sie hineinzusetzen, von Phantasiemangel, Leichtgläubigkeit, auch von Leichtsinn. Die Aufzählung menschlicher Schwächen, die - hier zitiert - zur Erklärung angeblichen Versagens in der aktuellen Literatur aufgeführt wird, weitet sich zu einer Leporelloliste: Angst, Unbedachtheit, Hochmut, grenzenloses Selbstvertrauen, fehlende politische Weitsicht und Urteilskraft. Usw. Besonderer Beliebtheit erfreut sich in diese Zusammenhang der Begriff Paranoia - es wird davon noch zu reden sein – der den Politikern diesen damals offenbar sich epidemisch ausbreitenden Krankheitszustand attestiert, in dessen Zentrum Wahnvorstellungen stehen. Wer kann für solcherlei Grenzen eigener Fähigkeiten verantwortlich gemacht werden? Jeder und alle fallen in die Kategorie der Schuldlos-Schuldigen. Dabei werden ein paar Gesunde als Ausnahmeerscheinungen doch zugelassen, beispielsweise Militärführer wie die beiden Generalstabschefs der Mittelmächte, der aus dem mecklenburgischen Adel stammende Helmuth von Moltke, genannt der Jüngere (1848-1916) und der aus einer österreichischen Offiziersfamilie kommende Freiherr Conrad von Hötzendorf (1852-1925). Mit einem anderen geistig leistungsfähigen, charakterlich stabilen Führungspersonal kein Weltkrieg lautet das Fazit, das eine Renaissance von Lesarten der Geschichte bezeichnet, die schwer für möglich gehalten wurde. Mit ihr erledigen sich jegliche Fragen nach in sozialen Zuständen wurzelnden Kriegsinteressen und Kriegsziele und in ihnen agierende Kriegsschuldige.

Das im zeitlichen Vorfeld des Jahrhundertgedenkens hierzulande verbreitete Geschichtsbild mag verwundern. Denn der Erste Weltkrieg war in der Zeit der Existenz zweier deutscher Staaten von Fachleuten quellengestützt untersucht und in umfassenden Werken dargestellt worden. In der Bundesrepublik verbindet sich der Beginn dieser Arbeit mit dem Wirken des an der Hamburger Universität lehrenden Fritz Fischer und seiner Schüler, in der Deutschen Demokratischen Republik mit der Tätigkeit der Mitglieder einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Fritz Klein (1924-2011), die am Institut für Deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften gebildet worden war. Sie verfasste eine dreibändige Gesamtdarstellung des Krieges, deren erster Band 1968 auf den ostdeutschen Buchmarkt gelangte.<sup>150</sup>

Damit hatte eine neue Generation marxistischer Historiker die erste umfassende Darstellung eines schwergewichtigen Ereignisses deutscher Geschichte vorgelegt. Sensation machte das dreibändige Werk dennoch nicht, denn das kritische Bild von der Rolle des deutschen Kaiserreichs auf dem Weg in den Weltkrieg hatte da schon den Geschichtsunterricht an den allgemein bildenden Schulen im ostdeutschen Staat erreicht. 1947- noch zu Zeiten der Sowjetischen Besatzungszone - erschien in Moskau der zweite Band der *Geschichte der Diplomatie*<sup>151</sup>, der die Zeitspanne von 1872 bis 1919 umfasste, in einer deutschsprachigen Ausgabe. 1949 wurde vom Berliner Verlag Volk und Wissen das in der UdSSR in den neunten Schulklassen benutzte Lehrbuch *Geschichte der Neuzeit 1870-1918*<sup>152</sup> übersetzt vorgelegt. Es war

<sup>150</sup> Einen Überblick über die in der DDR zur Vorgeschichte und Geschichte des Ersten Weltkrieges in den sechziger Jahren geleisteten Forschungsarbeit bieten Willibald Gutsche und Annelies Laschitzka in ihrem Forschungsbericht in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderband XVIII. Jahrgang 1970, S. 476-507

<sup>151</sup> **Geschichte der Diplomatie. 2. Band: Die Diplomatie der Neuzeit (1872-1919).** Hg. W. P. Potjomkin. **Verfasser:** W. M. Chwostow und I. I. Minz, Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur 1947.

<sup>152</sup> Geschichte der Neuzeit II, I. I. Subok u. W.M. Chwostow, Volk und Wissen Verlag Berlin/Leipzig 1949.

mit dem Vermerk versehen, dass ein Lehrbuch aus eigener Produktion noch nicht fertig gestellt und der Band für die Hand der Lehrer bestimmt sei. In beiden Publikationen wurde der Erste Weltkrieg als imperialistischer Krieg dargestellt, der aus den ökonomischen und politischen Interessengegensätzen der europäischen Großmächte hervorgegangen sei und um die Neuverteilung von Macht-, Wirtschafts- und Einflusszonen und Kolonialgebieten geführt wurde. Dabei habe die deutsch-englische Konkurrenz die wesentliche Rolle gespielt. Den Krieg hätten die an ihm Beteiligten, mit der Einschränkung, die Serbien betraf, allesamt zu verantworten, sie hätten jeweils eigene Kriegsziele verfolgt. Die werden benannt und dazu die Meinungsverschiedenheiten, die es in den beiden Bündnissen über die Verteilung der erwarteten Beute gegeben habe. Jedoch sei der Beitrag zum Schritt in den Krieg nicht gleich groß gewesen, denn Deutschland habe auf dem Weg hin zum 1. August 1914 und bei der Auslösung des Krieges eine besondere forcierende Rolle gespielt. Im Wesen setzten die Forschungen der ostdeutschen Historiker also fort, was vor und am Beginn des Krieges von Theoretikern der internationalen sozialistischen Bewegung und später von sowjetischen Historikern geleistet worden war.

An diesem Ursprung des marxistischen Bildes vom Krieg der Jahre 1914 bis 1918 ist nicht nur wegen seiner Bedeutung und des Verdienstes seiner Urheber ein Moment zu verweisen, sondern mehr noch, weil sich kaum ein Historiker, der momentan als Spezialist des Themas auftritt, sich ihrer zu erinnern vermag und nicht von allen anzunehmen ist, dass ihnen die Arbeiten Lenins, Liebknechts, Luxemburgs, um nur diese drei zu nennen, gänzlich fremd geblieben wären. Deren Blick auf den Krieg lässt sich in Thesen so zusammenfassen: (1.) Dieser Krieg wurzelte in und wuchs aus dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft in ihrem neuen Stadium, in das sie um die Jahrhundertwende eingetreten war und das als das imperialistische bezeichnet wurde. (2.) In dieser Phase entbrannte der Kampf um politische und ökonomische Vorherrschaft, Kolonialmacht, Rohstoffquellen, Absatzmärkte, Handelsstützpunkte zwischen den hoch entwickelten Staaten in Europa und den USA in bis dahin unbekannter Schärfe. (3.) Zu seinen Instrumenten gehörte der Krieg, der auf allen Seiten eine Option zur Durchsetzung eigener Ziele bildete und die Rüstungsanstrengungen vermehrte. (4.) Das deutsche Kaiserreich, binnen etwa dreier Jahrzehnte zur wirtschaftlichen und militärischen Großmacht geworden, besaß ein besonderes Interesse an der „Neuordnung“ der europäischen und Weltzustände. Es wurde mit seinem Bundesgenossen, der K. u. K. Monarchie zur treibenden Kraft auf dem Weg in den Krieg. Bei Lenin list sich dies so: „Die deutsche Bourgeoisie, die das Märchen aufischt, sie führe einen Verteidigungskrieg, hat in Wirklichkeit den von ihrem Standpunkt aus günstigsten Zeitpunkt für den Krieg gewählt, um ihre letzten Errungenschaften in der Kriegstechnik auszunutzen und den von Russland und Frankreich bereits vorgesehenen und beschlossenen Rüstungen zuvor zu kommen.“<sup>153</sup> (5.) Dieser Krieg wurde von mehreren Staaten auch mit dem Ziel begonnen, die innere Herrschaft des Kapitals und des großen Grundbesitzes zu festigen und die Arbeiterbewegung nachhaltig zu treffen. Wiederum Lenin, der diese Ziel so beschrieb: „Entzweiung und nationalistische Verdummung der Arbeiter und Vernichtung ihre Vorhut, um die revolutionäre Bewegung des Proletariats zu schwächen“.<sup>154</sup>

Ganz anders die Aufnahme von Fritz Fischers Publikationen und namentlich die seines mit dem Titel *Griff nach der Weltmacht* 1961 erscheinenden Buches, in

---

<sup>153</sup> W. I. Lenin, Der Krieg und die russische Sozialdemokratie. In: W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 14.

<sup>154</sup> Ebenda. S. 13.

dessen Zentrum die „Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914 bis 1918“ steht.<sup>155</sup> Fischer konnte – anders als Klein und Genossen im Osten – innerhalb der bürgerlichen deutschen Historiographie an keine Tradition anknüpfen. Umso schockierender der Schlag, den er dem bis dahin in der Historikerzunft des westdeutschen Staates unangefochtenen Bild von Deutschlands unschuldsvoller Rolle auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg versetzte, wenn auch, anders als gehofft, dies kein Todesstoß wurde. Die quellensatte Kernaussage in Fischers Monographie lautete: Die deutsche Reichsführung trägt „einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges“. Damit waren sowohl die These von Deutschlands Alleinschuld wie die von seiner Unschuld zurückgewiesen, aber ebenso – und darin lag die Herausforderung – das nivellierende Bild, wonach die Verantwortung des Reiches nicht größer und nicht geringer gewesen sei als die der anderen Großmächte.

Die konservativen Fachleute, die das Feld eben noch beherrschten, reagierten erzürnt und teils so wütend, dass sie sich selbst um die Einhaltung der üblichen Formen akademischen Streits nicht mehr scherten. Dies hatte mehrere Gründe. Die von Fischer unterbreiteten, die deutsche Unschuldsthese widerlegenden Fakten bildeten nur einen. Einen zweiten ergab seine über seinen Gegentand hinausweisende Abkehr von der Personen fixierten Geschichtsschreibung hin zur Gewichtung gesellschaftlicher Kräfte und Strukturen. Ein dritter bestand im Nachweis der Kontinuität deutscher Expansionspolitik vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. Ein vierter wurzelte in der westdeutschen politischen Atmosphäre der beginnenden sechziger Jahre, in die hinein seine Bücher und Aufsätze geschrieben und gedruckt wurden. Sie wurde durch eine Hochflut des Antikommunismus geprägt, entstanden als Antwort auf die DDR-Maßnahmen des 13. August 1961, der auch die ohnehin schwachen geistigen Beziehungen aus dem Bonner Staat nach Osten abgebaut zum Opfer fielen. Fischer hingegen legte für ein Teilgebiet eine Geschichtssicht vor, die eine Verwandtschaft mit jener in der DDR vorherrschenden aufwies und erkannte obendrein Verdienste ihrer Forscher an. Und fünftens galt Fischer vielen seiner Gegner schlicht als Nestbeschmutzer und Renegat. Denn er war doch einen Lebensabschnitt lang so etwas wie einer der ihren gewesen: 1933 der SA, 1937 der NSDAP beigetreten, 1942 zum außerordentlichen Professor an der Hamburger Universität ernannt. Was ihm seine Gegner besonders übel nahmen, war die Tatsache, dass er mit seiner Darstellung ihre verklärte Sicht auf das Deutsche Kaiserreich, die Belle Epoque, zerstört hatte und damit auch die romantischen Bilder ihrer Kindheit und Jugend.

Die so entstehende Fischer-Kontroverse, die an Heftigkeit von keinem späteren Streit der Historiker übertroffen wurde und 1964 auf dem westdeutschen Historikertag in Berlin-West und im Jahr darauf auch auf dem Internationalen Historiker-Kongress in Wien ausgetragen wurde und an der sich selbst ein Bundestagspräsident, Eugen Gerstenmaier, und weitere Politiker im Chor der Gegner beteiligten, fand inzwischen vielfache Darstellungen.<sup>156</sup> Fischer verstarb

---

<sup>155</sup> Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918. Droste, Düsseldorf 1961

<sup>156</sup> Eine der jüngeren ist die die mehr als 500 Seiten umfassende von Günter Spraul, Die Fischer Kontroverse, Halle 2011. [Volker Berghahn](#): Die Fischer-Kontroverse – 15 Jahre danach. In: Geschichte und Gesellschaft. 6, 1980, S. 403–419. Imanuel Geiss: Die Fischer-Kontroverse. Ein kritischer Beitrag zum Verhältnis zwischen Historiographie und Politik in der Bundesrepublik. In: Imanuel Geiss: Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1972, S. 108–198. Klaus Große Kracht: Die Fischer-Kontroverse - Von der Fachdebatte zum Publikumsstreit. In Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2005, Manfred Kittel in [sehpunkte](#), „An das gute

1999, in vielen Nachrufen mit der Hervorhebung seines Verdienstes um die deutsche Historiographie bedacht.<sup>157</sup> Von Seiten der Historiker der DDR war seine Leistung schon zu seinen Lebzeiten gewürdigt und ebenso auf die Übereinstimmung wie auf die Differenz der Auffassungen hingewiesen worden.<sup>158</sup> Zu einem Nachdruck seines Werkes im ostdeutschen Staat kam es jedoch nicht.

Als sich die Aufmerksamkeit einer neuen Historikergeneration auf den nahenden 100. Jahrestag des Weltkriegsbeginns zu richten begann, hätte schwerlich jemand aus der Zunft einen Euro darauf verwettet, dass ein halbes Jahrhundert nach dem Erscheinen von Fischers Buch zur Revision der Revision gerufen und der Versuch unternommen werden würde, Deutschland von seiner herausragenden Rolle und seinem besonderen Anteil am Weg in den Krieg los zu sprechen. Und dennoch geschah das. Initiator einer revisionistischen Debatte wurde Idealerweise ein Australier, Christopher Clark der nicht als Verfechter deutschnationaler oder anderer wissenschaftsfremder Belange verdächtigt werden konnte oder als Verfechter der Absicht, das Geschichtsbild von Deutschlands Rolle im verflorbenen 20. Jahrhundert aufbessern zu wollen. Der Hochschullehrer für Geschichte in Großbritannien, hat derlei Vorsatz auch strikt von sich gewiesen und erklärt, dass es ihm fern läge, die „kriegerische und imperialistische Paranoia der österreichischen und deutschen Politiker kleinreden“ zu wollen. Doch seien sie nicht „die einzigen“ gewesen, „die unter einer Art Paranoia litten.“<sup>159</sup> Wenn ihn neben wissenschaftlicher Neugier etwas motiviert habe, dann sei das die Selbstgerechtigkeit gewesen, mit der die Briten auf ihre Rolle im Vorkrieg und beim Schritt über die Kriegsschwelle blicken würden. Und zudem habe er schon in der Schule gelernt, „dass die Deutschen am Krieg schuld gewesen seien, und schon da bin ich misstrauisch geworden.“ Das Buch besitzt demnach eine sehr lange Vorgeschichte in der Biographie seines Autors.

Urteilt man nach den Verkaufsziffern von [The sleepwalkers. How Europe went to war in 1914](#), das in London 2012 erschien, dann haben die Inselbewohner der Publikation kein außerordentliches Interesse entgegengebracht. In der Bundesrepublik hingegen wurde schon das Erscheinen der englischsprachigen Ausgabe von einem unbestrittenen Fachmann warm begrüßt und mit der Frage

---

Gewissen der Deutschen ist eine Mine gelegt“. Fritz Fischer und die Kontinuitäten deutscher Geschichte. In: Jürgen Danyel, Jan-Holger Kirsch & Martin Sabrow (Hrsg.): 50 Klassiker der Zeitgeschichte. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2007, S. 66–70. Wolfgang Jäger: Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1984, Konrad H. Jarausch: Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse. In: Martin Sabrow, Ralph Jessen, Klaus Große Kracht (Hrsg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945. Beck, München 2003, John Anthony Moses: The Politics of Illusion. The Fischer Controversy in German Historiography. London 1975 (Nachdruck 1985). [Gregor Schöllgen](#): Griff nach der Weltmacht? 25 Jahre Fischer-Kontroverse. In: Historisches Jahrbuch. 106, 1986, S. 386–406. Matthew Stibbe: The Fischer Controversy over German War Aims in the First World War and its Reception by East German Historians, 1961–1989. In: The Historical Journal. 46/2003, S. 649–668.

<sup>157</sup> S. den Nachruf Volker Ullrich: [Griff nach der Wahrheit. Zum Tod des Hamburger Historikers Fritz Fischer](#). In: Zeit-Online vom 9. Dezember 1999. Zu den weiteren, das Thema vertiefenden und popularisierenden Publikationen Fischers gehören: Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im Ersten Weltkrieg. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1965. (Hamburger Studien zur neueren Geschichte ; Band 1); Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914. Droste, Düsseldorf 1969; Droste Taschenbuch 1987, Der erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus. Droste, Düsseldorf 1977, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945. Droste, Düsseldorf 1979. Juli 1914. Wir sind nicht hineingeschlittert. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1983.

<sup>158</sup> Sie fand von Seiten der Historiker der DDR u. a. eine kritische Würdigung in Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, Hg. Autorenkollektiv unter der Leitung von Gerhard Lozek., Berlin 1977, 3. erw. Auflage, insbesondere SA,299-301 u. 308-314.

<sup>159</sup> Clark, S. 716f.

versehen, ob nicht die Zeit gekommen sei, sich von dem Bilde Fischers zu verabschieden. Dabei hatte Clark, der aufgrund seiner weitläufigen Archivstudien eine Masse von Tatsachen vornehmlich aus der Diplomatiegeschichte des Vorkriegs unterbreitete, nichts gefunden, was der Verstorbene übersehen haben würde oder neuerdings erst bekannt geworden wäre. Die Revision „ergab sich“ auf dem Wege einer Relativierung und als Folge von Clarks Bewertung der Rolle der Gegner Deutschlands (Russland, Frankreich und Großbritannien sowie auch Serbiens) im Vorkrieg und insbesondere während der Vorkriegs- (der so genannten Juli-) Krise.

2013 erschien dann die deutsche Übersetzung. Augenblicklich lobten die deutschen bürgerlichen Medien die Neuerscheinung, mit Ausnahme der „Zeit“, die mit Volker Ulrich einen Autor zu Worte kommen ließ, der zu Zeiten der Fischer-Kontroverse in Hamburg studiert hatte und nun unbeirrt dessen Partei ergriff, das Werk und hieften es auf Bestsellerlisten. Sie erweckten den Eindruck, Clark habe so etwas wie eine längst überfällige Arbeit geleistet. Nackte Unkenntnis von Rezensenten tobte sich aus. Nun sei der These von Deutschlands Alleinschuld am Ersten Weltkrieg der Garau gemacht worden. Die aber hatte kein ernst zu nehmender Historiker mehr vertreten und Fischer selbst den Begriff Schuld gar nicht verwandt.

Nach einer anderen Version sei nun Fischers Geschichtsbild, das in der Bundesrepublik über Jahrzehnte geherrscht habe, als veraltet erwiesen. Tatsächlich aber hatte dieser selbstkritische Blick in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts im Westteil Deutschlands nie unangefochten fortgelebt oder sich gar eine Monopolstellung erobert. In Schulgeschichtsbüchern wurden unterschiedliche Versionen von Deutschlands Rolle 1914 angeboten und darin Fischer neben seinen Gegner Gerhard Ritter und Egmont Zechlin zitiert und „zur Auswahl“ steht – ein Verfahren, das sich, dies nebenbei, in einem Geographie- oder Physiklehrbuch schwer vorstellen lässt.

Wenn es nicht überzeugende Argumente waren, welche die These stützten, derzufolge Deutschland am Weg in den Krieg nicht mehr und nicht weniger beteiligt war als seine Gegner, fragt sich doch, was dann dieses Willkommen bewirkte, dazu die Einladungen, die der Entdecker der „Schlafwandler“ zu Vorträgen und Gesprächen vor Mikrofonen und Kameras gehäuft erhielt und die ihn zeitweilig, da er ihnen folgte, in der Bundesrepublik zu einem Star der Geschichtspropaganda machten wie nahezu zwei Jahrzehnte zuvor den heute vergessenen Daniel Jonah Goldhagen. Eine Antwort könnte lauten: In dieser Bundesrepublik, die nach ihrer Wirtschaftskraft an die Spitze der Europäischen Union getreten ist, die auf dem Kontinent in die Rolle der Führungsmacht hineinwächst und auch militärisch in der Welt immer mehr „Verantwortung“ übernimmt und weitere zu übernehmen bereit ist, hat sich nicht nur in den Eliten, sondern auch in breiten Volksschichten bei allen wortreichen Bekenntnissen zum Europäertum ein neues Selbstbewusstsein entwickelt. Und das will – Bewältigung der Vergangenheit hin und her – durch allzu selbstkritische Blicke in das zurückliegende Jahrhundert nicht gestört und beeinträchtigt werden. Das „neue“ Bild von Deutschland im Ersten Weltkrieg ist in seiner psychologischen Wirkung daher so etwas wie Balsam auf alle deutschnationalen Seelen wie - umgekehrt - Fischers Thesen sie dereinst tief verletzten. Und außerdem sind die anderen seit langem an der Reihe, mal in ihren Geschichtskellern aufzuräumen.

Der Pflege dieser Stimmung haben sich die deutschen Historiker mit wenigen Ausnahmen nicht widersetzt. Verbreitet war das Schweigen selbst derer, die 1999 eine Verbeugung vor Fischers frischem Grab machten. Diese Haltung erhielt noch

ein anderes Gewicht, kommt Clarks am Ende seines Buches vertretene Auffassung in Betracht, dass die Frage nach der Kriegsschuld am besten aus der Geschichtsbetrachtung überhaupt verwiesen werden solle. Dass dieser Gedanke in Frageform gekleidet wird, verdeckt des Autors Position nicht, denn er lässt auf sie seine Einwände gegen diese Fragestellung folgen.

Zunächst aber: die Frage nach der Schuld an einem Kriege und namentlich nach der für den Ersten Weltkrieg ist nicht eine Spezialität von Historikern, die dem Imperialismus und seinen Politikern besonders übelwollen. Den Akteuren selbst, also den Politiken in Berlin, Wien, Petersburg, Paris und London war 1914 bei allen sonstigen Wissenslücken vollkommen bewusst, dass nach den Schuldigen am Kriege gefragt werden würde und nicht erst nach dessen Ende. Dagegen, dass sie der Schuld oder Mitschuld verdächtigt oder gar überführt würden, bauten sie alle folglich vor. Franz Josef I, ebenso wie Wilhelm II., der seine erste Verlautbarung im Kriege in der Lüge gipfeln ließ „Mitten im Frieden überfällt uns der Feind“ und von dem dann Postkarten verbreitet wurden, die ihn andächtig vor einem mit einem Holzkreuz versehenen Soldatengrab zeigen, worunter zu lesen ist „Das habe ich nicht gewollt“. Mithin: Die Schuldfrage ist zu keiner Zeit von Historikern in die Geschichte als ein Fremdkörper hineingetragen worden und auch nicht deren Spezialität. Schuld entsteht durch das Handeln von Menschen.

Zweitens: Die Frage nach der Schuld an einem Kriege verbindet sich für Millionen Menschen mit der Frage nach dem Warum des Krieges. Sie suchen und manche verlangen Antworten und werden meist zum zweiten Mal mit Lügen abgespeist, die gerade dazu dienen, die Schuldfrage abzuweisen. Gestorben - meist beschönigend: gefallen - seien sie, heißt es auf Tafeln in Kirchen und besagen Inschriften von Denkmälern für das Vaterland, für die Heimat, für Euch oder für uns. Damit wird wirksam von den Ursachen und Verursachern von Kriegen weggelenkt. Gewiss: wahrheitsgetreue Antworten sind und nicht nur im „deutschen Fall 1914“ die unbequemer. Sie bieten wenig oder keinen Trost, aber sie lassen doch weiter fragen lassen, wie erreicht werden kann, dass „es“ nie wieder vorkommt.

Und schließlich, und das rechtfertigt das Urteil antiaufklärerisch für Clarks Vorschlag vollständig, ist die Frage nach Verantwortlichen und Schuldigen, nach Verursachern und Führern in Kriege ein errungener Fortschritt menschlichen Nachdenkens über geschichtliche Tatsachen und Prozesse. Er bezeichnet den Abschied von der Auffassung, dass der Weg der Menschheit von unerfindlichen Mächten, vom Schicksal oder von Gottheiten bestimmt wird oder Kriege eine Gottesstrafe seien. Das Wissen, dass Kriege Menschenwerk sind, stellte einen gewaltigen Erkenntnisfortschritt dar, denn mit ihm verbindet sich der Gedanke: Wenn sie von Menschen gemacht werden, dann lassen sie sich auch von Menschen vermeiden oder verhindern.

Was hat Clark eigentlich gegen das Erheben der Kriegsschuldfrage vorzubringen gewusst? Seine Einwände sind die eines Historikers, der sich und seine Arbeit durch diese Frage missleitet sieht. Einem Reporter, der die Frage nach der Schuld am Ersten Weltkrieg übrigens als „altmodisch“ ansieht, erklärte Clark, er habe von „einer schuldorientierten Erzählung“ wegkommen wollen, „wo gleich entschieden wird, wer der Verantwortliche ist – meistens Deutschland, in wenigen Fällen auch Russland –, und dann Beweismaterial gegen ihn gesammelt wird.“ Von welchen Historikern, die sich in der Weltkrieg I-Forschung dauerhaft einen Namen gemacht haben, ist da eigentlich die Rede? Wer sind die Autoren solcher Erzählungen? Hier wird, was im Militärjargon ein Pappkamerad heißt, aufgerichtet.

Nun verknüpft sich mit des Australiers Revision auch methodologisch ein Zurück in ein bürgerliches Geschichtsdenken der fünfziger und frühen sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, das selbst wiederum eine lange Tradition besitzt. Auch das hätte Historiker hierzulande auf den Plan rufen können. Clarks Studie präsentiert eine strikt personenbezogene Geschichtsschreibung. Er argumentiert: „In der Geschichtsschreibung der siebziger und achtziger Jahre, die unser Bild vom Jahr 1914 nach wie vor prägt, hat man ... eher die Strukturen betrachtet. Aber es waren einzelne Taten und einzelne Menschen, die agierten“. Das Aber ist deplaziert, denn die „Entdeckung“ der Strukturen in den sechziger Jahren in der Historiographie der Bundesrepublik, bedeutete eine Relativierung, jedoch keine Ignoranz gegenüber der Rolle von Personen, wenn sie auch zeitweilig, nicht jedoch generell mit deren Geringbemessung einhergegangen sein mag. Die Vereinseitigung der Sicht ist aber bei Clark ungleich größer, bei dem von den „Strukturen“, in denen das zeitgenössische Personal sich bewegte und handelte, von denen es seine Antriebe ebenso erhielt wie ihm durch sie Grenzen gesetzt wurden, keine Rede mehr ist. Bei ihm machen Personen als Einzelne oder in Gruppen Geschichte und dies in Aktion oder Reaktion auf andere Einzelne oder Gruppen. Damit werden die komplexen Ursachen von weltgeschichtlichen Ereignissen, die sich in Jahrzehnten vorher herausbildeten, auf einen minderen Rang gesetzt und die geschichtswissenschaftliche Methodologie auf eine als weitgehend überwunden geltende methodologische Stufe zurückbeordert. Nur die Zukunft – schweigt.

\*\*\*

Das Thema lässt sich nicht verlassen, ohne wenigstens einen knappen Blick auf den Platz zu werfen, der dem Jahr 1914 und dem Ersten Weltkrieg im Gang der europäischen und Weltgeschichte zugewiesen wird. Zu seiner Bestimmung werden viele Begriffe und Bilde eingesetzt. Ein gebräuchlicher lautet. Epochenschwelle: damit verknüpft sich bei anderen die Übernahme der Wolfgang Mommsenschen These vom Ende des bürgerlichen Zeitalters, ohne freilich für das folgende eine Kennzeichnung anzubieten, sieht man von der nichts sagenden „postbürgerlich“ ab. Nach Hobsbawm beginnt 1914 das „kurze“ Jahrhundert der Extreme, das bis etwa 1990 gereicht habe. Bei Luciano Canfora ist zu lesen: „Vor dem Jahre 1914 ist die europäische Geschichte eine völlig andere als danach“. Welchen Platz aber nimmt in dieser Begriffswelt die Tatsache ein, dass der Krieg doch auf dem Boden einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entstand, die auch den Kriegsverlauf prägte und ihn auf dem Erdball mit Ausnahme Russlands überstand? Welche Rolle spielt in ihm die Tatsache, dass sich diese Gesellschaft in einer Reihe von Staaten erkennbar in ein neues Stadium zu wandeln begonnen hatte, das imperialistische, das ihn auch überdauerte, wie sogleich nach seinem Ende der Text des Versailler Vertrages verriet. der – nicht anders als der 1919 schon erledigte zwei Jahre zuvor geschlossene von Brest-Litowsk – ein imperialistisches Diktat war? Was also ist Kriterium, was Beweis für diesen angeblich grundlegenden Wandel der europäischen Zustände?

Und dann wird neuerdings der Erste Weltkrieg für alle folgenden Ereignisse des Jahrhunderts als die „Urkatastrophe“ markiert. Zudem werden mit Bildern wie dem vom Dominoeffekt oder Begriffen wie dem von der Kettenreaktion hochgradig vereinfachte Ursache-Wirkungs-Beziehungen hergestellt. Die mit ihnen verbundene Generalaussage lautet: ohne diesen Krieg keine Oktoberrevolution, ohne ihn kein Faschismus, kein Zweiter Weltkrieg, keine gespaltene Nachkriegswelt und kein Kalter Krieg. Stattdessen: Was? Die schöne bürgerliche Welt, die am

Jahrhundertanfang angeblich existierte und deren fortentwickelte Prachtausgabe wir herzustellen gerade im Begriffe sind. Wären da nur nicht die Versager gewesen.



## Donnerstag-Veranstaltungen Oktober – Dezember 2014

Donnerstag, 9. Oktober	Die DDR: Leistung. Grenzen. Lehren Einführung: Prof. Dr. Heinz Karl
Donnerstag, 6. November	1989 – eine „friedliche Revolution“? Einführung: Prof. Dr. Siegfried Prokop
Donnerstag, 4. Dezember	Erinnerungen an den Außerordentlichen Parteitag der SED, Dezember 1989 Einführung: Ellen Brombacher

Die **Donnerstag-Veranstaltungen beginnen jeweils um 16.00 Uhr**. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstr. Oder Antonplatz, Bus 158 u. 255 bis Woelckpromenade)

---

### Einladung

In Berlin findet am **Sonnabend, dem 18. Oktober 2014** eine **Konferenz** zum Thema

#### **Die I. und die II. Internationale – Erfahrungen und Lehren**

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e.V., Wuppertal, und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz beginnt um **11.00 Uhr**.

#### **Vorträge:**

*Prof. Dr. Wolfgang Triebel* (Berlin)

Zum friedenspolitischen Vermächtnis der I. und II. Internationale

*Prof. Dr. Heinz Niemann* (Bergfelde)

Krise und Zusammenbruch der II. Internationale

*Prof. Dr. Heinz Karl* (Berlin)

Notwendigkeit und Dringlichkeit der Gründung der III. Internationale

(Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.)

**Tagungsort:** Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*, Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

#### **Kontaktadressen:**

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574